

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Sieger und Befreier



1945 wurde das deutsche Volk, dessen größter Teil dem Rattenfänger Hitler und seinen kapitalistischen Hintermännern blind in die Katastrophe gefolgt war, vom Faschismus befreit. Das geschah in Ost und West. Daran waren alle Mächte der Antihitlerkoalition in unterschiedlichem Maße beteiligt. Unser Dank gebührt den damaligen Siegern ohne Ausnahme. Die Hauptlast des Krieges trugen die Sowjetunion, ihre Völker und ihre Rote Armee. Sie brachten die meisten Opfer und entfalteten die größte Kampfkraft. Noch heute heißt deshalb eine Pariser Metrostation Stalingrad. Obwohl die Hilfslieferungen der Vereinigten Staaten für den sowjetischen Verbündeten nur drei Prozent des durch diesen eingesetzten Kriegsmaterials ausmachten und ungeachtet der Tatsache, daß die Errichtung der zweiten Front immer wieder

hinausgezögert wurde, haben Amerikaner, Briten und Franzosen einen würdigen und anerkannten Beitrag zum Sieg über den Faschismus geleistet. Befreier im darüber hinausgehenden Sinne sind sie allerdings nicht gewesen. Nur in den von sowjetischen Truppen besetzten Provinzen Deutschlands erfolgte eine radikale Befreiung von den ökonomischen und sozialen Wurzeln, den personellen Trägern und der Ideologie des „tausendjährigen Reiches“. So betrachtet, waren nicht alle Sieger über den Faschismus auch Befreier von dessen Triebkräften. Im Gegenteil: Die braune Vergangenheit wurde in den deutschen Westzonen konserviert. Die Saat, die damals im Boden blieb, geht heute in der BRD wieder auf. Möge das Blut der Rotarmisten und ihrer einstigen Alliierten nicht umsonst geflossen sein!

Klaus Steiniger



INHALT

Wie die Rote Armee für die Normalisierung des Lebens der Deutschen wirkte	S. 2
Ein Buchenwalder hebt die Faust	S. 3
Auf dem Todesmarsch	S. 3
Vom Jungnazi zum Antifaschisten	S. 4
In Rasputins Kloster	S. 5
Gott mit uns?	S. 5
Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten	S. 6
Gründe der Entscheidung	S. 6
Meine „Begegnung an der Elbe“	S. 7
Als die Amis abzogen	S. 7
CANTICA. Russische Interpreten im Konzert	S. 7
Ein Schluck Wodka	S. 8
Die Gruppe Ulbricht in Bruchmühle	S. 8
Artur Becker fiel für Spaniens Freiheit	S. 9
Wesen und Erscheinungsformen des Faschismus	S. 10
Wie „FOCUS“ 22000 mutmaßliche Kriegsverbrecher in der DDR erfand	S. 11
Was ein Schulmeisterlein aus Hannover unter Arbeit versteht	S. 12
Der Marxismus zu politischer Macht und gesellschaftlichem Eigentum	S. 13
Die WASG vor den NRW-Wahlen	S. 14
Zum sozialen Status der Ärzte in der BRD	S. 15
Verschleierte Zusammenhänge	S. 16
Interview mit Prof. Dr. Heinrich Fink	S. 17
Über Almosenempfänger gestern und heute	S. 18
Das Vermächtnis des Großen Deutschen Bauernkrieges	S. 19
Vor 30 Jahren: Saigon ist frei!	S. 20
Die beiden Gesichter des Karol Wojtyła	S. 21
Józef Pilsudskis Vision	S. 22
Programmdebatte in der KPÖ	S. 22
Der Verrat Gorbatschows	S. 23
Chinas Weg zum Sozialismus (3)	S. 24
Des reichen Mannes Frühlingstag	S. 25
Einsteins frommer Wunsch	S. 25
Schiller und die Zuckerbäcker	S. 25
Weder Dunst noch Schimmer	S. 26
Vom Klassenfeind geschrieben	S. 26
Das Recht des Stärkeren	S. 27
Pelle Igel lebt weiter	S. 27
Demokratie	S. 27
Pfingsten mit Archie	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Am 5. April 1945 erschienen Richtlinien der KPD für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten Gebiet. Sie wurden herausgegeben, bevor die letzte gewaltige Offensive der 1. Belorussischen Front und der 1. Ukrainischen Front, von den Marschällen Shukow und Konew geführt, gegen die in und um Berlin festgesetzte 9. und die in Eile herangezogene 12. faschistische Armee begann. Sie brachten das erste Zusammenwirken der Antifaschisten mit der Roten Armee auf deutschem Boden zum Ausdruck. Die Richtlinien der KPD enthielten Hinweise, wie die Arbeit begonnen werden mußte. Es wurde empfohlen, in den Selbstverwaltungsorganen, je nach Größe der Ortschaften, Abteilungen einzurichten. So war für eine Abteilung festgelegt: Säuberung der Schulen, Bibliotheken und Institutionen von nazistischer und anderer reaktionärer Literatur, Organisierung von Kursen für die Funktionäre der städtischen Verwaltung, der Betriebsausschüsse und für Intellektuelle (Lehrer, Ingenieure usw.), Schaffung von Bibliotheken und Lesehallen.

Es war die Aufgabe gestellt, das Leben der Bevölkerung zu normalisieren und die Einwohner der Städte und Dörfer zu überzeugen, daß die Befehle der Ortskommandanten und die Weisungen der einzusetzenden Gemeindeverwaltungen den Interessen des deutschen Volkes entsprachen. Die Auswahl deutscher Antifaschisten und ihre Einbeziehung in aufzubauende Selbstverwaltungsorgane war unmittelbar nach der militärischen Befreiung der Ortschaften ein erster demokratischer Akt der gemeinsamen Arbeit auf dem sowjetisch besetzten Territorium von Beauftragten der Sowjetarmee und deutschen Antifaschisten.

Da es ein nationales und internationales Anliegen ist, ein Volk nicht untergehen zu lassen, sondern es aus der Katastrophe herauszuführen, war diese Zusammenarbeit Voraussetzung für die Herstellung

normaler Existenzbedingungen der deutschen Bevölkerung. Ihr lagen gemeinsame Auffassungen und Klasseninteressen zugrunde, die vom sozialistischen Humanismus geprägt waren. Die sowjetischen Truppen halfen sofort nach den Kampfhandlungen. Soldaten verteilten Verpflegung aus ihren Feldküchen, reichten Brot und kümmerten sich um Kranke. Ihr menschliches Verhalten, wie es in der

wählt und arbeiten an der Errichtung eines Handelsnetzes in den Stadtbezirken ... Ein Kfz-Regiment mit 852 Fahrzeugen und 50 Anhängern ist in Berlin für das Anfahren von Lebensmitteln im Handelsnetz eingesetzt ... Zur Versorgung von Berlin wurden 1000 t Benzin zur Verfügung gestellt ...“ In einem anderen Bericht an das Verteidigungskomitee wurde hervorgehoben, daß Ingenieure und Techniker der Roten Armee die Arbeiten der Deutschen bei der Herstellung der Kraft- und Wasserwerke, der Kanalisation, der Straßen- und Untergrundbahnen usw. leiten.

„Die von der faschistischen Propaganda eingeschüchterte Bevölkerung hat sich jetzt mit eigenen Augen überzeugt, daß sich unsere Truppen an der friedlichen Zivilbevölkerung für die von den Hitlerleuten verübten Bestialitäten nicht rächen, sondern sie großmütig behandeln. Nicht nur bei der Lebensmittelversorgung, beim Aufbau der Selbstverwaltungsorgane oder des Gesundheitswesens leistete die Rote Armee

erste Hilfe, sondern sie sorgte auch für die Wiederherstellung und Wiedereröffnung der zerstörten Theater und der anderen kulturellen Einrichtungen.“

Bis Anfang Juni 1945 existierte keine Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD). Erst nachdem die „Alliierten Vertreter“ in Berlin die Übernahme der Obersten Regierungsgewalt erklärt hatten, wurde festgelegt, sie zu bilden. Der beauftragte Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland vollzog mit dem Befehl Nr. 1 die Konstituierung der SMAD. Sein politischer Berater trug für die Tätigkeit der Abteilung Volksbildung und für die Rechtsabteilung die Verantwortung. Er war auch für die Arbeit der Kulturabteilung zuständig, die dem legendären Major Alexander Dymshiz unterstand.

Der historische Befehl Nr. 2 brachte das Verhältnis der SMAD zu den Antifaschisten zum Ausdruck. Aus ihm ging eindeutig hervor, daß die Richtung der politischen Tätigkeit der SMAD und der antifaschistischen Volkskräfte auf die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus, die Herstellung und Festigung demokratischer Grundlagen und auf das Erringen demokratischer Freiheiten zielte und nicht auf das Errichten eines „Sowjetregimes“, wie das heute noch von solchen Geschichtsverdrehern zum Ausdruck gebracht wird, die die historische Unwahrheit predigen.

Mit der Normalisierung des Lebens der Bevölkerung waren Elend und Hunger, Not und Armut, die Folgen der Politik der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals und des verbrecherischen Hitlerkrieges, noch nicht überwunden. Jedoch bestanden jetzt Voraussetzungen, Schritt für Schritt eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Otfried Weber

Wie die Rote Armee für die Normalisierung des Lebens der Deutschen wirkte

Freude über den errungenen Sieg nicht selten auch in Humor, Gesang und Tanz zum Ausdruck kam, drängte die durch die faschistische Propaganda eingeflöste „Angst vor den Russen“ zurück.

Die Zivilbevölkerung wurde großzügig behandelt. Noch am Tag der Kapitulation befahl der Stadtkommandant von Berlin, Generaloberst Bersarin, die Wiederherstellung des Gesundheitswesens der Stadt, um verwundeten und kranken deutschen Einwohnern dringende Hilfe leisten zu können. Medikamente und Transportmittel stellte die Rote Armee aus ihren Beständen zur Verfügung.

In den ersten Tagen nach dem Krieg waren ganze Truppenteile und mehrere hundert Offiziere mit Geräten und Fahrzeugen eingesetzt, um das Leben der Bevölkerung, vorrangig in den Großstädten, zu normalisieren. Der Chef der Rückwärtigen Dienste berichtete am 18. Mai 1945 u. a.: „Mit der Lebensmittelversorgung wurde heute begonnen ... 235 Offiziere wurden ausge-

Die Regionale Initiative zur Wahrung des Andenkens der im Kampf gegen den Hitlerfaschismus gefallenen Sowjetsoldaten

ehrt die Toten anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung durch die Rote Armee am **7. Mai um 10.00 Uhr** am **Fliegerehrenmal in Buckow** (Märkische Schweiz), Lindenstraße, gleich bei der Rehaklinik.

Worte des Gedenkens spricht **Gisela Steineckert.**

Bringt eine Blume mit!

Der großartigen und standhaften Genossin

Annelie Thorndike

– Mitschöpferin des unvergessenen Films „Das Russische Wunder“ – zum **80. Geburtstag** am **17. April** nachträglich alles Liebe.



Ein Buchenwalder hebt die Faust

Ich wurde wegen illegaler antifaschistischer Tätigkeit am 9. April 1937 in das KZ Lichtenburg und anschließend in das KZ Buchenwald eingeliefert. Hier hatte ich nach wenigen Tagen ein Erlebnis, das bis heute einen unauslöschlichen Eindruck auf mich gemacht hat. Ich mußte mit ansehen, wie ein weißhaariger, etwa 70-jähriger Häftling auf den Bock geschnallt wurde und mit dem Ochsenziemer 25 Schläge auf das Gesäß erhielt. Das zeigte mir Neuankömmling die ganze Grausamkeit des Faschismus. Doch ich sah bald, daß das zum Alltag gehörte. Noch heute klingen mir die Schmerzensschreie, die schließlich in ein Wimmern übergingen, in den Ohren. Bald aber lernte ich weit schlimmere Untaten der SS kennen. Anlässlich des 50. Geburtstages Hitlers wurde ich 1939 mit anderen Häftlingen

aus dem KZ entlassen. Ich hatte Glück, denn ich fand bald eine Stelle bei einem Generalvertreter, der kein Freund der Nazis war, die mehrere seiner Verwandten auf dem Gewissen hatten.

1945 zog ich zu meinen Schwiegereltern in ein Dorf nach Mecklenburg. Frau und Kind waren schon vorher dort ansässig geworden. Was sich dann ereignete, habe ich bereits im „RotFuchs“ vor fünf Jahren geschildert. Ich bitte mir zu erlauben, daß ich mich selbst zitiere: „April 1945. Wir besaßen noch einige Lebensmittelmarken, die eingelöst werden mußten. So machte ich mich mit dem Fahrrad auf nach Laage. Nachdem ich die Dinge dort erledigt hatte, begab ich mich auf den Heimweg. Da rollte mir plötzlich ein Panzer der Roten Armee entgegen. Ich war wie vom Donner gerührt. Tränen liefen mir über das Gesicht.

Ich schwenkte das Taschentuch, reckte den unaufhörlich an mir vorbeiziehenden Soldaten meine Faust zum Rotfront-Gruß entgegen. Daß das auch anders gedeutet werden konnte, kam mir überhaupt nicht in den Sinn. Ich schrie meine überwältigende Freude aus vollem Herzen hinaus. Endlich war die faschistische Herrschaft, gegen die ich in den Reihen der illegalen KPD gekämpft hatte, zu Ende ... Eine neue Zeit begann. Wir waren befreit. Dafür gebührt der Roten Armee, den Völkern der Sowjetunion immerwährender Dank!“

Herbert Thomas

(Herbert Thomas, 92, war 1945 als 2. Sekretär der KPD-Kreisleitung Güstrow und zuletzt als Pressechef der Volkskammer der DDR tätig.)

Auf dem Todesmarsch

Überraschend wurde in der Nacht vom 20. zum 21. April mit den Vorbereitungen zur Räumung des Lagers Sachsenhausen begonnen. In den frühen Morgenstunden durchschritten die ersten 500 Häftlinge zählenden Marschblocks, bewacht von etwa 50 SS-Posten, das Tor.

Das Ziel des Marsches war niemandem bekannt. Die Richtung war Nordwesten. Es war der illegalen Organisation gelungen, erste Zwischenfälle zu vermeiden, sich der Evakuierung nicht zu widersetzen und zu versuchen, daraus einen Marsch in die Freiheit zu machen.

Die Zwischenstation Belower Wald für etwa fünfzehntausend Häftlinge wurde wahrscheinlich eingerichtet, weil schon abzusehen war, daß das Endziel Lübeck nicht erreichbar und der Plan, die Häftlinge auf Schiffe zu verladen und in der Ostsee zu versenken, nicht mehr durchführbar war.

Am Spätnachmittag des 2. Mai näherte sich unsere Marschkolonne einem Waldgebiet zwischen Crivitz und Schwerin, wo wir in einer Kiesgrube die Nacht verbringen sollten. Am nächsten Morgen erschien ein SS-Hauptsturmführer und hielt eine

kurze Rede: „Mit dem Roten Kreuz ist vereinbart, daß heute mittag das Lager übergeben wird.“ Während seiner Ansprache fuhr überraschend eine Frau auf einem Fahrrad vorbei und rief laut: „Warum steht Ihr noch hier, der Krieg ist zu Ende.“ Alle atmeten auf, als die SS-Leute sich entfernten. Niemand von uns konnte wissen, ob an den Äußerungen des Offiziers etwas Wahres war.

Wir begannen unseren Abmarsch gegen Mittag. Die Rücksprache mit unseren sowjetischen Häftlingskameraden ergab ihre feste Überzeugung, daß die Rote Armee in Kürze unseren jetzigen Standort erreichen werde. Wir machten uns auf den Rückweg. Dabei trafen wir auf den Lagerplatz der tschechoslowakischen Kameraden, die bereits Verbindung mit der Roten Armee aufgenommen hatten. Wir befanden uns danach im Niemandsland zwischen der Roten Armee und der amerikanischen Front. In dieser Nacht traf ein sowjetischer Offizier ein. Er wollte uns mitteilen, auf welcher Route wir weitergehen könnten.

Die erste Begegnung mit unseren Befreierern war nicht so, wie sie vielerorts gewe-

sen sein mag. Nein, hier waren sie plötzlich da, im Schein ihrer Taschenlampe sahen sie uns an, schüttelten uns lächelnd die Hände. Am Abend des nächsten Tages zeigten sich einige sowjetische Offiziere und Soldaten. Uns wurde mitgeteilt, daß sich alle deutschen ehemaligen Häftlinge in die einige Kilometer entfernte Stadt Crivitz begeben sollten.

Bewegend in diesen Tagen waren unsere Zusammenkünfte mit Genossen der dort stationierten sowjetischen Einheit, der Gesang der Internationale. Bei uns allen stand im Vordergrund, sobald wie möglich nach Hause zu kommen und mit der notwendigen Arbeit zu beginnen. Unser Marsch nach Berlin endete in Putlitz, wo wir übernachten wollten. Im Rathaus begegneten wir einem Bekannten aus Sachsenhausen, der als Bürgermeister eingesetzt worden war. Mit dem sowjetischen Kommandanten bekannt gemacht, teilte der uns kurz und bündig mit, daß die Einreise nach Berlin gesperrt sei, weil dort Krankheiten, Wassermangel und Hunger herrschten. Er brauche Leute, um hier alles in Ordnung zu bringen. Nach Berlin kämen wir immer noch zu recht. Mein Begleiter und ich hatten eigentlich gar keine Zeit, nach irgendwelchen Argumenten zu suchen. So wurden wir beide Bürgermeister, ich in Telschow.

Kurt Riemer

(Kurt Riemer war nach dem 8. Mai 1945 u. a. als Direktor des Stahlwerks Calbe und in zentralen Staatsorganen, vorwiegend im Bereich der Grundstoffindustrie, tätig. Er wirkte als ständiger Vertreter der DDR im Internationalen Sachsenhausen-Komitee und war gern gesehener Gast in sozialistischen Arbeitskollektiven, Schulen, Volkspolizei-Bereitschaften und Kampfgruppeneinheiten, die den Namen „Robert Uhrig“ trugen. Der ehemalige Widerstandskämpfer dieser Gruppe verstarb am 30. 11. 2004.)



**Auschwitz:
Befreiung
von Über-
lebenden
durch
die Rote
Armee**

Als der Eroberungs-, Raub- und Vernichtungskrieg Hitlerdeutschlands begann, war ich 14 Jahre alt, erzogen im Geist des Antikommunismus, des Rassenwahns und der chauvinistischen Verunglimpfung anderer Völker, besonders derer in der Sowjetunion als Untermenschen. Als Offiziersanwärter wurde ich mit 19 Jahren Fähnrich und Flugzeugführer in einem Schlachtgeschwader. Da dieses aber noch nicht einsatzfähig war, wurden wir, etwa 500 Flugzeugführer, im Bodenkampf in die Schlacht um Berlin geworfen. Auf dem Weg an die Front war an Hauswänden „Tod den Bolschewisten!“, „Berlin bleibt deutsch, Wien wird wieder deutsch!“ zu lesen. Nachdem wir östlich von Berlin

Soldaten panikartig an die Anlegestelle eines kleinen Dampfers, der jeweils eine Gruppe Gefangener an das westliche Elbufer transportierte. Als am Abend des 2. Mai der Dampfer ausblieb, verkündete von der gegenüberliegenden Elbseite ein Lautsprecher der Amerikaner: „Alle deutschen Soldaten, die sich auf dem Ostufer der Elbe befinden, sind Kriegsgefangene unseres russischen Verbündeten.“ Rat- und Hoffnungslosigkeit breitete sich aus. Viele von uns versuchten schwimmend an das westliche Elbufer zu gelangen, ertranken aber in der Strömung. Wie andere fiel ich todmüde in einer Scheune in den Schlaf, bis ich von dem Ruf „Ruki werch, Gitler kaput, woina kaput!“ aufschreckte

Vaterland gekämpft hatten, die Armee der Befreiung sehen?

Da ich in der Sowjetunion nichts zerstört haben konnte, weil ich ja sowjetischen Boden erstmals als Kriegsgefangener betreten hatte, begriff ich auch eine Wiedergutmachungspflicht erst, als wir von den durch Wehrmacht und SS angerichteten Verwüstungen des Landes hörten und sie selbst sahen. Konfliktreich und schmerzlich begann in den belorussischen Arbeitslagern meine geistig-politische Befreiung von der faschistischen Ideologie, gefördert durch die Neugier auf die Literatur in der Lagerbibliothek und die Teilnahme an antifaschistischen Zirkeln nach der für mich schweren körperlichen Tagesarbeit, während die meisten Gefangenen dann auf der Pritsche lagen und ihre Gespräche oft nur um Kascha und Machorka kreisten oder in Erinnerungen schwelgten. Ich habe zwar gehungert – großen Teilen der Bevölkerung des Landes erging es nicht besser –, wurde aber menschlich behandelt. Ich bin nicht wie über zwei Millionen sowjetische Kriegsgefangene in deutschen Lagern verhungert, an Krankheiten gestorben oder ermordet worden.

Das untergegangene Hitlerdeutschland begann ich zu hassen, nicht zuletzt, weil es die Begeisterungsfähigkeit meiner Jugend mißbraucht hatte, denn als Flugzeugführer hatte ich mich noch zum Kamikaze-(Selbstopfer-)Einsatz gemeldet und erfuhr in der Gefangenschaft auch vom Verlust meiner schlesischen Heimat und der zwangsweisen Aussiedlung meiner Angehörigen als Ergebnis dieses verbrecherischen Krieges.

Die Ideen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ haben mich zum Hitlergegner und später zum Antifaschisten werden lassen. Nach Aufenthalt in den Lagern Shlobin am Dnepr, Bobruisk und im Traktorenwerk Minsk wurde ich als Jungaktivist zu einem Halbjahreslehrgang der Antifa-Zentralschule für deutsche Kriegsgefangene delegiert. Dort war übrigens auch Hans Modrow wie ich Kursant und anschließend Lehrkraft. Wir wurden im Januar 1949 beide mit demselben Transport aus der Kriegsgefangenschaft entlassen.

Die National-Demokratische Partei Deutschlands, im Jahr zuvor gegründet, wurde meine politische Heimat in der DDR. Ich war Direktor ihrer Zentralen Parteischule und bis zum Untergang der DDR annähernd 30 Jahre Mitglied der NDPD-Parteiführung. Im Mai 1965 fand in Berlin eine Konferenz der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR statt, die dem Thema „Die Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus. Zum 20. Jahrestag des 8. Mai 1945“ gewidmet war. Mein Beitrag hieß: „8. Mai 1945 – Tag der Befreiung auch für Millionen Anhänger der NSDAP, Offiziere und Berufssoldaten der Hitlerarmee. Beginn ihrer ideologischen Selbstbefreiung, ihrer Wandlung zu Antifaschisten“. 1985 wurde mir vom Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR in der DDR die Medaille „40. Jahrestag des Sieges“ verliehen.

Erhard Lonscher

Vom Jung-Nazi zum Antifaschisten

abgeladen worden waren, hatten uns sowjetische Truppen schon umgangen und wir liefen unter Beschuß von Tieffliegern zurück. Als ich die Frontzeitung „Panzerbär“ in die Hand bekam, las ich, daß Reichsmarschall Hermann Göring, Oberbefehlshaber der Luftwaffe und Reichsminister für Luftfahrt, den „Führer“ gebeten habe, ihn von seinen Ämtern zu entbinden, da er an einem Herzleiden erkrankt sei. Das stellte sich später als eine der Lügen des Goebbels-Ministeriums heraus, um zu verschweigen, daß sich der „zweite Mann des Reiches“ nach dem Motto „Die Ratten verlassen das sinkende Schiff“ zu Verhandlungen mit den Westalliierten abgesetzt hatte. Das war für mich natürlich feige Fahnenflucht und hat mich schon darum angeekelt, weil ich vor meinem Schützenloch an einem Baum einen deutschen Soldaten aufgehängt sah, mit einem Schild auf der Brust „So sterben alle Vaterlandsverräter“. Er hatte offenbar nach Hause gewollt.

Da immer noch keine der angekündigten deutschen „Wunderwaffen“ zum Einsatz gelangte, wurde auch uns, die wir der Goebbels-Propaganda erlegen waren, klar: Jetzt war nichts mehr zu retten, und wir liefen in Richtung Elbe, wo die US-Truppen an der Havelmündung bereits einen Brückenkopf errichtet hatten. Wir besaßen die Hoffnung, in ihre und nicht in die gefürchtete „bolschewistische“ Kriegsgefangenschaft zu geraten. Am 2. Mai erreichten wir das Elbufer, wo US-Soldaten – ihre entblößten Arme voller erbeuteter Armbanduhren – standen und riefen: „Wer keine Waffen hat, kann durchgehen.“ Obwohl wir durch Schüsse über unsere Köpfe zum Sitzen auf den nassen Elbwiesen aufgefordert wurden, drängten hier viele tausend deutsche

und in die Gewehrmündung eines Rotarmisten sah. Zum Sich-Erschießen, was wir uns im Falle einer russischen Gefangenschaft vorgenommen hatten, war also keine Möglichkeit mehr.

Für mich, wie für die meisten meiner Generation, war die scheinbar einzig denkbare aller Welten zusammengebrochen. Auf dem tagelangen Marsch von der Elbe bis zur Oder – die russischen Wachmannschaften sahen sich in den ersten Tagen außerstande, diese schier endlose Heerschlange zu verpflegen – schliefen wir nachts, auch im Regen, abseits von der Straße auf dem Acker. In einem Ort hatten wir das Glück, in Hütten ehemaliger Wehrmachtshunde übernachten zu können. Als wir durch Posen geführt wurden, mußte ich daran denken, daß ich vor meiner Einberufung als Soldat in meiner Heimatstadt beobachtet hatte, wie sowjetische Kriegsgefangene auf dem Weg zu ihrer Arbeitsstelle aus der Marschkolonne liefen, um Zigarettenkippen aus dem Straßenschmutz zu klauben. Nun konnten die vielen Polen am Straßenrand das gleiche Schauspiel erleben, allerdings jetzt von deutschen Kriegsgefangenen – also von Menschen der „Herrenrasse“ – vorgeführt.

In meiner Erinnerung hob sich der 8. Mai nicht von den anderen Tagen ab. Dieser Tag wurde mir später nur als Tag der Niederlage, des Zusammenbruchs, als Tag der Kapitulation bewußt. Vom „Tag der Befreiung vom Faschismus“ sprach damals in unserer Gefangenenskolonne niemand. Wir fürchteten umgelegt zu werden, bestenfalls zur Zwangsarbeit in das für uns unvorstellbare Sibirien zu kommen. Wie sollten wir denn auch in der Sowjetarmee, gegen die wir im guten Glauben für unser

In Rasputins Kloster

Anfang Mai 1945 wurde ich vor Libau gefangenengenommen. Am 8. Mai war mein letzter Einsatztag als Nachrichtensoldat: Es ging um die Schaltung einer Telefonverbindung zwischen dem Armeeoberkommando der Wehrmacht und dem Kommando der Roten Armee in Libau. Ich befand mich auf einem 12 Meter hohen Telefonmast, als unter mir eine wilde Schießerei einsetzte. Aber ich war nicht das Ziel der feuernden Rotarmisten. Diese erfuhren gerade, daß die faschistische Wehrmacht kapituliert hatte und der Krieg beendet war. Mit ihrem Freudenfeuer befreiten sie sich von ihrer Todesangst, von der sie ebenso wie ich befallen waren. Für mich war diese Befreiung aber nicht ein kurzer Augenblick in meinem Leben. Für mich war sie ein jahrelanger Prozeß, der mit dem Marsch in die sowjetische Kriegsgefangenschaft begann. Zu Fuß

und im Güterzug ging es von Libau über Schaulen und Minsk nach Moskau und von dort über Gorki in diverse Arbeitslager und schließlich nach Oranki, in das Lager 70/74. Das war ein historischer Ort – das Kloster Rasputins. Auf diesem langen Marsch hatte ich Gelegenheit zur Wiedergutmachung mitverschuldeter Untaten durch harte Arbeit im Forst, in der Autofabrik Gorki, im Kolchos und auch als Strandwärter in Gorki am Zusammenfluß von Wolga und Oka. Auf allen Stationen meiner Gefangenschaft lernte ich die Seele der russischen Menschen kennen und schätzen, insbesondere ihre Hilfsbereitschaft, der ich schließlich die glückliche Rückkehr in meine Heimat verdankte. Mir unvergeßlich sind Begegnungen im Kloster Oranki mit internierten bzw. gefangenen Diplomaten, Militärs und Zivilisten (darunter Industriellen), besonders

aber Generalen und hohen Offizieren der 6. Armee (Stalingrad). Die einen waren Mitglieder des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD), die anderen unverbesserliche, unbelehrbare, durch ihren Fahneide dem „Führer“ bedingungslos ergebene Truppenkommandeure. Für sie waren die Männer des NKFD Vaterlandsverräter, weil sie sich nach oft schmerzlichen Auseinandersetzungen mit sich selbst von den Fesseln des Hitlerfaschismus befreit hatten. Nach meiner Rückkehr in die Heimat konnte ich so manchen gewandelten General und hohen Militär als aktiven Mitstreiter beim Aufbau der DDR erleben. **Prof. Dr. Gerhard Frohn**

(Gerhard Frohn war in den 50er und 60er Jahren Direktor der Berliner Bekleidungsbetriebe VEB Treffmodelle und VEB BEDAMO (Berliner Damen-Moden). Danach lehrte er an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Babelsberg.)

GOTT MIT UNS?

Damals lebte ich (Jahrgang 1941) in einer thüringischen Stadt, die von direkten Kampfeinwirkungen kaum betroffen wurde. Aber der oft einkehrende Hunger und die verzweifelte Suche nach Heizmaterial gegen winterliches Frieren haben schon dem Kind das Gefühl vermittelt, zu den Opfern dieser Kriegszeit zu gehören. Der nächtliche Luftalarm, das hektische Aufsuchen eines Kellers und die Angst vor Bombenangriffen gehörten dazu. Und viele Menschen trösteten sich in dem Glauben an die biblische Gewißheit: Gott steht auf der Seite der Opfer.

Als der Zweite Weltkrieg zu Ende gegangen war, hörte ich als Heranwachsender zuerst von Erwachsenen aus meinem Umkreis etwas darüber, was für sie dieser Krieg darüber hinaus gewesen ist. Heimkehrende Kriegsgefangene berichteten über greuliche Zustände in einem US-Gefangenenlager bei Bad Kreuznach. Wieder andere Leute, die aus ehemaligen deutschen Ostgebieten ausgesiedelt worden waren, raunten – wir waren in dieser Zeit schon sowjetisch besetzt – hinter vorgehaltener Hand, daß Frauen und Mädchen von Soldaten der Roten Armee vergewaltigt worden seien. Sie alle: Opfer, denen unser Mitleid galt und die Gott trösten würde.

Über die Zustände im Nazi-KZ Buchenwald erfuhr ich erst etwas in der fünften Klasse, als das Unterrichtsfach Geschichte eingeführt war. Aber über „Buchenwald“ war schon vorher im Flüsterton gesprochen worden. Irgendwelche Leute aus unserer Straße hatten „die Russen“ nach dort „abgeholt“. Da nichts über mögliche Gründe an mein Ohr drang, mußte ich annehmen, daß es sich um willkürliche Akte der ungeliebten Besatzer handelte: um Opfer also. Erst viel später als Theo-

loge, der sich für die jüngste Geschichte interessierte, kam ich mit anderen Informationen in Berührung, die meine vorher erlangten Kenntnisse in ein anderes Licht rückten, zumindest erweiterten. Heute ist korrekt recherchiert, daß vier Fünftel der in Buchenwald Internierten Nazis und unter ihnen sogar Kriegsverbrecher waren. Daß zahlreiche Menschen dort wegen geringer oder einige auch ganz ohne jede Schuld festgehalten waren, ist aus heutiger Sicht zu beklagen.

Wichtige Kenntnisse über diesen Krieg, seine Ursachen und seine schrecklichen

Auswirkungen (6 Millionen ermordete Juden, mindestens 25 Millionen getötete Slawen – alles „Untermenschen“ in der Nazisprache), habe ich erst wirklich erhalten, als der Geschichtsunterricht in der Schule und die Zusammenkünfte in der FDJ meinen Wissensdurst weckten. Hier erfuhr ich das erste Mal etwas von der Vernichtungsfabrik Auschwitz und den sowjetischen Befreiern der noch verbliebenen Häftlinge. Ich hörte auch erst viel später etwas davon, daß in den Fluren westlich unserer Stadt ein verletzter US-Flieger, der dort aus seiner Maschine abgesprungen war, von einem wütenden Mob aus Hitlerjungen unter Anführung durch den Nazi-Ortsgruppenleiter bestialisch gelyncht wurde. Mein Selbstbild von

den Deutschen als Opfer dieses Krieges wurde wesentlich korrigiert.

Noch viel später, erst durch Studium von spezieller Literatur und Dokumenten, erfuhr ich davon, daß diese deutschen Soldaten, die da krank und kaputt ihre Gefangenschaft überlebt hatten, einst in diesen Vernichtungskrieg gezogen waren mit einer Uniform, die mit einem Lederkoppel und daran einem merkwürdigen Koppelschloß zusammengehalten wurde. Um das Hakenkreuz-Emblem herum standen die Worte GOTT MIT UNS. Nun war ganz klar: Mit den Vernichtungskriegern konnte Gott nicht sein. Der Gott, der immer bei den Opfern ist, war also auch mit den Befreiern vom Faschismus. **Peter Franz**

(Peter Franz ist ev.-luth. Theologe und lebt in Weimar-Taubach. Er ist Vorsitzender der Regionalgruppe Thüringen des RF-Fördervereins.)



Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten!

Als 16jähriger Schriftsetzerlehrling war ich im September 1944 – mitten im 3. Lehrjahr – als Luftwaffenhelfer eingezogen worden. Statt Setzkasten nun Flakscheinwerfer und Fesselballons in verschiedenen Stellungen rund um Berlin bedienen. Ständig im Bombenhagel der alliierten Flieger. Bis Januar 1945. Dann wurde es noch ernster: Ich wurde Fallschirmpanzergrenadier. Noch schnell ein Lehrgang mit dem Schulgleiter (5m-, 10m-, 20m-Sprünge und Flüge in der Eifel), ein Sprung vom 5m-Brett einer Turnhalle ohne Beinbruch – „Tauglich“ und ab über Wittstock/Dosse an die Front.

Wir waren Hitlers letztes Aufgebot zur Entsetzung der Ostfront in Deutschland. Wir sollten in den Wäldern des Erzgebirges die Russen aufhalten, die in Richtung Berlin drängten, wurden ohne jede Orientierung von einem Ort zum anderen gejagt, bis wir begriffen, daß wir im „Kessel“ waren und die Russen schon längst an uns vorbei in Richtung Berlin ... Die „Stalinorgeln“ heulten bereits hörbar Tag und Nacht, Stunde um Stunde lauter. „Nähmaschinen“ warfen immer präziser ihre Bomben.

Als uns Soldaten der zurückflutenden Panzerarmee Gasmaskenbüchsen vermachte, in denen runde Luftwaffenschokolade versteckt war, konnte es nicht mehr lange dauern. Aber wie lange?

Nach irgendeiner Nacht Halbschlaf in einer leeren Baracke plötzliche Stille. Kein „Rausträten!“ weckte uns. Es war eine unheimliche Ruhe. Kam jetzt der Sturm? Raus vor die Tür! Hier erklärte uns ein Unteroffizier, daß seit heute Morgen Frieden sei. Alle Offiziere wären abgehauen. Alle Fahrzeuge weg. Das Verpflegungslager leer! Deutschland hätte in Berlin kapituliert. Die Russen hätten die Hauptstadt eingenommen, und wir sollten zusehen, wie wir aus dem Kessel raus durch uns umgebende russische Truppen nach Hause kämen. „Überall sind die Russen. Macht was draus. Haut ab!“ Und wir taten es. Franz Nastl nach Krems bei Wien und ich mit anderen nach Berlin ...

Mitten in einem völlig unbekanntem Wald hatten mich also die Russen von der Uniform eines Hitlersoldaten befreit und mir und Tausenden anderen jungen deutschen Soldaten das Leben gerettet. Am 8. Mai 1945.

Mit meinen 16 Jahren hatte ich nur begriffen, daß ich gesund nach Hause durfte, zu meiner wartenden Mutter. Und so ging ich dann vom Erzgebirge (!) in Richtung Berlin, durch die von Leichen übersäten Wälder, vorbei an ausgebrannten Panzern, Fahrzeugen und weggeworfenen Waffen, möglichst durch nicht besetzte Dörfer und Orte, zuerst nach Chemnitz.

„Wojna kaputt, doma zu Matja“, riefen uns Soldaten mit roten Sternen an den Mützen zu, wenn wir durch einen doch besetzten Ort kamen. Allerdings nun schon in Zivil – spendiert von Müttern aus Chemnitz.

Nach Riesa und bis Torgau an die Elbbrücke, wo sich bereits im April Amerikaner und Russen die Hände gereicht hatten. Wir ruderten von „Weiß-nicht-wo“ mit einem Kahn, und dann lief ich in Richtung Jüterbog bis Luckenwalde über die Bahnschienen, die nach Berlin führen sollten. Eine Woche nach dem 8. Mai wurde ich 17. Das reichte dann doch bei einer russischen Kontrolle in Luckenwalde für eine Gefangenschaft in Trebbin, bis ich im August 1945 nach Berlin entlassen wurde.

Meine Mutter starb im November an Typhus. Sie war Hilfskrankenschwester der Berliner Charité und wollte Hilflosen helfen ...

Und nun zu Filmen wie „Die letzte Schlacht“ und all den Knoppschen Fabrikaten: Wer heute nach bereits 60 Jahren, aus welchen Gründen auch immer, den 8. Mai nicht als Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus und damit als einen Feiertag anerkennen will, fälscht die Geschichte durch Unterlassung. Für mich, den 76jährigen, gilt wie damals mit 16:

DANK EUCH – IHR SOWJETSOLDATEN!

Waldemar Knaack

(„Waldi“ Knaack war Parteisekretär in der ND-Druckerei und im VEB Druckkombinat.)

Gründe der Entscheidung

1927 geboren, gehörte ich zu den Jungen, die in den letzten Monaten des Krieges eingezogen wurden ... Ich war mit einer Artillerie-Einheit auf das linke Rheinufer bei Wesel gekommen. Wir schleppten Granaten, doch nach zwei Tagen hing mein Arm, von einem Granatsplitter getroffen, nur noch an einigen Sehnen. Das war am 9. März 1945. Auf dem Hauptverbandsplatz, der auch unter Beschuß lag, schnell versorgt, fand ich mich, mit einem aufgeschlitzten Nachthemd bekleidet, ohne Papiere im Lazarett Melsungen bei Kassel wieder. Meine Mutter erhielt die Brieftasche als „letzte Sachen Ihres Sohnes“ zugeschickt. Als in diesem Lazarett nach zwei Tagen eine Sammlung für das sogenannte „Winterhilfswerk“ durchgeführt werden sollte, trat ein älterer Feldwebel auf und erklärte: „Geld dafür zu geben ist Kriegsverlängerung!“ Das Ergebnis der Sammlung war gleich null. In der Nacht wurde der Mann aus dem Saal gefahren, und am nächsten Tag wurde uns mitgeteilt, er sei gestorben.

(Heinz schildert in seinem Bericht „Gedanken über das Leben“, wie er aus zwei Lazaretten entkam und sich – auf die Gefahr, als Fahnenflüchtiger erschossen zu werden – auf den Weg nach Hause machte.)

Die Erlebnisse auf dem Weg nach Riesa waren es besonders, die mich Faschismus und Krieg hassen ließen. Wir sahen gehenkte Soldaten am Straßenrand. Im Graben danebensitzend, hungernd und frierend, mit eiternden Wunden, mußten wir erleben, wie „Goldfasane“ – so nannte man die Nazi-Bonzen – mit Mädchen im Arm an uns vor-

beiführen. Da kam Verzweiflung und Wut hoch und die Überzeugung: So darf es nicht weitergehen. Wir brauchen Frieden und eine Ordnung, in der die Menschen etwas gelten. Nicht ihre Abstammung oder das Geld der Eltern sollten über ihre Stellung in der Gesellschaft entscheiden, sondern nur ihre Leistung. Das waren die Gründe, die mich sofort nach Kriegsende zur Antifa und vor allem zur aktiven Mitarbeit im Jugendausschuß veranlaßten.

Heinz Kimmel

(Heinz Kimmel wurde nach dem 8. Mai 1945 Neulehrer, dann Funktionär des Jugendverbandes und der SED. Bis 1989 war der im September 2004 Verstorbene zwei Jahrzehnte 1. Kreissekretär in Berlin-Friedrichshain.)

Grafik: Karlheinz Effenberger

GEDENKTAFEL DES 20. Jh.!



Meine „Begegnung an der Elbe“

Mit 16 Jahren wurde ich zum Arbeitsdienst eingezogen, in Holland nähte man uns den Pleitegeier an die Uniform. Damit waren wir in der Wehrmacht. Ende 1944 wurde ich bei der Flak im Raum Berlin eingesetzt. Im April 45 ging es ab in Richtung Westen; wir kamen bis Tangermünde. Am 8. Mai liefen wir abends gegen 19 Uhr in einer breiten Kette über freies Feld davon. Ein Leutnant drohte uns mit der Pistole, wir sollten zurück zur Front. Ein älterer Soldat, der neben mir rannte, rettete uns; er lud den Karabiner durch, und der Leutnant war nicht mehr. Wir liefen weiter in Richtung Elbe. Von den Deichen kamen Leute, die riefen uns zu: „Da sind die Russen!“ Einer sagte: „Na

und?“ Wir liefen weiter. Fast direkt an der Elbe bewegte sich ein sowjetischer Panzer auf uns zu. Ein Rotarmist mit Pelzkappe und MPi signalisierte uns: „Wojna kaput!“ – Wir sollten nach Hause gehen, aber vorher die Waffen abgeben. Überall an den Deichen waren Soldaten der Roten Armee. Deutsche Waffen lagen auf einem großen Haufen. Wir schmissen unsere dazu und gingen zu den anderen, jetzt nicht mehr bewaffneten Deutschen. Gegen 21 Uhr mußten wir antreten und dann losziehen. Wir marschierten die ganze Nacht, aber offensichtlich im Kreise herum, denn am Morgen waren wir wieder am Ausgangspunkt. Wir sollten nur in Bewegung gehalten werden, damit keiner auf dumme

Gedanken kam. Das Wichtigste aber: Der Krieg war zu Ende.

Ich geriet also in sowjetische Gefangenschaft, war als Schlosser und Schweißer in der Ukraine tätig, besuchte die Antifaschule in Taliza – einer meiner Lehrer dort war der Genosse Kurt Gossweiler. Im Mai 1947 kam ich nach Hause, wurde Mitglied der SED und begann, als Baumaschinist beim Tiefbau zu arbeiten (damals „Abräumung und Erdbau“). **Harry Gnilka**

(Harry Gnilka erhielt im Januar 1953 den Parteiauftrag zur Arbeit im Staatsapparat, von 1968 bis 1989 war er Stadtbezirksbürgermeister in Berlin-Prenzlauer Berg.)

Als die Amis abzogen

Als Zwanzigjähriger und kriegsverwundet kehrte ich Anfang 1945 in meine vogtländische Heimatstadt Mylau zurück. Auch deren Bürgern brachte das Kriegsende die Befreiung vom Faschismus. Eine Erlösung von den Verursachern des grausamen Krieges war es vorerst jedoch nicht. Denn Westsachsen und Thüringen gehörten noch einige Wochen zum Besatzungsgebiet der US-Streitkräfte. Wir erlebten die Unterschiede zwischen einer imperialistischen und einer sozialistischen Siegermacht.

Ich gehörte zu einer kleinen Gruppe von Mylauer und Reichenbacher Kommunisten, die noch vor dem Eintreffen der Amerikaner illegal zusammenkamen. Wir legten fest, was nach der in Kürze zu erwartenden Niederlage der Faschisten von uns zu tun sei. Wie groß war aber unser

Erstaunen über das, was wir nach Eintreffen der US-Truppen erleben mußten. Ihre Kommandanten lehnten Gespräche mit uns grundsätzlich ab. Jede Initiative fortschrittlicher Kräfte wurde unterbunden. An der Wiederingangsetzung unserer Betriebe zeigten sie kein Interesse. Alle städtischen Beamten und Angestellten, die bisher den Faschisten gedient hatten, blieben auf ihren Posten.

In dieser Zeit war es ein stolzes Gefühl für uns, daß am 1. Mai auf einem hohen Schornstein des Reichenbacher Bahnhofs die rote Fahne weit ins Land grüßte. Mutige Bahnarbeiter hatten sie angebracht; US-Soldaten entfernten sie wieder.

Am 1. Juli 1945 kam für uns der heißersehnte Tag. Die Amis zogen ab, die Rote Armee rückte ein. Dies entsprach der Festlegung der Siegermächte über die künftigen

gen Besatzungszonen. Erst jetzt wurde die wirkliche Befreiung vom Faschismus auch für uns Realität. Der Stadtkommandant erließ Befehle, die darauf gerichtet waren, in engem Zusammenwirken mit antifaschistischen deutschen Kräften sofort die elementare Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Unsere Industriebetriebe wurden durch Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion wieder in Gang gebracht. Die Verwaltungen und Unternehmen säuberte man von Nazis und Kriegsverbrechern. Wir erhielten Hilfe beim Aufbau neuer demokratischer Staatsorgane. In all den Monaten meiner Zusammenarbeit mit Kommunisten in sowjetischer Uniform spürte ich stets deren Willen, uns beim schweren Anfang zu unterstützen.

Paul Fiedler

(Paul Fiedler war bis 1989 stellvertretender Leiter der Abteilung Handel und Versorgung in der SED-Bezirksleitung Berlin.)

CANTICA: Russische Interpreten im Konzert

„Es gibt unendlich viel Geld für Schweine in der EU, aber kaum für Kultur.“ So soll sich der ehemalige Kulturstaatssekretär Naumann unlängst geäußert haben. Wie wahr. Wie die Redaktion erfährt, gehen die einzigen öffentlichen klassischen Konzerte mit russischen Künstlern, die in Berlin aus Anlaß des 60. Jahrestages der Befreiung stattfinden, auf eine pri-

vate Initiative zurück. Weder die Bundesregierung noch der Senat von Berlin sahen sich unter Hinweis auf die prekäre Haushaltslage imstande, diese Veranstaltungen finanziell zu unterstützen. Von der „deutschen Wirtschaft“ war ohnehin nicht viel zu erwarten, über 90 Prozent ihrer Sponsoring-Mittel werden für den Sport eingesetzt.

Um so mehr ist ein Besuch des Konzerts der Internationalen Symphoniker, Sitz Dortmund, mit dem Moskauer Rachmaninow-Trio und dem Goldmedaillengewinner des Tschaikowsky-Wettbewerbs 1998, Nikolai Sachenko, am 7. Mai im Konzerthaus Berlin/Schauspielhaus am Gendarmenmarkt zu empfehlen. Zu hören sind Beethovens Tripelkonzert und Perlen der russischen Klassik wie die Polowetzer Tänze aus „Fürst Igor“ von Borodin sowie das Violinkonzert und die Ouvertüre 1812 von Peter Tschaikowsky. Außerdem wird die Chorakademie Moskau am 7. Mai in Berlin und am 8. Mai in Potsdam Konzerte aus diesem Anlaß geben. Der Veranstalter CANTICA (Telefon-Nr. 030/20 67 28 04 / Fax 030/2 42 39 50) vertraut auf Konzertbesucher, die Freude an anspruchsvoller und schöner Musik auch mit einem solchen politischen Ereignis verbinden wollen.

H. F.

**Regionalgruppe
Dresden**

**Am 21. Mai um 10.00 Uhr spricht
Botschafter a. D. Otto Pfeiffer auf
einer Veranstaltung in der Drogenmühle
Heidenau über das Thema**

Zur Entwicklung in Venezuela

Ein Schluck Wodka

Als 16^{1/2}jähriger erlebte ich den 8. Mai 1945 auf besondere Weise. Ich war seit Januar als Kradmelder beim Stab des X. Armeekorps eingesetzt, in Dramburg, im damaligen Pommern. Nach Tagen und Nächten des „totalen Krieges“ erlebte ich ab Anfang März im Kessel von Schivelbein die Hölle des Dauerbeschusses mit Raketenwerfern. Am 5. März um Mitternacht brachen wir, eine kleine Gruppe von etwa zehn Soldaten, aus dem Kessel aus und versuchten, in Nachtmärschen die Ostseeküste bei Kolberg zu erreichen. Nach etwa zehn Tagen gerieten wir bei Naugard in sowjetische Gefangenschaft. Auf Grund meines jugendlichen Alters kam ich mit einigen Kranken in das polnische Internierungslager für Deutsche nach Pyritz. Wir waren

dort mehrere Hundert in einer alten Lagerhalle und wurden zur Arbeit eingesetzt. Anfang Mai war ich gemeinsam mit anderen auf dem Bahnhof dabei, zerstörte Gleise zu erneuern und wieder befahrbar zu machen – eine schwere Arbeit. Dazu gehörte, mit der Stopphacke den Schotter unter die Schwellen zu bringen. Aber es gab „gutes“ Essen. In einem alten Waschkessel bereitete der Posten einen saftigen Pferdegulasch zu, mittags setzten wir uns um das Gefäß, jeder bekam einen Holzlöffel, und wir vertilgten alles in kurzer Zeit.

An jenem Tag erschien schon früh ein sowjetischer Offizier und befahl, das Essen sofort anzurichten und die Arbeit einzustellen. Unter uns entstand große Unruhe. Was würde das wohl bedeuten? Wir hat-

ten doch ordentlich gearbeitet. Einige unliebsame Überraschungen lagen ja schon hinter uns, aber was ging nun ab?

Als das Essen fertig war, wurden wir aufgefordert, uns um den Kessel zu setzen. Plötzlich zog der Offizier aus seiner Tasche eine Flasche Wodka und befahl, daß jeder von uns einen kräftigen Schluck nehme. Wir verstanden diese sonderbare Geste zunächst nicht. Dann redete der Offizier in gebrochenem Deutsch auf uns ein: „Hitler kaput, Wojna kaput, heute deutscher Kamerad nicht mehr rabota!“ Das war der 8. Mai 1945 für uns. Jedes Jahr, wenn dieser Tag wiederkommt, erinnere ich mich daran, wie ich ihn in meinem jungen Leben beging.

Heinz Berg

(Heinz Berg arbeitete nach der Gefangenschaft als Traktorist auf dem Lande, ab 1948 bei einer Maschinenausleihstation [MAS]. Er war zuletzt in der SED-Bezirksleitung Berlin tätig.)

Die Gruppe Ulbricht in Bruchmühle

Die Gruppe Ulbricht begeht den 1. Mai 1945 im „Säulenhaus“ in Bruchmühle bei Strausberg, wo sie Quartier bezogen hat, mit einer Arbeitsbesprechung. Walter Ulbricht, der am Tag einige Bezirke Berlins besucht hat, berichtet über seine Eindrücke und gibt Hinweise für die Arbeit, die am 2. Mai aufgenommen werden soll.

20 Jahre später: Bei strahlendem Maiwetter vereinigen sich am Sonntagnachmittag Einwohner von Bruchmühle und aus dem Kreis Strausberg zu einer Kundgebung, die dem Beginn der Tätigkeit der Gruppe Ulbricht in Deutschland vor 20 Jahren gewidmet ist. Auf dem Sportplatz würdigt der Sekretär der SED-Bezirksleitung die historische Bedeutung dieses Tages.

Im Anschluß an die Kundgebung ziehen die Demonstranten zu den beiden historischen Stätten des Ortes, die mit der Arbeit der Gruppe Ulbricht zwischen dem 1. und 8. Mai 1945 verbunden sind. Vor dem renovierten „Säulenhaus“ wertet Botschafter Richard Gyptner, vor 20 Jahren selbst einer der Beauftragten des ZK der KPD, die Bedeutung der Arbeit, die von hier ausstrahlte: „Es ging nicht nur um Berlin, es ging um Deutschland, um das ganze deutsche Volk, um den Aufbau einer friedliebenden, demokratischen Ordnung.“ Unter dem Beifall der Kundgebungsteilnehmer enthüllt Genosse Gyptner die Gedenktafel mit der Inschrift: „Hier wohnten und arbeiteten vom 1. bis 8. Mai 1945 die Beauftragten des ZK der KPD. Unter der Leitung von Walter Ulbricht begannen sie noch vor Ende des faschistischen Krieges mit dem Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Deutschland.“

Bei der Enthüllung einer weiteren Gedenktafel am „Jägerheim“, einer Gaststätte, wo die erste Beratung der Gruppe Ulbricht am 1. Mai 1945 stattfand, spricht Staatssekretär Otto Winzer, ebenfalls ein Mitglied der Gruppe. Besonders an die

vielen Jugendlichen gewandt, schildert er die bitteren Eindrücke, welche die aus oft langjähriger Emigration zurückgekehrten Männer gewannen. Er sagt: „Von Bruchmühle ging der Anstoß zum Aufbau der Fundamente einer neuen demokratischen und friedliebenden Ordnung auf deutschem Boden aus.“ Diese Gedenktafel trägt die Inschrift: „Hier berieten die Beauftragten des Zentralkomitees der KPD unter der Leitung von Walter Ulbricht am 1. Mai 1945 erstmalig auf deutschem Boden Maßnahmen zum Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Deutschland.“

40 Jahre sind seit jener Kundgebung vergangen, an der auch ich teilgenommen habe. Es blieb nicht bei diesem Besuch des am Mühlenfließ gelegenen Dorfes. Auch in späteren Jahren sind wir häufig mit Gästen, die uns in Eggersdorf besuchten, durch den Wald nach Bruchmühle gewandert.

Ein Ausflug nach Bruchmühle lohnt sich heute noch, aber auch hier hat die Bilderstürmerei ihre Spuren hinterlassen. Schon in den ersten Tagen nach dem Sieg der Konterrevolution verschwand die

Gedenktafel am „Jägerheim“. Der Wirt wußte angeblich nicht, wo sie geblieben sein konnte. Als Horst Schattat und Erich Wenzel im Mai 2001 für die „Roten Kalenderblätter“ einen Beitrag über den Aufenthalt der Gruppe Ulbricht schrieben, konnten wir noch ein Foto vom „Jägerheim“ machen. Heute gibt es die Gaststätte nicht mehr; sie wurde verkauft und abgerissen. Und seit einigen Monaten ist auch die Schrifttafel am „Säulenhaus“ nicht mehr zu sehen. Sollte sie ebenfalls sang- und klanglos verschwunden sein? Mitglieder der DKP und der PDS machten mobil, um der Sache auf den Grund zu gehen. Sie stellten fest, daß der Hauseigentümer die Platte wegen einer bevorstehenden Renovierung abmontieren ließ. Nach einer notwendigen Reinigung durch eine Spezialfirma soll sie wieder angebracht werden. Inzwischen hat sich, wie man hört, ein Interessent aus Amerika eingestellt und 3000 Dollar für die Tafel geboten. Für die Reinigung gibt es noch keinen Kostenträger. Weder die Stadt Altlandsberg noch das Strausberger Denkmalsamt verfügen über die dazu die erforderlichen Mittel. Ja, wenn der Alte Fritz im „Säulenhaus“ übernachtet hätte, da ließe sich wohl leichter ein Sponsor finden.

Prof. Dr. Erich Kundel

(Erich Kundel war u. a. Direktor des Instituts für Lehrerbildung Putbus und Abteilungsleiter am Institut für Marxismus-Leninismus. Heute ist er verantwortlicher Redakteur der „Roten Kalenderblätter“.)

**Walter Ulbricht
und Erich Weinert
im Schützengraben
vor Stalingrad**



Artur Becker fiel für Spaniens Freiheit



Sonnabend, 13. März 1920. In der Hauptstadt Berlin putschen Vertreter der kapitalistischen und adligen Ausbeuterklassen. An ihrer Spitze stehen das Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank Wolfgang Kapp und der ranghöchste General der Reichswehr Walther Freiherr von Lüttwitz. Sie haben die Unterstützung zahlreicher Truppenteile der Reichswehr und der reaktionären Freikorps. Ihr Ziel ist es, die wenigen vom Volk in der Novemberrevolution 1918 erkämpften politischen und sozialen Errungenschaften zu beseitigen und eine Militärdiktatur zu errichten. Aber sie machen die Rechnung ohne den Wirt. Während die von der SPD geführte Reichsregierung feige nach Stuttgart flieht, treten überall im Land Millionen Arbeiter in den Generalstreik, zwei Tage später ruht in ganz Deutschland die Arbeit. In vielen Orten greifen Arbeiter zu Waffen, schließen sich zu militärischen Formationen zusammen, um sich gegen die angreifenden Reichswehreinheiten und Freikorps zu verteidigen. Zum Zentrum des Widerstandes gegen die Putschisten wird das Ruhrgebiet. 100 000 Arbeiter formieren eine Rote Ruhrarmee und liefern der kapitalistischen Soldateska heftige und blutige Kämpfe. Einer der Brennpunkte der Auseinandersetzungen ist die Arbeiterstadt Remscheid. Schon am 13. März dringen 1 000 Mann des Freikorps Lützow in die Stadt ein, die in den folgenden Tagen durch weitere 500 Mann verstärkt werden. Sie besetzen öffentliche Gebäude, provozieren die Einwohner und schießen am 17. eine Kundgebung zusammen. Die Arbeiter wehren sich, es kommt zu erbitterten Gefechten, bei denen 40 von ihnen den Tod finden. Mitten im Kampfgetümmel bewegen sich zwei 15jährige Jungen. Mit einem Pferdewagen transportieren sie mutig und unerschrocken Verpflegung, Wasser und Munition zu den kämpfenden Einheiten, bringen von dort Verwundete zurück ins sichere

Hinterland. Obwohl sie mehrere Male ins Feuer der Putschisten geraten, kommen sie unverseht davon.

Einer der beiden heißt Artur Becker. Am 12. Mai 1905 in Remscheid geboren, wächst er in einer klassenbewußten Arbeiterfamilie auf. Der Vater ist aktiver Gewerkschaftsfunktionär, und auch der ältere Bruder Eugen findet seinen Platz in der Arbeiterbewegung. Artur besitzt eine leichte Auffassungsgabe und zeichnet sich durch Lerneifer aus. Er gehört zu den besten Schülern seiner Volksschule. Vor allem Geschichte und Erdkunde interessieren ihn. Fleiß, Gewissenhaftigkeit, Disziplin werden ihm auch in der Lehre als Dreher bescheinigt. Schon jetzt beginnt sein politischer Lebenslauf. Von Vater und Bruder überzeugt, wurde er vom Arzt, Schriftsteller und Sozialisten Dr. Friedrich Wolf, der sich sehr um die Gesundheit des körperlich schwachen 14jährigen kümmert, darin bestärkt, sich dem Kampf gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus anzuschließen. So tritt er im März 1919 in die Freie Sozialistische Jugend und einen Monat später in den Metallarbeiterverband ein.

Nach seiner „Feuertaufe“ während des Kapp-Putsches stürzt sich der junge Remscheider in die politische Arbeit. Seine Jugendgenossen übertragen ihm erste Funktionen und wählen ihn, den 17jährigen, Ende 1922 zum Org.-Leiter des Unterbezirks Remscheid des Jugendverbandes, der seit 1920 den Namen Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD) trägt. Gleichzeitig tritt er der KPD bei. In den folgenden Monaten sieht er seine Aufgabe darin, die Jugend seines Heimatkreises gegen die Besetzung des Ruhrgebiets durch französisches und belgisches Militär zu mobilisieren. Das führt dazu, daß er zum ersten Mal in die Illegalität gehen muß. 1925 kommt Ernst Thälmann zu einer Wahlversammlung nach Remscheid, und Artur Becker kann die Bekanntschaft des KPD-Vorsitzenden machen. Als die Partei zentrale Qualifizierungslehrgänge für Jugendfunktionäre einführt, reist Artur im Herbst 1926 nach Berlin, um sein Wissen zu erweitern. Nach seiner Rückkehr wählen ihn die

Jungkommunisten des Bezirks Niederrhein zu ihrem politischen Leiter, also zum 1. Sekretär, eine Funktion, die er zwei Jahre ausübt.

Die erfolgreiche Arbeit des KJVD am Niederrhein bleibt dem ZK der KPD nicht verborgen. Artur wird zum V. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI) im August/September 1928 nach Moskau delegiert und dort zum Kandidaten des Exekutivkomitees gewählt. Aus Sowjetrußland zurück, verbleibt er in Berlin. Neue Aufgaben erwarten ihn im ZK des KJVD, zunächst als Mitarbeiter im Apparat, dann als 2. Vorsitzender und schließlich ab 1. Juni 1931 als Vorsitzender des Verbandes, der bald 60 000 junge Genossen zählt. Zwischenzeitlich betraut ihn auch die Partei mit wichtigen Funktionen: Kandidat des Zentralkomitees (1929) und Mitglied im Reichstag, dessen jüngster Abgeordneter er ist. Der November 1932 stellt einen weiteren Markstein im politischen Leben Artur Beckers dar. Er wird beauftragt, seine Erfahrungen als ständiger Vertreter des KJVD im Exekutivkomitee der KJI in den Dienst der internationalen Jugendbewegung zu stellen. Von Moskau aus erlebt er den Machtantritt der Faschisten in der Heimat. Er wirkt im Komitee für die Befreiung Thälmanns und aller eingekerkerten Antifaschisten. Auf der internationalen antifaschistischen Jugendkonferenz in Paris (Juni 1933) hält er das Hauptreferat, und im Weltjugendkomitee arbeitet er aktiv an der Schaffung der Einheits- und Volksfront gegen den Faschismus.

Im April 1937 geht er im Auftrag der KJI nach Spanien. Er betrachtet es als Ehrensache, im Thälmann-Bataillon der XI. Internationalen Brigade seine antifaschistische Überzeugung mit der Waffe zu verteidigen. Am Ebro wird er, der Parteisekretär des Bataillons, im Frühjahr 1938 in vorderster Linie verwundet und fällt den Franco-Faschisten in die Hände, die ihn an die Gestapo ausliefern. Wochenlang wird er grausam gefoltert, bis ihn seine Häscher in der Frühe des 16. Mai, vier Tage nach seinem 33. Geburtstag, im Gefängnishof von Burgos erschießen.

Günter Freyer

**Wir trauern um die standhaften
Kommunisten**

Elsa und Erich Bär
aus Berlin.

Elsa verstarb im 86. Lebensjahr am 6. April nach einem tragischen Verkehrsunfall, Erich – Jahrgang 1916 – nur einen Tag früher. Er wurde als 17jähriger von den Faschisten eingekerkert und war nach dem Aufenthalt in drei Zuchthäusern bis 1945 Buchenwaldhäftling.

Wie die Internationale Gruppe „Spurensucher“ mitteilte, hat ein mutiger Antifaschist seinen Lebensweg beendet. Der schon am 24. Januar eingetretene Tod des Genossen

Dr. Heinz Senenko
(Honza)

aus Sebnitz ist ein schwerer Verlust für uns alle.

„Wesen und Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus“. Unter diesem Titel erschien vor genau 30 Jahren ein Beitrag Manfred Weißbeckers in den „Berichten“ des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) der DDR. Das sind Erkenntnisse, die uns heute noch theoretisch und praktisch nutzen können. Für dabei unverzichtbar halte ich „Klassisches“: „Der Faschismus ist der konzentrierteste Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie gegen das Proletariat“, stellte Clara Zetkin bereits 1923 fest. Gut ein Jahrzehnt später prägte Georgi Dimitroff jene Definition, die die bisherigen Erfahrungen und Erkenntnisse verallgemeinerte: „Der Faschismus an der Macht ist die offene terroristische

rung innerhalb der kapitalistischen Welt und in der internationalen Arena anpaßt. Das ist ein Ausdruck des Strebens der reaktionärsten Elemente des Monopolkapitals, den nicht umkehrbaren Prozeß des Zerfalls der alten Ordnung nicht einfach durch Verletzung der demokratischen Rechte und Freiheiten, durch brutale Polizeirepressalien und Verfolgungen, durch arbeiterfeindliche Gesetzgebung, sondern auch durch Errichtung einer offenen terroristischen, konterrevolutionären Diktatur aufzuhalten. Das ist ein Faschismus, der in der Regel dem USA-Imperialismus dienstbar ist.“ Das schrieb der sowjetische Autor K. Sarodow 1973.

Nach der Zerschlagung des Sozialismus in Europa hat sich die allgemeine Krise

In Afrika wurde diese „Richtung“ durch die 37jährige Schreckensherrschaft in Togo praktiziert, die noch immer nicht überwunden ist. Israels Vorgehen gegen die Palästinenser beweisen das, was Weißbecker hervorhebt: „Die Tatsache, daß die offene terroristische Diktatur der Ausbeuterklasse auch in der Form nationaler Unterdrückung auftritt.“ Die jüngst inszenierten Pogrome gegen Serben, Sinti, Roma, Juden und oppositionelle Albaner im NATO-Protectorat Kosovo sind nur ein Beispiel dafür, daß der Imperialismus weiterhin mit solchen Regimes operiert. Ganz und gar nicht verändert und gefährlicher als je nach 1945 sind die faschistischen Organisationen und Bewegungen. Mögen sie NPD, DVU, Falange oder sonstige heißen: Wesensbestimmend für sie ist ihre Verflechtung mit den Staatsapparaten, den imperialistischen Geheimdiensten und entsprechenden „privaten Einrichtungen“ des Finanzkapitals.

Zur faschistoiden staatlichen Repression gehört auch die in vielen Ländern wieder eingeführte und exekutierte Folter. USA-Kerker in Irak und Guantánamo führen das jeden Tag vor.

Die charakteristischen Merkmale des Faschismus bleiben: Zerschlagung der legalen Organisationen der Arbeiterbewegung (auch mit scheindemokratischen Prozessen wie dem KPD-Verbot 1956), gegen die sich soziale Demagogie und offener Terror richten; Beseitigung oder völlige inhaltliche Entleerung des bürgerlichen Parlamentarismus ... Gerade diese Tendenz sollte uns zu höchster Wachsamkeit und ständiger Prüfung der Lage veranlassen. Schon 1975 stellte das Berliner IPW in weiser Voraussicht fest: „In gewissem Umfang berücksichtigt der Weltimperialismus die Erfahrungen, die der deutsche Faschismus auf seinem Weg von der ‚totalen Partei‘ zum ‚totalen Staat‘ und schließlich vom ‚totalen Krieg‘ zur totalen Niederlage machen mußte. Er versucht stärker als früher, in seinen Herrschaftsmethoden zu lavieren und die beiden, von Lenin charakterisierten Grundmethoden imperialistischer Machtausübung auf neue Weise miteinander zu verbinden. Am weitesten verbreitet sind Kombinationen, bei denen zwar die Methoden und Instrumente der gewaltsamen Unterdrückung stets präventiv bereitstehen und auch angewandt werden, zur vorherrschenden Tendenz jedoch die verschiedensten staatsmonopolistischen Reformen, teilweise Zugeständnisse und getarnte Formen der Machtausübung werden.“

Werner Hoppe

Wesen und Erscheinungsformen des Faschismus

Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ Sowohl darin als auch bei Clara Zetkin steht der untrennbare Zusammenhang zwischen dem Imperialismus und dem faschistischen Terrorsystem im Zentrum. Daran kam Jahre später nicht einmal der „Guru“ der linksbürgerlichen „Frankfurter Schule“ vorbei: „Wer vom Faschismus redet, darf vom Kapitalismus nicht schweigen“, war der vielleicht klarste Satz Adornos. Viel zu sehr blieb diese Charakteristik in der praktischen Politik im Hintergrund.

Eine Frage – die diesen Rahmen überschreitet – ist z. B., warum die Entwicklung in Frankreich von 1938 bis zum Einmarsch der Nazis im Mai 1940 von uns so gut wie nicht ausgewertet wurde: Das war jener Prozeß, der außenpolitisch mit dem aktiven Beitrag der Regierung des Sozialisten Leon Blum zum Erwürgen der Spanischen Republik begann. Im Inneren bedeutete er immer offeneren Terror gegen die Arbeiterklasse, immer brutalere Verfolgung der FKP, schließlich deren Verbot, die Entrechtung ihrer gewählten Mandatsträger, Todesstrafe für „illegale KP-Propaganda“ und dann ... Auslieferung der kommunistischen Gefangenen an die Naziokkupanten oder ihre willkürliche Ermordung. All das erfolgte unter einer formal noch existierenden bürgerlichen Demokratie, doch dirigiert von einer Bourgeoisie, die sich des Faschismus erst an den Landesgrenzen, dann in Paris und Vichy als Mittel gegen die „rote Gefahr“ bediente.

„Der Neofaschismus ist der Faschismus, der sich den Bedingungen der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der neuen Kräftegruppierung

des Kapitalismus enorm vertieft. Immer häufiger ist der Imperialismus – jetzt unter dem Deckmantel des „weltweiten Krieges gegen den Terrorismus“ – zur gewaltsamen Errichtung willfähriger Regimes und Protectorate gezwungen. Das geschah und geschieht in Jugoslawien, Afghanistan und Irak. Mit großangelegten verdeckten Operationen führt man diesen Kurs bei der Kolonialisierung Osteuropas durch, zuletzt in der Ukraine. Überall stehen hinter dem Nebelvorhang des Propagandaapparats Strukturen, die mit Demokratie nichts zu tun haben und quasi diktatorisch agieren: OTPOR-Schlägergarden in Belgrad, von der NATO geschützte UCK-Terroristen im Kosovo, orangene Bandera-Trupps in Kiew. Oder auch ein Sondertribunal gegen Milosevic in Den Haag.

Weißbecker verweist in seinem Abriß auf „vielfältige Erscheinungsformen des Faschismus“. Der Vergangenheit gehören die „altfaschistischen Regimes“ an, die die Völker Spaniens und Portugals noch drei Jahrzehnte nach den Diktaturen Hitlers und Mussolinis unterdrücken konnten. Ob sich der Imperialismus erneut auf einen solchen Weg begeben kann, wie er in der ersten Periode seiner allgemeinen Krise möglich war (mit „Massenparteien“ usw.), erscheint im Augenblick zwar fraglich, ist aber nicht auszuschließen.

Sowohl aufgrund der Kämpfe der Volksmassen als auch der veränderten internationalen Lage zurückgedrängt sind jene faschistischen und halbfaschistischen Regimes, die insbesondere Lateinamerika unter dem Begriff „Gorilladiktatur“ jahrzehntelang blutig prägten. In Europa standen dafür die Herrschaft der NATO-Obristen in Griechenland sowie die Diktatur der türkischen Generäle.

Recht

Die schwarzen und die roten Roben justizieren meist für die da oben.
Für die da unten,
die weißen und die bunten,
ist der Rechtsstaat nicht gedacht.
Ihr Recht wird hämisch nur belacht.

Berthold Henze

Wie „FOCUS“ 22 000 mutmaßliche Kriegsverbrecher in der DDR erfand

Unlängst überraschte „FOCUS“ seine Leser mit einem Artikel, dessen Hauptvorwurf schweres Kaliber war. Unter Berufung auf Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR wurde behauptet, „... daß auf dem Territorium der DDR etwa 22000 mutmaßliche Kriegsverbrecher lebten, die bisher straflos geblieben waren“.

Aus dem Rapport eines MfS-Offiziers, der wiederum auf eine „Reihe unausgewerteter operativer Materialien und Dokumente“ Bezug nahm, ergäbe sich der Schluß, „... daß sich 11 000 Angehörige von Polizei- und Sondervverbänden, 8000 Gestapo-Leute und 3000 Sicherheitsdienstler der SS aufenthaltsmäßig in der DDR“ befänden. Diese Personen stünden im „Verdacht, an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt gewesen zu sein“.

Unmittelbar nach Erscheinen des „FOCUS“-Artikels gab es einen Aufschrei bei vielen, die mit der Thematik befaßt gewesen sind und es besser wissen mußten. Bereits wenige Tage später brachte es der ehemalige Oberstleutnant im Ministerium für Staatssicherheit, Dieter Skiba, in einem „junge Welt“-Interview auf den Punkt: Richtig sei lediglich, daß die zuständige Abteilung des MfS „...im Laufe der Zeit insgesamt etwa 20 000 Namen von Angehörigen verbrecherischer Nazi-Einheiten aus Dokumenten herausgefiltert“ habe.

Es sollte geprüft werden, gegen wen strafrechtliche Vorwürfe zu erheben waren, und es mußte zunächst der Aufenthaltsort der Betroffenen ermittelt werden, der auch außerhalb der DDR sein konnte. Oftmals war zunächst nicht bekannt, ob der eine oder andere bereits im Krieg gefallen oder in den ersten Jahren danach verstorben war. Es blieb festzustellen, ob sich diese Personen in der DDR aufhielten oder nicht. Mit den damaligen technischen Möglichkeiten gestaltete sich dies nicht leicht. Hinzu kam weiterhin, daß allein durch die Ermittlung des Aufenthalts noch keine Schuldfeststellungen konkreter Art zu treffen waren.

Die Zuständigkeit lag anfangs bei der Kriminalpolizei. Sache des MfS war, „die Aufklärung und Bekämpfung gegen die DDR gerichteter Tätigkeit“. Hierbei stellte die „Aufspürung und Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern ... einen sicherheitspolitischen Schwerpunkt dar“.

In den Folgejahren war das MfS zunehmend mit der Bearbeitung von Vorgängen um nazistische Gewaltverbrecher befaßt. Die 1968 verabschiedete Strafprozeßordnung der DDR wies in ihrem § 88 (2) auch das Ministerium für Staatssicherheit als Untersuchungsorgan aus. Am 6. 8. 1965 bildete das MfS in der Berliner Zentrale die Abteilung IX/10, die gegen DDR-Bürger wegen des Verdachts der Teilnahme an Nazi-Verbrechen eingeleitete Ermittlungsverfahren zu bearbeiten hatte. Die

Generalstaatsanwaltschaft übertrug die Aufsicht einem Staatsanwalt ihrer zuständigen Strafabteilung.

Parallel dazu wurde ein Dokumentationszentrum gebildet, welches der Erschließung der überlieferten schriftlichen Dokumente aus der Nazi-Zeit diente und das beim Ministerium des Inneren angesiedelt war. Zur Auswertung standen sowohl Unterlagen aus dem MfS-Zentralarchiv zur Verfügung als auch solche, die durch die UdSSR nach 1945 zunächst mitgenommen und später wieder zurückgegeben wurden. Weitere Quelle waren Kopien, die bei der polnischen Hauptkommission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen gefertigt wurden. Hinzu kamen „... bald umfangreiche verfilmte Unterlagen, die die Staatliche Archivverwaltung der DDR auf Anregung der Akademie der Wissenschaften ... auf kommerzieller Grundlage aus Westeuropa und Übersee, insbesondere dem Nationalarchiv der USA in Washington, erwarb“.

Trotz all dieser Bemühungen hat sicherlich das wechselseitige Mißtrauen im Zeitalter des Kalten Krieges maßgeblich die Aufklärung behindert. So wußte man nicht selten in der Bundesrepublik seit langem vom Aufenthaltsort in der DDR lebender NS-Täter, ohne die DDR-Behörden zu informieren. Eine von vielen Ursachen für dieses Verhalten war, daß den Betroffenen nach der geltenden Gesetzeslage der DDR auch die Todesstrafe drohte. Sie wurde bekanntermaßen erst Mitte der 80er Jahre abgeschafft. Dies ändert nichts daran, daß die DDR seit ihrer Existenz die konsequente Verfolgung und Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht nur für eine nationale, sondern auch für eine völkerrechtliche Pflicht gehalten hat, die in innerstaatliches Recht umgesetzt wurde.

Die DDR-Volkskammer hatte bereits am 1. September 1964 ein Gesetz über die Nichtverjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen verabschiedet. Ähnliche Ge-

setze traten im gleichen Jahr in Polen, der CSSR, Ungarn und Frankreich in Kraft. In der Bundesrepublik wurde bereits im Mai 1960 der Eintritt der Verjährung für die faschistischen Totschlagsdelikte beschlossen. In ihr hat man sich stets sehr schwer getan, wenn es um die Verfolgung von NS-Verbrechern ging. Zahlreiche Tatverdächtige wurden nahtlos in das gesellschaftliche Leben integriert. Als Juristen, Kaufleute und Lehrer hofften sie, daß über das Vergangene alsbald „Gras wächst“.

Mit dem ersten Auschwitz-Prozeß 1963/1965 in Frankfurt/Main begann ein neues Herangehen, das wiederum seine Zeit brauchte, um sich durchzusetzen. Im Juli 2002 verurteilte das Landgericht Hamburg den 93jährigen Friedrich Engel zu einer siebenjährigen Haftstrafe wegen des Befehls zur Ermordung von italienischen Geiseln im Jahr 1944. Anton Walloth wurde ein Jahr zuvor durch das Landgericht München wegen Mordes und versuchten Mordes zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Dies kann allerdings nicht über das Versagen der westdeutschen Justiz in den Nachkriegsjahren hinwegtäuschen.

Letztlich sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache: In der DDR wurden nahezu 12 900 Personen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Verantwortung gezogen. Das waren doppelt so viele wie in der Bundesrepublik, obwohl zahlreiche Tatverdächtige nach 1945 in die Westzonen flüchteten. Übrigens: Wer will, kann jetzt vergleichen, denn der niederländische Strafrechtler Christian Frederik Rüter legte vor etwa zwei Jahren eine elfbändige Reihe „DDR-Justiz und NS-Verbrechen“ vor, in der die einschlägigen DDR-Urteile hierzu veröffentlicht werden. Für die BRD hatte er eine solche bereits seit 1968 herausgegeben. Im Gegensatz zu den eingangs genannten Behauptungen in „FOCUS“ bescheinigen seriöse Rechtshistoriker dem MfS längst eine sehr gründliche und gewissenhafte Recherche. **RA Ralph Dobrawa**



Was ein Schulmeisterlein aus Hannover unter Arbeit versteht

Ein-Euro-Jobs sind positiv zu bewerten! „... für die vermittelten Arbeitslosen ist es auf jeden Fall gut, wenn sie sinnvoll eingesetzt werden“. So wird der Leiter einer Volksschule in der hannoverschen „Neuen Presse“ zitiert. Es geht darum, pädagogisch ausgebildete Menschen für einen Euro pro Stunde in Schulen zu verwenden.

Gemeint ist, daß der Arbeitseinsatz, unter welchen Bedingungen auch immer, einen therapeutischen Effekt hat. Der Lohn ist völlig nebensächlich.

Was versteht unser Schulmeisterlein unter Arbeit? „Es ist auch wichtig für unsere Schüler zu sehen, daß man als Arbeitsloser nicht zu Hause sitzen muß, sondern sich nützlich machen kann“, schreibt er. Ein Arbeitsloser, der arbeitet, ist also kein Widerspruch in sich, sondern nützlich. Dahinter steckt die Stammtischmeinung, daß Arbeitslose den ganzen Tag Bier trinken, ihre Frauen schlagen und den Dackel treten.

Mein Thema soll aber nicht die Bildungsmisere bundesdeutscher Lehrer sein, sondern der Begriff der Arbeit. Mit großem propagandistischen Aufwand wird sie seit langem ideologisch verklärt. Arbeit im Kapitalismus wird gleichgesetzt mit Selbstverwirklichung und sinnvollem Leben. Stellen wir die Dinge vom Kopf auf die Füße und betrachten wir die raue Wirklichkeit.

In der Sklavenhaltergesellschaft wurde der Gegensatz zwischen Freien und Sklaven durch die Unterscheidung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit widerspiegelt. Körperliche Tätigkeit war eines freien Menschen unwürdig. Sie war Aufgabe der Sklaven. Die Geringschätzung der Arbeit und damit der Arbeiter hielt sich durch die feudale bis in die bürgerliche Gesellschaft. Arbeit und Armut gehörten zusammen.

Mit der Industrialisierung mußten die Arbeiter dazu diszipliniert werden, nach der Uhr zu leben und sich den Maschinen anzupassen. In den Fabrikhallen wurde der Rhythmus durch die Maschinen

vorgegeben und von den Vorarbeitern durchgesetzt.

Neu war in der bürgerlichen Gesellschaft auch, daß die Arbeitsmoral ebenfalls für die herrschende Klasse galt. Nur wer fleißig war und klug am Markt agierte, konnte wirtschaftlichen Erfolg haben. Die protestantische Ethik unterstützte und legitimierte diese Vorstellung. Umgekehrt hatte demnach derjenige selbst Schuld, der pleite ging oder gar nicht erst aus der Armut herauskam. Die waren nicht fleißig gewesen und hatten sich nicht genug angestrengt. Damit war zum einen die Herrschaft einer Klasse über eine andere und zum anderen die kapitalistische Produktionsweise legitimiert.

Was aber ist Arbeit, herausgelöst aus diesen ideologischen Verschleierungen? „Als Bildnerin von Gebrauchswerten, als nützliche Arbeit, ist die Arbeit daher eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln“ (MEW 23, 57).

Der Mensch kann nur durch seine Arbeit leben. Diese ist dann nützlich, wenn sie Gegenstände schafft, die er zur Befriedigung seiner Bedürfnisse braucht, um existieren zu können. Erst durch Arbeit wird das in der Natur Vorgefundene für den Menschen nützlich.

Durch das Zusammenleben und -arbeiten der Menschen und die Möglichkeit, infolge des technischen Fortschritts mehr Dinge herzustellen, als der unmittelbare Produzent zu seiner eigenen Bedürfnisbefriedigung braucht, kommt zum Verhältnis des Menschen zur Natur ein zweites Verhältnis hinzu: das Verhältnis der Menschen zueinander. Dazu gehören die Tauschbeziehungen. Ein Arbeitsprodukt wird gegen ein anderes getauscht. Beide haben zwei Merkmale gemeinsam: Sie besitzen einen Gebrauchswert und einen Tauschwert. Ich tausche nur ein, was ich selbst brauche, aber nicht habe, gegen etwas, das ich habe, jedoch nicht selbst

brauche, dafür aber ein anderer. Ich realisiere also nicht den Gebrauchswert z. B. eines Stuhls, indem ich mich darauf setze, sondern seinen Tauschwert, indem ich ihn gegen eine Jacke tausche, die ich anziehe, um mich zu wärmen.

Es muß aber ein Gemeinsames zwischen Stuhl und Jacke gefunden werden, um sie adäquat austauschbar zu machen. Wenn ich

für einen groben Stuhl 4 Stunden brauche, für die warme Jacke aber 8 Stunden eingesetzt werden müssen, ist die Jacke auch mehr wert als der Stuhl, ausgemacht an der aufgewandten Arbeitszeit.

Dadurch, daß ein Gegenstand nicht wegen seines Gebrauchswerts, sondern als Tauschmittel eingesetzt wird, verwandelt er sich zur Ware. Mit der weiteren Entwicklung der Produktivkraft durch den technischen Fortschritt und zunehmende Arbeitsteilung werden immer mehr Waren produziert, deren gewinnbringender Absatz nur noch über einen anonymen Markt möglich ist. Ohne sich persönlich zu kennen, treten Produzent und Käufer über den Markt in Verbindung.

Diese Vermittlung erfordert eine allgemeine Äquivalentform aller Waren: Geld. Ich tausche nicht mehr Stuhl gegen Jacke, sondern Stuhl gegen Geld und Geld gegen Jacke. So kann ohne Schwierigkeiten der unterschiedliche Wert von Stuhl und Jacke ausgeglichen werden. Es entsteht außerdem eine Klasse, die sich überhaupt nicht mehr mit der Produktion, sondern nur noch mit dem Austausch beschäftigt: die Kaufleute. Wertbildend bleibt aber allein die Arbeit.

Im weiteren Verlauf der Geschichte werden die unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln getrennt. Die Werkzeuge und Maschinen, mit denen ein Arbeiter einen Gegenstand herstellt, gehören ihm nicht. Ihm bleibt nur seine Arbeitskraft, und die muß er, wie irgendeine andere Ware, an den Besitzer der Produktionsmittel verkaufen. Arbeit wird zur Lohnarbeit.

Die Waren, die der Arbeiter herstellt, enthalten mehr Arbeit und sind mehr wert, als der Besitzer der Produktionsmittel dem Arbeiter bezahlt. Diesen Mehrwert durch unbezahlte Mehr- oder Überarbeit eignet sich der Kapitalist an (und unternimmt alles es zu verschleiern, zu vertuschen und zu verleugnen!). Der Arbeiter bekommt so viel Lohn, wie er zum Überleben braucht. Es ist also das Eigentum einer Klasse an den Produktionsmitteln, „... das die Arbeit der vielen in den Reichtum der wenigen verwandelt“ (MEW 17, 342).

Von alledem ahnt das Schulmeisterlein aus Hannover natürlich nichts! Arbeit ist gut, meint er. Sie erquickt und labt den, der sie in Demut verrichtet. Das wird seit drei Jahrhunderten von Katheder und Kanzel gepredigt.

Die Parole „Mehr arbeiten für weniger Lohn“ liegt allein im Interesse des Kapitals, nicht aber in dem der Arbeiter (egal, ob in Lohnarbeit stehend oder nicht). Das Wort von den „Sozialpartnern“ demaskiert sich als Geschwätz. Die Aktualität des Klassenkampfes ist unübersehbar. Vielleicht sollte ich dem Schulmeisterlein diese Ausgabe des „RotFuchs“ schicken!



Wissenschaftliche Weltanschauung

Der Marxismus zu politischer Macht und gesellschaftlichem Eigentum

Als wir Berliner ABF-ler am 7. Oktober 1949 mit einem eindrucksvollen Fackelzug unseren ersten Staatspräsidenten Wilhelm Pieck Unter den Linden begrüßten, konnten wir noch nicht das historische Ausmaß der DDR-Gründung ermessen. Erst in der Praxis und beim Studium machten wir uns dann mit den noch heute gültigen Auffassungen des Marxismus über die politische Macht und das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln als den Fundamenten unserer Politik vertraut. Die Erringung der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist zwingend notwendig, aber niemals Selbstzweck. Dabei ist und bleibt die Hauptrichtung ihrer Entwicklung die umfassende Ausprägung sozialistischer Demokratie.

Ohne Demokratie kein Sozialismus. Ohne Sozialismus keine vom Volk getragene Demokratie. Wirkungsinstrument des Aufbaus der neuen Gesellschaft ist der sozialistische Staat, denn wiederum gilt: Ohne sein Wirken keine Errichtung des Sozialismus. Mehr noch: Seine historische Aufgabe ist letztlich nicht Selbsterhalt, sondern der langfristige Übergang zur Aufhebung aller Klassen. Der Begriff „Staatssozialismus“ stellt folglich eine totale Irreführung dar. Denn ohne sozialistischen Staat gleicht die Gesellschaft einer Flottille ohne instrumentale Steuerung. Er hat die Aufgabe, ständig die Interessen aller noch bestehenden Klassen und Schichten zu erkunden und zu koordinieren, die günstigste Rang- und Reihenfolge bei ihrer Verwirklichung festzulegen und die Einheit sowie die Wechselwirkungen von Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik immer ergebnisreicher zu gestalten.

Ist die Machteroberung durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die entscheidende revolutionäre Voraussetzung für die Schaffung neuer Eigentumsverhältnisse, so bildet das sozialistische Eigentum die ökonomische Grundlage für die politische Macht. Also: keine gefestigte politische Macht beim sozialistischen Aufbau ohne adäquates Eigentum.

Eines der wesentlichen historischen Verdienste von Karl Marx besteht darin, daß er erkannte und bewies: Das Eigentum ist keine rein juristische Institution, sondern eine ökonomische Kategorie, ein Produktionsverhältnis. Mehr noch: Eigentumsverhältnisse stellen den Kern der Produktionsverhältnisse dar.

Der von Marx begründete Eigentumsbegriff ist aufs engste mit der Arbeit, dem Arbeitsprozeß und der Verteilung seiner Ergebnisse verbunden.

Natürlich bleibt die künftige detaillierte Struktur aller Formen des sozialistischen Eigentums heute noch umstritten. Aber offensichtlich ist durchaus: Das gesamtgesellschaftliche Eigentum wird im Gefüge aller Eigentumsformen und einer vom Volk getragenen Wirtschaftsdemokratie gerade künftig eine bestimmende Rolle zu spielen haben. Ist die Brechung der Profitdominanz ohne gesamtgesellschaftliches Eigentum, ohne Flankierung durch dieses denkbar? Solche Fragen zu stellen, sie kreativ und illusionslos zu beantworten, ist dringend erforderlich, da sich völlig neue Systeme von Produktivkräften und Produktionsmitteln (z. B. Luft-, Meeres- und Weltraumtechnik, Gentechnik und Biotechnologie, drahtlose Übertragung) entwickeln, die in den meisten Fällen gesellschaftliche Eigentumlösungen herausfordern.

Doch keineswegs fangen wir hier bei Null an. Noch stärker wird die konstruktive Aufarbeitung der Vorzüge und Unzulänglichkeiten der DDR dabei von Wert sein. Aus dem Bündel notwendiger gesellschaftswissenschaftlicher Erkundungen seien in diesem Zusammenhang drei Problemkreise kurz erwähnt:

1. Wir sind fest davon überzeugt, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung das bessere und überlegene Gesellschaftssystem ist. Doch potentielle, systembedingte Überlegenheit bedarf ständig intensiver Realisierung. Dabei das kritische Potential der Bevölkerung herauszufordern, ist für den Sozialismus lebensnotwendig. Das sozialistische Kuba handelt in diesem Sinne beispielhaft. In der DDR hatten wir nicht zu viel, sondern noch zu wenig Sozialismus und verfolgten nicht immer eine konsequent marxistische Politik.

2. In diesem Prozeß sind weitgehend objektive Maßstäbe und Planungsdemokratie zwei Seiten der Effektivität. Ist es von vornherein ständig Praxis, den Plan so oder so „überzuerfüllen“, dann werden nicht selten die Maßstäbe schon im voraus derart gesetzt, daß z. B. die 10%ige Überbietung der Planziele kein Problem darstellt. Jedwede Kommandowirtschaft ist eben mit sozialistischer Planwirtschaft unvereinbar.

Auch die von einigen Leitern gepflegte Praxis, sich überwiegend mit Jasagern zu umgeben, ist für jedwede Arbeitseffektivität und die Realisierung der günstigsten Variante des Ressourceneinsatzes keineswegs nützlich.

Sind die politische Macht und die sozialistischen Eigentumsverhältnisse schließlich errungen, so entscheidet ihre fortwährend zu organisierende höhere

Wirksamkeit darüber, daß sie unumkehrbar bleiben.

3. Sozialistische Eigentumsverhältnisse und ihre immer höhergradige Vergesellschaftung bedürfen ständig umfassender Stimulierung und Motivierung. Die bloße Existenz sozialistischen Eigentums führt noch nicht zu höherer Produktivität. Überlegenheit entsteht nicht im Selbstlauf. Nachhaltige Förderung neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse, eine chancenreiche Bildungspolitik für alle, zukunftsträchtige Relationen zwischen Akkumulation und Konsumtion und ein Reserven aufdeckender Wettbewerb festigen sozialistische Eigentumsverhältnisse und die Produktionsverhältnisse insgesamt. Denn: Produktionsverhältnisse sind Bewegungsformen gesellschaftlicher Produktivkräfte oder hemmende Faktoren, die zur Stagnation führen. Die Entwicklung des sozialistischen Eigentümerbewußtseins wird zudem immer an Wirkung verlieren, wenn seine materielle Untersetzung lückenhaft bleibt. Schwerwiegende Mängel in der Materialversorgung oder eine falsche Anwendung des Leistungsprinzips können durch die beste ideologische Motivierung nicht wettgemacht werden.

Auf dem Territorium der DDR waren nicht die besseren ökonomischen Standorte vorhanden. Von Anfang an konnten wir keineswegs nur dem sozialistischen Aufbau entsprechende Faktoren zur Wirkung bringen. Die Systemauseinanderetzung war immer ein Prozeß, in dem sich Erfordernisse ökonomischer Gesetze des Kapitalismus und des Sozialismus durchkreuzten. Zum Beispiel zwang die westliche Embargo-Politik unseren Staat oft zu Maßnahmen, die nicht mit sozialistischen Geflogenheiten und Werten übereinstimmten.

Die konterrevolutionäre Liquidierung der politischen Macht und des sozialistischen Eigentums in der DDR bewies erneut: Das imperialistische System verteidigt seine Bastionen auch dadurch, daß es progressive Errungenschaften direkt und indirekt angreift, um sie schließlich zu vernichten.

Doch der Sieg der Konterrevolution ist nicht das letzte Kapitel der gesellschaftlichen Entwicklung. Mehr und mehr gewinnt die Erkenntnis an Einfluß, daß eine andere Welt nötig ist. Sozialismus ist ein zwingendes Erfordernis. Die sozialistische Staatsmacht und das gesellschaftliche Eigentum der DDR haben – 15 Jahre nach ihrer Liquidierung – Glanz und Anziehungskraft bei vielen nicht verloren. Ihre inspirierende Wirkung wird künftig noch stärker sein.

Prof. Dr. habil. Harry Milke

Als vor einigen Monaten Kritiker des rigorosen Sozialabbaus mit der ASG = „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ eine neue bundesdeutsche Partei gründeten, stieß das auf lebhaftes Interesse, verbreitet auch auf Sympathie. Mit dieser vorwiegend von gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Opponenten getragenen Initiative schien sich eine politische Kraft zu formieren, die – hier im Unterschied auch zur PDS – jedweder Kungelei mit dem bestehenden System zu entsagen versprach: Regierungsteilhabe, auf welcher Ebene auch immer, käme – so die ASG-Offiziellen – keinesfalls in Frage. Solche Entschiedenheit versprach etwas Neues. Inzwischen liegt das Programm der ASG vor. Das deckt sich inhaltlich weitgehend mit Forderungen, wie sie auch die PDS vertritt: Ein öffentliches Inve-

diese Werte ab. An Wahlprogramm und Oppositionsposition dieser Partei kann das kaum liegen. Als offenkundige Ursache dafür kommen eher interne Querelen in Betracht. Sie veranlaßten kürzlich alle 21 Mitglieder des Thüringer Landesvorstandes der ASG, ihre Funktionen niederzulegen – und aus der Partei auszutreten. Doch schwerwiegender noch dürfte ein anderer Konflikt sein, der in der ASG schwelt und inzwischen offen zum Ausbruch gekommen ist. Bei ihm geht es um den Charakter dieser Partei und ihre grundlegende strategische Orientierung. Zwei Positionen stehen sich hier gegenüber:

Die eine, als deren Wortführer der ASG-Mitbegründer und IG-Metall-Funktionär Klaus Ernst agiert, wendet sich strikt dagegen, die ASG als „Linkspartei“ zu ver-

Mitgliedern der Sozialistischen Alternative (SAV) – einer trotzkistischen Gruppe – verfochten. Klaus Ernst fordert nun, diesem Personenkreis keinen Zugang zu Gremien und Kandidatenlisten der ASG zu erlauben. Als „einfache“ Parteimitglieder würden sie jedoch toleriert.

Solches Ansinnen wurde von vielen Gremien und Aktivisten, ja selbst Vorstandsmitgliedern der ASG, zurückgewiesen. Man wolle, so deren Entgegnung, eine „politische Sammlungsbewegung“ schaffen, in der von Kommunisten und Sozialisten bis zu sozial orientierten Christen ein breites politisches Spektrum Heimatrecht findet. Dieser Standpunkt wird auch von der SAV akzeptiert. Die wehrt sich gegen den Versuch, ihre Positionen aus der ASG zu verdrängen – und spricht sich zugleich für diese Partei als „pluralistisches Projekt“ aus.

Nun ist das mit dem Pluralismus bekanntlich so eine Sache, wenn man darunter statt des freien (und notwendigen!) Meinungsstreites über den Weg auch unterschiedliche oder gar gegensätzliche Standpunkte über das strategische Ziel versteht. In der PDS jedenfalls hat dieser „innerparteiliche Pluralismus“ nach Auffassung der Kommunistischen Plattform dazu geführt, daß heute ihre „Grundentwicklung (weggeht) von marxistischen Ansätzen, weg von der Pluralität“, daß „die oppositionellen Tendenzen der PDS zunehmend von denen der Anpassung abgelöst werden“.

In der ASG hat die Auseinandersetzung erst begonnen, ob sie zur Anpassungspartei mutiert oder sich als antikapitalistische Sammlungsbewegung mit solider außerparlamentarischer Verankerung politisch Geltung verschafft. Wie das Ringen darum ausgeht, ist offen. Noch bestehen für die Kräfte in ihr, die sich – nach eigenem Bekunden – „die Bewahrung der historischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung zum Ziel setzen“, durchaus Chancen, eine Entwicklung zu verhindern, wie sie die PDS hinter sich hat.

Unter aktuellen Gesichtspunkten allerdings stellt dieser unumgängliche und langwierige Klärungsprozeß für die ASG, die aufgrund einer Gerichtsentscheidung jetzt wieder WASG heißt, erst einmal ein erhebliches Risiko dar: Statt alle ihre Kräfte auf den Wahlkampf in NRW zu konzentrieren, werden diese in hohem Maße im innerparteilichen Streit verschlissen. Das ist wohl auch der Grund dafür, daß sich ihr Oskar Lafontaine, der bereits seinen Austritt aus der SPD andeutete, bisher noch nicht angeschlossen hat. Gerade die WASG, die vorerst nur über eine schwache Mitgliederbasis und damit über ein bescheidenes Potential von Wahlkämpfern verfügt, die von den bürgerlichen Medien entweder totgeschwiegen oder ins Zwielficht gestellt wird und in einem traditionellen Stammland der SPD antritt, könnte mit ihm als charismatischer Führergestalt sicher Aufwind erhalten. Dazu wäre es aber notwendig, die innerparteiliche Nabelschau zu beenden.

Die WASG vor den NRW-Wahlen

stitutionsprogramm, Abbau der Defizite in Ostdeutschland, öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, solidarische – also nicht mehr auf Unternehmerinteressen zugeschnittene – Steuerpolitik, Einkommenssteigerung zwecks Stärkung der Massenkaufkraft und Verkürzung der Wochenarbeitszeit als Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind Forderungen, die im Interesse der Benachteiligten dieser Gesellschaft liegen. Mit ihnen geht es um die Bewahrung von sozialen Standards, wie sie – unter den Bedingungen der sozialistischen Konkurrenz in Gestalt von DDR und sozialistischem Lager – in der alten BRD durchgesetzt werden konnten. Wobei das, angesichts der im Prozeß von „Globalisierung“ und neokonservativer Offensive bereits erfolgten Sozialdemontagen, kaum über Schadensbegrenzung hinausgehen dürfte. Dennoch ist das nicht wenig und verdient die Unterstützung jener Kräfte, die sich als „links“ verstehen. Die spannende Frage, auf die im Mai vom Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen eine Antwort erwartet wird, lautet: Wird dieses durchaus attraktive und, wenn man so will, „PDS-nahe“ Programm der ASG plus dem eindeutigen Festlegen auf Oppositionsrolle und Verzicht aufs „Mitregieren“ als gravierendem Unterschied zur PDS-Position so viele Bonuspunkte an größerer Glaubwürdigkeit einbringen, um zumindest einen Achtungserfolg zu erzielen, der dann Signalwirkung hätte? Anfangs verhiessen Umfragewerte der ASG einen respektablen Start als neue Wahlpartei. Inzwischen jedoch bröckeln

stehen. Nur als „Sozialstaatspartei“ habe sie Existenzberechtigung. Dieses Sozialstaats-Konzept läuft darauf hinaus, die längst verblichene „sozialstaatsfixierte“ Alt-Sozialdemokratie wieder zu beleben. Doch der Weg zurück in die „Godesberger Idylle“ dürfte kaum noch gangbar sein. Das jetzt weder unter dem Konkurrenzdruck sozialistischer Staaten stehende noch mit einer kraftvoll-kämpferischen Gewerkschaft konfrontierte Großkapital wird sich schwerlich dazu bewegen lassen, auch nur Teile seiner inzwischen gemachten Beute wieder herauszugeben. Schon gar nicht auf bloß parlamentarischem Weg, ohne außerparlamentarische Massenbewegung.

Davon gehen die Vertreter der anderen, der kontroversen Position in der ASG aus. Die wissen – und sagen das zum Teil auch offen –, daß die Übel des bestehenden Systems auf Dauer nur zu überwinden sind, wenn man auf dessen grundlegenden Wandel hinarbeitet. Deshalb sei der Kampf um die ganz konkreten, alltäglichen Belange der benachteiligten, ausgegrenzten, ausgebeuteten Mehrheit mit jener Perspektive zu verbinden, die Sozialismus heißt. Wobei sich, um das anzumerken, hier eigentlich auch ein Berührungspunkt zur PDS ergibt, die sich in ihrem „Strategischen Dreieck“ immerhin – wenn auch reichlich nebulös – das „Hinausgehen über den Kapitalismus“ zur Aufgabe macht.

Diese weitergehende Perspektive, selbst wenn derzeit nur als historische Vision zu denken, wird in der ASG vor allem von

Zum sozialen Status der Ärzte in der BRD

Die soziale Stellung einzelner, von Gruppen und Klassen wird bekanntlich durch die Stellung im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß bestimmt. Die neueste Statistik der Bundesärztekammer vom 31. 12. 2003 gibt folgende Übersicht (Angaben ohne Zahnärzte):

Die in Deutschland lebende Bevölkerung von 82,5 Millionen Einwohnern wird durch 304 117 Ärzte betreut; der Frauenanteil beträgt 40,7 %, der Ausländeranteil 5,7 %, der Altersdurchschnitt liegt bei 50,4 Jahren. 84 084 Ärzte waren nicht im Beruf tätig, davon 54 % im Ruhestand. Von den Praktizierenden arbeiten 132 400 im ambulanten, 154 500 im stationären Sektor, 10 200 sind in Behörden, Körperschaften, Betrieben, Vereinen u. a. tätig; ca. 50 000 Ärzte arbeiten in der Pharma-, Medizintechnik und Software-Industrie.

Die Ärzte im klinischen Sektor sind in vier großen Kategorien von Kliniken tätig:

1. in den Krankenhäusern der Akutversorgung, die von Ländern und Kommunen betrieben werden (Universitätsklinika, Landeskliniken, städtische Krankenhäuser)
2. in den von Krankenhaus-Konzernen, von Unfall-Kassen, von Religionsgemeinschaften und von Privatpersonen betriebenen Krankenhäusern der Akutversorgung
3. in medizinischen Reha-Einrichtungen der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenkassen
4. in privaten Reha-Kliniken

Die in den unter 1. und 3. genannten Einrichtungen tätigen Ärzte sind vom Status her meistens Angestellte (selten Beamte) im „öffentlichen Dienst“. Die Ärzte in allen anderen aufgeführten stationären Einrichtungen sind mit der winzigen Ausnahme der Chefärzte kleiner Privatkliniken als „abhängig Beschäftigte“ zu betrachten. Sie unterliegen den starken betriebswirtschaftlichen Zwängen, Gewinn = Profit zu erwirtschaften bzw. in konfessionellen Einrichtungen sich strengen weltanschaulichen und außertariflichen Bedingungen zu fügen.

Die ambulant tätigen Haus- und Fachärzte sind fast ausnahmslos privat niedergelassen. Damit sind sie Kleinunternehmer mit dem Status eines Freiberuflers, d. h., sie zahlen Einkommenssteuer, keine Umsatz- oder Gewerbesteuer.

Ihre Freiberuflichkeit wird – sozusagen freiwillig gewählt – durch ihren Vertrag mit den Krankenkassen als Vertragsarzt = Kassenarzt dominiert, damit limitieren viele ökonomische Budgets vor allem das freie Arzt-Patient-Verhältnis.

Paradoxerweise sind diese Kleinunternehmer einer „Schrebergarten“-Medizin z.Z. noch die größte freie Berufsgruppe im Gesundheitswesen.

10200 Ärzte = 3,3 % aller berufstätigen Ärzte sind als Beschäftigte im Staatsdienst (öffentlicher Gesundheitsdienst, in den Arbeitsämtern, der Bundeswehr und der Polizei), im Medizinischen Dienst (MDK) der Krankenkassen, als Mitarbeiter in den Renten- und Unfallkassen, als Betriebsärzte in Unternehmen oder überbetrieblichen privaten Gesellschaften, aber auch beim TÜV, den Kassenärztlichen Vereinigungen und den Ärztekammern beschäftigt.

Andere bestimmende Kategorien des sozialen Status sind das Einkommen und der Bildungsgrad. Nach Marx ist der Wert der Ware Arbeitskraft abhängig von der Dauer der Ausbildung. Ärzte haben die längste Ausbildungszeit, also müßten sie demnach auch das höchste Einkommen haben.

Exakte Angaben oder Analysen sind weder von der Kassenärztlichen Vereinigung und von den Finanzämtern noch vom Ärzteversorgungswerk der Ärztekammern zu erhalten. Einzelangaben und Vergleiche verdeutlichen nur Größenordnungen.

Danach gibt es eine breite Einkommensmitte mit 100 bis 200000 Euro Jahreseinkommen brutto bei Chef- und Oberärzten in Kliniken, niedergelassenen Haus- und Fachärzten, angestellten Ärzten in der Industrie, bei Kassen und Verbänden.

Dabei weist die Tendenz auf 100 000 Euro bei Hausärzten, Oberärzten, Kassen- und Verbandsangestellten und generell bei

Ost-Ärzten, während sich bei Chefärzten, niedergelassenen Fachärzten, von der Industrie angestellten Ärzten und generell bei West-Ärzten mehr die Waage zu 200000 Euro neigt.

Es gibt auch „Spitzen“-Einkommen, insbesondere bei „chirurgischen“ Ordinarien, privaten Chefärzten und Mode-Ärzten.

Deutlich unterbezahlt sind die Ärzte vor Facharzt-Abschluß sowie niedergelassene mit Fallzahlen unter 400/Quartal.

Wie spiegeln sich die aufgeführten sozialen Stellungen im Bewußtsein der deutschen Ärzteschaft, einer soziologischen Gruppe des Kleinbürgertums, wider?

Ein Psychiater schreibt: „Helfen Sie mir, Herr Doktor ...“ Eine selbstverständliche Bitte beim Arztbesuch sollte man meinen, aber zunehmend ist es nicht mehr selbstverständlich, daß dies eine Bitte um fachliche Hilfe ist, ein Appell, mit allem Wissen und mit aller Anstrengung eine Krankheit, ein Leiden zu behandeln.

In den letzten Jahren nehmen Wünsche nach Hilfe in ganz anderen Bereichen zu: „... helfen Sie mir, meine Prüfung zu verschieben ...“, helfen Sie mir, einen mobilitätsgestützten Vorgesetzten nicht mehr sehen zu müssen ..., helfen Sie mir, meine Rente zu bekommen ..., helfen Sie mir, aus dem Vertrag mit dem Fitneß-Studio herauszukommen ..., helfen Sie mir, nicht vor Gericht aussagen zu müssen ...“.

Parallel zu diesen zunehmenden Wünschen nach Attesten, Gutachten, ärztlichen Stellungnahmen, Bescheinigungen durch die Patienten nimmt auch der Wunsch von Versicherungen, Sozialgerichten, Rententrägern, Krankenversicherungen beständig zu, durch Informationen, Stellungnahmen und Gutachten unterstützt zu werden.

Täglich kommt der Arzt in Entscheidungsnöte, ob bei diesem oder jenem Patienten ein innovatives Medikament verordnet werden darf oder nicht. Immer muß er versuchen, Wirtschaftlichkeitsgebot und Behandlungsleitlinien gleichzeitig zu berücksichtigen, und muß den Spagat zwischen Berufsrecht und Sozialrecht irgendwie bewältigen.

Ein Internist führt aus: Der Wandel im Verständnis von Gesundheit und Krankheit ist enorm. Die Konkurrenz der Gesundheitsanbieter und der Krankenkassen untereinander, die Idee, den Patienten als Kunden zu betrachten, dem es gilt, Gesundheitsleistungen zu verkaufen, die dadurch entstehende Flut neuer „Krankheiten“, die verwischte Grenze zum „Wellnessbereich“ – all dies markiert einen Paradigmenwechsel: Der Arzt ist nicht mehr nur der Verhinderer oder notfalls Behandler von Krankheit, sondern er wird gleichzeitig zum „Sucher nach abrechnungsfähigen Diagnosen“. Die Bemächtigung des Gesundheitswesens durch den Markt geht einher mit einer zunehmenden Entsolidarisierung der Gesellschaft.



Aus: „Guardian“, Sydney

OMR Prof. Dr. sc. med. Herbert Kreibich

Fast zeitgleich wurden gemeldet: Erstens – die Arbeitslosigkeit hat in Deutschland die Fünfmillionengrenze überschritten, zweitens – die Bundesregierung hat dem Bundestag den zweiten Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet. Während der ersten Mitteilung ein Medienspektakel folgte, gebar die zweite lediglich ganz vereinzelte spärliche Kommentare. Darstellungen über wissenschaftlich belegte Zusammenhänge zwischen den gemeldeten Vorgängen unterblieben. Ein unbefangener Medienkonsument fragt sich, warum die neuesten Arbeitslosenzahlen urplötzlich alle Spitzenpoliti-

Daß die Opposition auf die Peinlichkeiten genüßlich mit Hohn, Spott und scheinbar guten Empfehlungen reagieren würde, verwundert nicht. Schließlich möchte sie sich selbst auf den einträglichen Sesseln niederlassen, welche derzeit noch die anderen besetzen. Zugleich vermeiden beide Seiten ängstlich, in ihren Wortgefechten an den wirklichen Ursachen der ständig höheren Arbeitslosigkeit zu rütteln. Der Grund für dieses einvernehmliche Verhalten besteht in ihrem übereinstimmenden Interesse, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse bedingungslos zu erhalten. Denn die tatsächlichen Ursachen für die mit steigender Tendenz andauernde Arbeitslosigkeit sind im gesellschaftli-

Jahr 1998. Angaben zu den Vermögensentwicklungen der folgenden Jahre beruhen auf Schätzungen. Ferner sind Zweifel an einer wissenschaftlichen Zuverlässigkeit dieser Daten mehr als angebracht, zumal Steuerklärungen als einzige Quelle für Einkommens- und Vermögenswerte ohnehin nicht absolut glaubwürdig sind. Überhaupt ignoriert der Bericht völlig die Einkommenssituation nach 1998, deren Entwicklung und Struktur. Es wird „der Einfachheit halber“ auf den Vorgängerbericht verwiesen. Aus dem geht hervor, daß im Jahre 1995 bereits 13 000 Bezieher eines durchschnittlichen Einkommens von drei Millionen DM existierten. Im Jahr 1998 verfügten 14 223 Einkommensbe-

Verschleierte Zusammenhänge

ker und deren Massenmedien massiv auf den Plan riefen. Die Erklärung ist einfach. Alle haben jahrelang gebetsmühlenartig bekundet, daß Arbeitslosigkeit ein Übel ist, und geschworen, alles zu tun, um es zu beseitigen oder doch wenigstens zu mildern. Die Arbeitsmarkt„reformen“ sollen es richten. Die mit Jahresbeginn in Kraft getretenen Bestimmungen hätten die Arbeitslosigkeit wenigstens statistisch nach unten kaschieren können. Obwohl die Regierenden wissen mußten, daß eine reale Arbeitslosenzahl noch weit höher als die statistisch ausgewiesene liegt, hofften sie auf eine zügige Bereitstellung von Billigjobs bereits mit Jahresbeginn und auf eine bessere Statistik. Bedauerlicherweise hatten sie nicht bedacht, daß viele Gemeinden die Gelegenheit nutzen würden, um sich finanziell Luft zu verschaffen und bisherige Sozialfürsorgeempfänger als arbeitsfähig einzustufen. Dieser Regiefehler konnte selbst bei gutgläubigen Wählern zu Sympathieverlusten führen. Also war rasch und nachhaltig über die Medien zu reagieren.

chen Systems begründet, speziell in der Verteilung des Nationaleinkommens, und nicht in Fehlspekulationen einzelner. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Regierung, aus dem entscheidende Gründe für die soziale Misere hervorgehen könnten, verschleiert aber eher die realen Verhältnisse statt sie exakt darzulegen. Trotz seiner Länge von 370 Seiten plus 171 Seiten Anhang verschweigt er die wichtigsten ökonomischen Fakten, wie zum Beispiel die tatsächliche Einkommens- und Vermögensentwicklung innerhalb der letzten fünf Jahre. Demgegenüber werden mit dem Regierungsprogramm verbundene Wunschvorstellungen oder „Erfolge“ auf Nebenrollen statt in den Titelpartien weitschweifig erläutert. In der Tiefe der Darstellung ökonomischer und sozialer Vorgänge geht dieser Bericht gegenüber seinen Vorgängern sogar zurück. Offenbar ist das gewollt. Die Regierung hat es nämlich nicht für erforderlich gehalten, die Einkommensstatistik fortzuschreiben. Aussagen über die Höhe der Einkünfte, ihre Struktur und Verteilung beziehen sich auf steuerliche Erhebungen aus dem

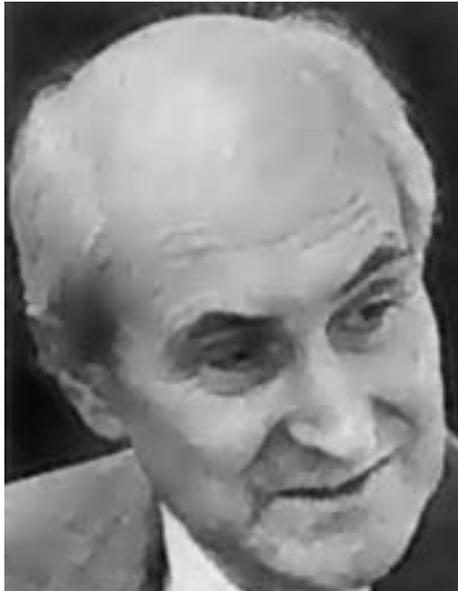
zieher schon über mehr als drei Millionen Euro, also über zirka das Doppelte. An Hand dieser Zahlen kann man potentiell das Tempo des Einkommenszuwachses in den oberen Kategorien erahnen, jedoch nicht die tatsächlich verlaufenden Konzentrationsprozesse nachweisen. Es ist aber insoweit bezeichnend, wenn dieser hoch angebundene Bericht in jener für eine wissenschaftliche Analyse entscheidenden Frage nur folgenden lapidaren Satz (Seite 31) übrig hat: „Der Anteil der besonders hohen Einkommen am Gesamteinkommen stagnierte von 1992 auf 1995, von 1995 auf 1998 stieg er an.“ Eine präzise Darstellung der Einkommensverhältnisse hätte die Parallele zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit noch deutlicher gemacht.

Ungeachtet der spärlichen Angaben ergibt sich aus dem vorliegenden Dokument zweifelsfrei, daß auch in der Zeit der „Schröder-Regierung“ das Privatvermögen der „Besserverdienenden“ erheblich gewachsen ist, und zwar schneller als vorher. Nach offiziellen Quellen stieg das Nettovermögen der Haushalte mit den höchsten Vermögen (10 % aller Haushalte) von 1993 zu 1998 auf 106,2 %. Im Zeitraum 1998 bis 2003 betrug der Zuwachs sogar 123,8 %. Im Zusammenhang damit vollzog sich ein weiterer Konzentrationsprozeß auf hohe Vermögen. Obwohl der Bericht einen genauen Einblick weder in Zahlen noch in verbalen Erläuterungen gewährt, wird eine solche Entwicklung unbeabsichtigt bestätigt. Auf Seite 47 des Materials ist zu lesen, daß sich im Zeitraum 1998 bis 2003 die Anzahl der Privathushalte mit einem Nettogesamtvermögen ab 1 000 000 DM bzw. 511 292 Euro von rund 1,1 auf rund 1,6 Millionen erweitert hat. Fazit: Angesichts der für jeden wahrnehmbaren ökonomischen und sozialen Erscheinungen im täglichen Leben ist es unmöglich, auf Dauer die unmittelbaren Zusammenhänge zwischen der Art und Weise der Verteilung des Nationaleinkommens einerseits und der Arbeitslosigkeit andererseits zu verschleiern.



Kommen Sie oft hierher? Nur während des ökonomischen Wachstums
Aus: „Guardian“, Sydney

Dr. Manfred Böttcher



Prof. Dr. Fink (70), namhafter Theologe, war von 1990 Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin, bis er 1991 aus dem Amt gejagt wurde. Seit 1990 leitet er die VVN-Bund der Antifaschisten.

Herr Professor, bitte stellen Sie unseren Lesern Ihre Organisation vor.

Der Bund der Antifaschisten gründete sich am 8. Mai 1990, als sich Parteien, Massenorganisationen und Verbände der DDR aufgelöst hatten. Da meinten doch einige, wenn etwas aus der DDR bleiben muß, dann ist es die antifaschistische Grundhaltung. Sie war Leitmotiv der DDR zeit ihrer Existenz, sie hat den Schwur von Buchenwald „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ eingelöst. Wir trafen uns damals am Bogensee, Überlebende der Konzentrationslager, aufrechte Kämpfer gegen den Faschismus, junge Leute, Vertreter von Kirchen. In kurzer Zeit bildeten sich etwa dreißig Basisgruppen, später Landesorganisationen; heute zählt der Bund über 11 000 Mitglieder. Unsere ersten Aktivitäten richteten sich darauf, uns bei der Welle von Umbenennungen von Straßen und Plätzen einzumischen und konnten in vielen Fällen verhindern, daß Namen von antifaschistischen Widerstandskämpfern getilgt wurden. Zur Zeit versuchen wir, unser ganzes Gewicht im Kampf gegen die neofaschistischen Umtriebe einzusetzen.

Die DDR wird u. a. mit der These vom „verordneten Antifaschismus“ diskreditiert.

Wir meinen, daß man gerade in Deutschland Antifaschismus verordnen muß. Die Kinder lernen in der Schule Lesen und Schreiben, Geschichte und Mathematik, sie müssen aber auch lernen, daß Faschismus, Antisemitismus, Ausländerhaß demokratiegefährdend sind. Dieses Thema ist vor allem an den Schulen weithin vernachlässigt. Deswegen setze ich mich persönlich immer für einen verordneten Antifaschismus ein. Solange es Nazis gibt, bleibt der Schwur von Buchenwald in der Bundesrepublik aktuell.

Interview mit Prof. Dr. Heinrich Fink

Die sogenannte Neonazi-Szene hat – vor allem in den letzten Jahren – deutlich Aufwind bekommen. Wo sehen Sie die Ursachen?

Sicherlich gibt es verschiedene Gründe. Ich sehe sie vor allem darin, daß es sich um die Fortsetzung von Traditionen handelt, mit denen die Bundesrepublik 1949 angefangen hat. Ich nenne hier nur den Staatssekretär Globke, den Fall des ehemaligen Marinerichters Filbinger, der es bis zum Ministerpräsidenten Baden-Württembergs gebracht hat, daß in der Bundeswehr von 38 Generalen 32 Offiziere der Hitler-Wehrmacht waren. Der Faschismus wurde in seinen Wurzeln nicht bekämpft. Ich wehre mich auch gegen solche vereinfachenden Darstellungen wie die von Herrn Stoiber, daß die hohe Arbeitslosigkeit schuld sei am Erstarken der Nazis. Viele Arbeitslose haben den Nazis widerstanden. Man muß gesellschaftlich immun sein dagegen – und die Immunität ist im heutigen Deutschland sehr geschwächt.

Nun steht der 60. Jahrestag der Befreiung unmittelbar bevor. Wie bewerten Sie die offenbar offizielle Sprachregelung, dieses Ereignis als „Tag des Kriegsendes“ zu bezeichnen?

Natürlich ist der Krieg am 8. Mai beendet worden. Aber – durch wen ist er beendet worden? Für alle von Nazi-Deutschland überfallenen Völker Europas ist es in der Tat die Befreiung vom Faschismus. Und ausgerechnet Deutschland, das den Hitler-Faschismus in die Welt gebracht hat, meint nun, diesen Tag als „Kapitulation“ abtun zu können. Wir sollten uns das nicht gefallen lassen und darum kämpfen, daß der 8. Mai als Tag der Befreiung in unsere Kalender eingetragen wird. Selbst der Kalender im „Neuen Deutschland“ enthält keinen Hinweis auf den Tag der Befreiung. Hier sollten wir sehr sensibel sein. Das einzige Land, das diesen Tag begeht, ist Mecklenburg-Vorpommern. Warum sollte das nicht auch in den anderen Bundesländern gehen?

Die Ankündigung der Neonazis, am 8. Mai durch das Brandenburger Tor marschieren zu wollen, hat hektische Betriebsamkeit bei den großen Parteien und im Regierungslager ausgelöst. Reichen die bereits geltenden Gesetze der Bundesrepublik aus, um den ganzen Spuk zu unterbinden?

Ohne Zweifel reichen die geltenden Gesetze aus. Zum Beispiel der Artikel 139 des Grundgesetzes, der sich auf das Urteil des Nürnberger Prozesses bezieht, besagt, daß alle faschistischen Aktivitäten in Deutschland verboten sind. Die müssen nicht noch mal extra verboten, sondern die Gesetze lediglich angewandt werden. Aber dort hapert es gewaltig. Eine

Spitzenleistung dabei vollbrachte das Bundesverfassungsgericht Mitte vergangenen Jahres: es hob das Verbotsurteil der untergeordneten Instanz für eine NPD-Demonstration, die sich gegen einen in Bochum geplanten Synagogenbau richtete, mit der Begründung auf, auch Minderheiten hätten ein Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Hier äußert sich die ungebrochene Kontinuität bei der Ausbildung und Erziehung westdeutscher Juristen, die nun seit 1990 scharenweise ostdeutsche Richter- und Staatsanwaltschaften besetzt haben.

Kennen Sie internationale Reaktionen?

Ja, ich war am 27. Januar zur Erinnerung an die Befreiung des KZ Auschwitz in Polen und habe mehrfach hören müssen, daß es sehr große Angst gibt. Man kann es nicht schonender ausdrücken. Freunde aus Israel mahnen uns, wachsam zu sein und erklärten, vorläufig nicht nach Deutschland zu fahren. Die Reaktionen aus dem Ausland sind eindeutig, aber offenbar erschrecken sie keinen. Angesichts der Alten, noch Überlebenden des Lagers aus vielen Ländern war mir doch sehr weh ums Herz.

In einer von Ihrer Organisation verbreiteten Dokumentation ist aufgelistet, daß in den Jahren von 1990 bis 1994 in Deutschland 131 Opfer rechter Gewalt zu beklagen sind. Sind das die Anfänge rechten Terrors wie 1933?

Ich glaube nicht. Die vom Neofaschismus ausgehende unmittelbare Gefahr sehe ich, trotz des individuellen Terrors der „Stiefelfaschisten“ nicht in der Übernahme der Diktaturgewalt. Die weitaus größere aktuelle Bedrohung ist seine politische Funktion in einer nach rechts rückenden Gesellschaft, in der sich soziale Konflikte verschärfen, Wirtschaftsinteressen gegenüber sozialer Gerechtigkeit dominieren, undemokratische Verfassungs- und Gesetzesänderungen ebenso zum alltäglichen Geschäft gehören wie die Militarisierung der Außenpolitik.

Sie haben kürzlich auf einer Veranstaltung unserer Hallenser Regionalgruppe einen Vortrag gehalten, der geradezu begeisterte Resonanz gefunden hat. Würden Sie auch bei anderen Regionalgruppen auftreten?

Mich hat die offene Atmosphäre in dieser Versammlung sehr erfreut und ich habe gesagt, wo wir uns gegenseitig helfen müssen. Sehr beeindruckt hat mich, daß der „RotFuchs“ einen Theologen eingeladen hat. Meine biblische Überzeugung ist, daß Gerechtigkeit und Frieden in der Welt machbar sind. Ich rede überall, wo man mich fragt – aber auch da schweige ich nicht, wo man mich nicht fragt.

Interviewer war Frank Mühlefeldt.

Seit dem 1. Januar 2005 gelten neue „Sozial“gesetze und damit auch Hartz IV in Deutschland. Damit ein jeder weiß, was ihm blüht oder blühen könnte, werden den Betroffenen kluge Bücher angeboten, die angesichts des ausgeprägten Hangs der BRD zu komplizierten Regelungen und schwer zu verstehenden Kommentaren sicher auch nötig sind. Da gibt es zum Beispiel in der Reihe „Beck-Rechtsberater“ im dtv einen Titel „Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II“, verfaßt durch Fachanwalt Dr. Jost Hüttenbrink von der Katholischen Fachhochschule Münster. Er beschäftigt sich zunächst mit dem „historischen Hintergrund“. Es handelt sich um einen Rückblick auf die „Fürsorge für die Armen“ in den vergangenen Jahrhunderten, und

Der Autor fährt fort: „Daran änderte sich wenig, obwohl im ausgehenden 19. Jahrhundert eine Reihe von sozialen Versorgungssystemen geschaffen wurde (Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invaliditäts- und Altersversicherung).“ Verschwiegen wird, daß es sich dabei um schwer erkämpfte Errungenschaften der organisierten Arbeiterbewegung handelte, die sich ihrer Kraft bewußt wurde und erkannt hatte, daß man den Mächtigen Zugeständnisse abringen kann, weil diese aus eigennützigen Gründen an der Erhaltung der wertvoller, da qualifizierter gewordenen Arbeitskraft interessiert waren. Dr. Hüttenbrink stellt ziemlich übergangslos fest: „Der Arme blieb bis zur Geltung des Grundgesetzes lediglich

Artikel 1 (Menschenwürde) und 20 (Sozialstaatsklausel) enthaltenen Leitgedanken führten dazu, das Fürsorgerecht heute dahin auszulegen, daß den Trägern der öffentlichen Fürsorge eine Rechtspflicht gegenüber dem jeweiligen Bedürftigen obliege.“ Sicher bedeutete das für die Betroffenen einen riesigen Fortschritt. Aber war es nur die reine Menschenliebe, die den Vätern der Regelung die Feder führte? Schließlich fand ein erbitterter Klassenkampf zwischen zwei Weltssystemen statt, und nichts lag den damals und heute im Geltungsbereich dieses Grundgesetzes Mächtigen näher, als alles zu tun, um den Kapitalismus zu erhalten. Dazu war es zwingend notwendig, seine Gebrechen zu kaschieren und den Bürgern des anderen Deutschland weiszumachen, wie sozial und in jeder Beziehung vorteilhaft doch diese Gesellschaftsordnung sei. Der „Sozialstaat“ war also nicht zuletzt auch der Existenz der DDR geschuldet. In der Zeit des Kalten Krieges zeigte sich das Kapital zu beträchtlichen Zugeständnissen bereit.

Doch kehren wir zu Dr. Hüttenbrink zurück. Er schreibt: „Eine der großen Errungenschaften des Grundgesetzes ist es, daß der in eine Notlage geratene Mensch nicht mehr Almosenempfänger und Bittsteller ist, sondern einen einklagbaren Anspruch gegenüber dem Staat auf Alimentation besitzt.“ Und diese große Errungenschaft hat die Bundesrepublik dann 1990 mit der Versicherung ihrer langandauernden Gültigkeit ins anschlusvereinigte Deutschland eingebracht. Hunderttausende Neubundesbürger haben gestaunt. Doch sehen wir uns an, was Dr. Hüttenbrink zum zeitlichen Ablauf der Ereignisse zu sagen hat: „Auf Grund der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahre 1954 wurde dann im Jahre 1962 das Bundessozialhilfegesetz in Kraft gesetzt und für alle Bundesländer eine einheitliche Form für Sozialhilferegelungen geschaffen.“

Der Verfasser des Kommentars verblüfft den Leser mit einem groben Schnitt. Fast übergangslos heißt es dann: „Das Gesetz trat zum 31. 12. 2004 außer Kraft.“ Ende des Kapitels, Punkt, Schluß, Aus, kein Wort mehr! Und was ist mit dem Grundgesetz, das dieses Sozialhilfegesetz so zwingend forderte? Ist das nun auch in Teilen außer Kraft getreten?

Es bleibt klarzustellen, daß aus der Sicht der Almosengeber kein deutscher Sozialstaat mehr benötigt wird, weil der Kalte Krieg für sie mit einem Sieg beendet wurde. Und weil sie die Mächtigen in diesem Land sind, tritt das Gesetz einfach außer Kraft. Denn das Recht – wissen wir seit Marx und Engels – ist ja nur der zum Gesetz erhobene Wille der politisch und ökonomisch Herrschenden.

Es bleibt klarzustellen, daß aus der Sicht der Almosengeber kein deutscher Sozialstaat mehr benötigt wird, weil der Kalte Krieg für sie mit einem Sieg beendet wurde. Und weil sie die Mächtigen in diesem Land sind, tritt das Gesetz einfach außer Kraft. Denn das Recht – wissen wir seit Marx und Engels – ist ja nur der zum Gesetz erhobene Wille der politisch und ökonomisch Herrschenden.

Wolfgang Mäder

Über Almosenempfänger gestern und heute

zwar nach den Normen altbundesdeutschen Geschichtsverständnisses.

Der Autor beginnt: „Im Mittelalter wurde der Arme als Almosenempfänger betrachtet; er gab dem Reichen Gelegenheit zu gottgefälligem Tun; der Reiche erlangte durch die Almosengewährung Vergebung seiner Sünden. Der Arme leistete Fürbitte für das Seelenheil seines Wohltäters und“ – jetzt kommt's dick – „erfüllte so eine wichtige Funktion in der Gesellschaft. ...“ Almosen gab man Bettlern. Beschränkte sich also das Elend im Mittelalter auf diesen Personenkreis? Wie war das mit den Leibeigenen, den Mägden und Knechten, den Tagelöhnern und allen anderen, die in bitterer Armut den Reichtum von Adel und Patriziat zu schaffen und zu mehren hatten? Die „Armen“ als unklarer und klassenindifferenten Begriff begleiten uns übrigens durch das ganze Kapitel ...

Aber weiter: „Die Situation änderte sich, als es im 18. Jahrhundert zu einem starken Anwachsen der armen Bevölkerung kam. Die christliche Motivation des Almosenaktes trat in den Hintergrund“ – verständlich, so groß waren Geberbereitschaft und Sünderbewußtsein dann wohl doch nicht –, „die soziale Not der Unterschichten wurde zu einem gesellschaftlichen Problem. ... Im Laufe der Jahrzehnte mußte sich deshalb der Staat des Armenwesens immer stärker annehmen ... „Im Jahre 1794 wurde im Allgemeinen Preußischen Landrecht erstmals seine generelle Fürsorgepflicht für die Armen als Staatsaufgabe gesetzlich anerkannt.“ Aber hat das die Lage der Betroffenen spürbar verbessert? Selbst Dr. Hüttenbrink räumt ein: „Der Arme blieb jedoch Almosenempfänger, dem nach Gutdünken der Obrigkeit eine Unterstützung gewährt wurde.“

Objekt der staatlichen Verwaltung (Untertan).“ Da hat er zwar recht, man sollte aber hinzufügen, daß das auch heute nicht anders ist.

Nun bewegt sich der Autor auf den Kulminationspunkt zu: „Erst mit der Einführung des Grundgesetzes erfuhr das gesamte Fürsorgerecht eine völlig neue rechtliche Grundlage. Bereits in einer der ersten Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts (Urteil vom 24. 6. 1954) wurde deshalb klargestellt, daß die frühere Auffassung vom Almosenwesen spätestens seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes nicht mehr haltbar sei. Seine in



15. Mai 1525. An der höchsten Erhebung im thüringischen Frankenhausen, dem heutigen Schlachtberg, endet ein Krieg, der später von Friedrich Engels als „der großartigste Revolutionsversuch des deutschen Volkes“ charakterisiert wird. Der deutsche Bauernkrieg findet nach jahrzehntelangem Kampf mit einer blutigen Niederlage der Aufständischen seinen Abschluß. Tausende Bauern, Bergknappen, Plebejer und Bürger werden von der Soldateska des Grafen Ernst von Mansfeld und des Herzogs Georg von Sachsen niedergemacht. Thomas Müntzer, der geistige Kopf, die „großartigste Gestalt des ganzen Bauernkriegs“, wie Engels ihn bezeichnete, wird auf dem Richtblock enthauptet. Genau 480 Jahre sind inzwi-

pinke-panke auf den Ambossen Nimrods, werfet ihnen den Turm zu Boden!“ Es muß hervorgehoben werden, daß Müntzer hier erstmals auf ein Zusammengehen von Arbeitern und Bauern verweist, ein Bündnis, das 1949 zum politischen Fundament des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates wurde. Leider fanden seine Worte kein Gehör, auch 1848 und 1918 nicht. Zu allen Zeiten wurden die Bauern von der Bourgeoisie verraten. Karl Marx stellte dazu fest: „Das Interesse der Bauern befindet sich also nicht mehr ... im Einklange, sondern im Gegensatz mit den Interessen der Bourgeoisie, mit dem Kapital.“ Daß die Erhebungen im 16. Jahrhundert zutiefst politischen Charakter trugen,

getan werden. Anfangs stand er eindeutig auf der Seite der Aufständischen und forderte sie auf: „So wie wir Diebe mit Schwert, Mörder mit Strang, Ketzer mit Feuer strafen, warum greifen wir nicht vielmehr an diese schädlichen Lehrer des Verderbens, als Päpste, Kardinale, Bischöfe und das (ganze) Geschwärm ... mit allerlei Waffen und waschen unsere Hände in ihrem Blut.“ Als die Bauern diesem Rat folgten, bekam Luther Angst vor der eigenen Courage. Er fiel um. Plötzlich verunglimpfte er die Kämpfenden als „treulose, meineidige, ungehorsame, aufrührische Mörder, Räuber, Gotteslästerer“, „... hundert Tode sollt ein frommer Christ leiden, ehe er ein Haar breit in der Bauern Sache bewilliget ... Fliehe von den Bauern, wer da kann, als von Teufel selbst.“ Schmähschlich ließ Luther die revolutionären Elemente der Bewegung fallen und schloß sich der bürgerlichen, adligen und fürstlichen Seite an. Irgendwie kommt uns solche Haltung auch aus jüngster Vergangenheit bekannt vor. Thomas Müntzer aber, der Luther als „Doktor Lügner“ oder „schwarzen Kulkraben“ bezeichnete, zweifelte bis zuletzt nicht: „Das Volk wird frei werden“, rief er am Schluß der „Hochverursachten Schutzrede“ aus. Selbst unter schweren Folterungen durch die Schergen seines ärgsten Feindes, des Grafen Ernst von Mansfeld, bekannte er sich unerschrocken zu seinem revolutionären Handeln: „Omnia sunt communia (Allen gehört alles gemeinsam) ... Welcher fürst, graff oder herre das nit hette thun wollen und des erstlich erinnert, den solt man dye koppe abschlahen oder hengen.“ So steht es in einem Protokoll, das ein Schreiber des Grafen bei einem „Verhör“ verfaßte.

Fazit: Der deutsche Bauernkrieg widerspiegelte die Sehnsüchte und Hoffnungen der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Er war nicht nur eine Erhebung der Bauern, sondern ein Volkskampf schlechthin, der als „Wendepunkt der ganzen deutschen Geschichte“ betrachtet werden müsse, schrieb Engels. Für ihn wie für Marx war er nie ferne Geschichte. Auch in der DDR wurde der Große Deutsche Bauernkrieg als ein heroisches und gütiges Kapitel auf dem Weg der Befreiung der Arbeitenden aufgefaßt und gewürdigt. Wir wissen heute, daß die Revolutionäre von einst zu früh zu viel wollten und daher scheitern mußten. Der Schriftsteller Alexander Weill läßt Thomas Müntzer auf dem Weg zum Richtblock sagen: „Ich habe Großes, zu Großes verlangt. Geduld nur! ... Ihr alle und eure Kindeskinde werden verfault sein, und Thomas Müntzer wird leben.“ Das bestärkt uns in der Gewißheit: Die Enkel fechten's besser aus! **Ernst-Otto Christalle**

Das Vermächtnis des Großen Deutschen Bauernkrieges

schen ins Land gegangen. Was können wir heute aus den heroischen Kämpfen jener Zeit lernen?

Bauernhebungen begannen etwa um 1500. Alle paar Jahre brachen bäuerliche Unruhen in Oberschwaben, am Bodensee, im Hegau, am Neckar, in Franken, im Odenwald, im Elsaß, in der Pfalz und anderen Regionen aus. Mit der Schlacht bei Frankenhausen erlebten sie ihren Höhepunkt. Namen wie Hans Böheim, Georg Metzler, Jäcklein Rohrbach, Götz von Berlichingen, Florian Geyer und natürlich Thomas Müntzer sind damit untrennbar verbunden.

Nicht nur Historiker vertreten zuweilen die Auffassung, es habe sich bei diesen Auseinandersetzungen um begrenzte Aktionen zur Durchsetzung ausschließlich wirtschaftlicher Ziele gehandelt. Doch im Bauernkrieg kulminierte die frühbürgerliche Revolution in Deutschland. Sie hatte zutiefst politische Ziele. Da wird besonders deutlich in der „Hochverursachten Schutzrede“ Thomas Müntzers: „Es ist der allergrößt Greuel auf Erden, daß niemand der Dürftigen Not sich will annehmen. Die Großen machen's, wie sie wollen ... Die Grundsuppe des Wuchers, der Dieberei und Rauberei sein unser Herrn und Fürsten, nehmen alle Kreaturen zum Eigentum: die Fisch zu Wasser, die Vögel im Luft, das Gewächs auf Erden muß alles ihr sein ... Die Herren machen das selber, daß ihnen der arme Mann Feind wird. Die Ursach des Aufruhrs wollen sie nit wegtun. Wie kann es die Länge gut werden?“ Und er schlußfolgert daraus im „Manifest an die Mansfeldischen Bergesellen“: „Wir müssen nit länger slafen ... Dran, dran, dieweil das Feuer heiß ist. Lasset euer Schwert nit kalt werden, lasset nit verlähmen (laßt nicht nach)! Schmiedet

manifestiert auch der von den aufständischen Bauern geprägte Spruch: „Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann?“ Gegen die „Edelmänner“ richtete sich der Kampf, denn die Macht und das Schwert sollten „gegeben werden dem gemeinen Mann“, wie Müntzer forderte.

In diesem Zusammenhang sind einige Worte zur Rolle Martin Luthers in jenen Jahren erforderlich. Ohne seine großen Verdienste bei der Reformation schmälern zu wollen, muß der Wahrheit Genüge



Th. Müntzer

Das vietnamesische Volk gedenkt wichtiger Jahrestage im Kampf für die nationale Unabhängigkeit und die Wiederherstellung des Friedens. Mit der Befreiung von Saigon am 30. April 1975 wurde der lange und opferreiche Krieg gegen die USA-Aggression siegreich zu Ende geführt und das Marionettenregime im Süden des Landes zerschlagen. Die USA mußten in Vietnam ihre erste militärische Niederlage hinnehmen.

Auf der jüngsten Reise einer Touristengruppe von TuK durch die Sozialistische Republik Vietnam hatten wir zahlreiche Begegnungen am Weg der Befreier Vietnams.

Die Bucht von Halong gehört zu den schönsten Flecken der Erde. Sie wurde

Sie machten das ganze Areal des Kaiserpalastes, unwiederbringliche kulturhistorische Güter, bis auf wenige Teile dem Erdboden gleich. In Hue trafen wir einen Veteranen dieser Kämpfe: Nguyen Huu Van war Musikprofessor am Konservatorium von Hue, gehörte dort einer geheimen Widerstandsgruppe an, die mit den bewaffneten Kräften außerhalb der Stadt zusammenarbeitete. 1968 wurde sie für den Schutz der Flagge der Befreier auf dem Turm der Zitadelle eingesetzt. 25 Tage konnten diese damals die Stadt verteidigen. Die Kämpfe waren erbittert und auf beiden Seiten verlustreich. Bis zu ihrer Rückeroberung durch die Truppen der USA und Saigons war Nguyen Huu Van in Hue und mußte dann mit vielen seiner

Flut ans Ufer geschwemmt. Von Untergrundkämpfern in einer Grotte verstaut, verteilte man sie später.

Nicht zum ersten Mal besuchte eine Reisegruppe von TuK auch den Märtyrerfriedhof in Bien Hoa bei Ho-Chi-Minh-Stadt. Blumen brachten wir zum Grab von Nguyen Van Troi, dem Befreiungskämpfer, der sich 1964 angesichts des Erschießungskommandos die Binde von den Augen riß. Mit unserer Begleiterin, Frau Hoang, ehrten wir deren 1971 bei einem US-Bombardement in Zentralvietnam ums Leben gekommenen Schwiegervater, der hier bestattet ist.

Die Tunnelanlage Cu Chi bei Ho-Chi-Minh-Stadt, ein wichtiger Stützpunkt des Widerstandskampfes gegen die Aggres-



Frau Hoang auf dem Märtyrerfriedhof in Bien Hoa

von der UNESCO als Weltnaturerbe eingestuft. Über 3000 Karstberge ragen aus dem klaren Meerwasser, bizarre Formen der Erhebungen, abenteuerliche Grotten und malerische Strände verzaubern jeden Besucher. Gerade hier inszenierten die USA im August 1964 ihren an Hitler orientierten „Überfall auf den Sender Gleiwitz“: US-Kriegsschiffe meldeten einen „vietnamesischen Angriff“. Präsident Johnson befahl daraufhin „Vergeltungsschläge“ gegen den Norden Vietnams. Abgesehen davon, daß es sich um das Seegebiet vor der damaligen Demokratischen Republik Vietnam handelte und nicht um die Küstengewässer der USA, muß Washington seit langem eingestehen, daß es den „Zwischenfall im Golf von Tongking“ nicht gegeben hat. Welche Parallele zu der „Begründung“ des Überfalls der USA auf Irak!

Wir besuchten den Kaiserpalast von Hue – die Zitadelle, oder was davon übriggeblieben ist. Die traditionelle Kaiserstadt Vietnams war 1968 während der Tet-Offensive von den Befreiungskämpfern eingenommen worden. Auf dem Flaggenturm der Zitadelle hißten sie das Banner der Nationalen Befreiungsfront Südviets. Die Stadt in Küstennähe wurde dann von US-Schlachtschiffen beschossen und von US-Flugzeugen schwer bombardiert.

Vor 30 Jahren: Saigon ist frei!

Genossen in die Berge gehen. Die Tet-Offensive 1968 führte zu einer weltweiten Protestwelle gegen die Aggressoren und zwang die USA an den Verhandlungstisch. 1975 gehörte Nguyen zu den ersten, die illegal in ihre Heimatstadt zurückkehrten, um die Befreiung vorzubereiten. Diese erfolgte am 26. März 1975, ohne daß die Stadt und die Zitadelle noch stärker zerstört wurden. Danach übertrug man Nguyen Huu Van Funktionen in der Parteileitung und im Volkskomitee von Hue.

Der legendäre Ho-Chi-Minh-Pfad verlief nicht nur über Berge und durch den Dschungel. Es gab auch einen „Pfad“ auf dem Wasser. Entlang der Küste Vietnams brachten „Schiffe ohne Kennzeichen“ notwendige Versorgungsgüter und militärische Ausrüstungen nach dem Süden. Dao Hong Tuyen, Direktor eines Touristenzentrums an der malerischen Küste Vietnams, besuchten wir in seinem Büro. Es war ausgestattet mit Fotos über die harte Zeit des Krieges und Ehrungen der Teilnehmer durch die vietnamesische Führung. Dao war damals noch keine zwanzig Jahre alt. Er brachte mit solchen Schiffen Versorgungsgüter nach dem Süden. „Ich war Patriot“, betonte er, „deshalb habe ich diese Aufgabe übernommen. Viele Kämpfer auf See haben nicht überlebt. Wir wollen Frieden für Vietnam, für alle Völker.“ Aus seinem Munde verlieren solche Worte jedes Pathos. Wir haben uns lange unterhalten, auch über die Situation in Deutschland. Die Wiedervereinigung Vietnams verlief ja unter umgekehrtem Vorzeichen wie die Annexion der DDR durch die BRD.

Auf der Busfahrt wurden wir weit im Süden auf eine Bucht hingewiesen, in der die meisten der auf dieser Route transportierten Güter an Land kamen. Waserdicht in Plastetaschen verpackt, wurden sie ins Meer geworfen und dann durch die

soren, ist heute Teil des Besichtigungsprogramms. Viele Kilometer Erdtunnel schützten die Befreiungskämpfer vor Angriffen aus der Luft und auf dem Boden. Bisher ist weniger bekannt, daß hier auch die Basis der strategischen Aufklärung war, bei der die Fäden der Kundschaftertätigkeit gegen die USA-Truppen und das Saigoner Regime zusammenliefen. Der Besuch verband sich mit einer außergewöhnlichen Begegnung: Gesprächspartner war General Pham Xuan An, der über 23 Jahre als Kundschafter der Befreier in Saigon tätig war. Er hat durch seine Arbeit wesentlich dazu beigetragen, daß der politischen und militärischen Führung des Befreiungskampfes die Informationen zur Verfügung standen, die für den Sieg erforderlich waren. Er beschaffte und analysierte die wichtigsten Berichte über politische und militärische Absichten und Aktionen der französischen Kolonialisten, der US-Aggressoren und deren Saigoner Marionetten. Er leitete sie an seine Führung weiter, ohne entdeckt zu werden. General Pham Xuan An lebt heute hochgeachtet in Ho-Chi-Minh-Stadt. Sein Handeln trug dazu bei, daß die südvietnamesische Metropole diesen Ehrennamen trägt. Die Grüße und guten Wünsche der deutschen Genossen wurden von ihm sehr herzlich erwidert. (Die Übersetzung eines Buches über sein Wirken wird in Kürze im GNN-Verlag erscheinen.)

Zu den wichtigen Jubiläen gehört auch der 75. Jahrestag der Gründung der KP Vietnams am 3. Februar 1930. Sie vereint über 2,5 Millionen Mitglieder. Auf dem Weg von Nord nach Süd dieses langgestreckten Landes sahen wir in jedem Ort, den wir mit unserem Bus durchfuhren, Plakate und zu Ehren des Jahrestages der Partei festlich beflaggte Häuser. Das vietnamesische Volk, das im Befreiungskrieg so große Opfer gebracht hat, beschreitet unter Führung der KP optimistisch seinen sozialistischen Weg. **Rolf Berthold**

Es gibt Zufälle im Leben, deren Bedeutung man erst viel später erkennt. So ging es mir mit dem Kardinal Karol Wojtyla. Am 16. Oktober 1978, als Wojtyla scheinbar völlig überraschend zum Papst gewählt wurde, war ich Gastdozent an der katholischen Universität in Kraków. Mein Gastgeber und Austauschpartner war Mitglied der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Als sich gegen Abend mit Windeseile das Ergebnis der Papstwahl verbreitet hatte, schlug er vor, in die Kirche zu gehen, in der der Erzbischof von Kraków zu predigen pflegt. Es machte Mühe, sich im Strom der jubelnden Menschen einen Weg zu bahnen. Dann sah ich rechts vom Altar die polnische Staatsflagge, umkränzt von der Dornenkrone Christi. Zu meinem Erstaunen hielt das mein Gastgeber für normal. Auch er sah nun Polen in einer neuen Rolle als klerikale Weltmacht.

War die Wahl Wojtylas so überraschend? War er nicht schon vorher der jüngste Bischof und Kardinal gewesen? War sein Antikommunismus nur Geheimdienstleistungen bekannt? Unterhielt er nicht enge Beziehungen zu deutschen Bischöfen? Hatten nicht Polen und der Katholizismus einen besonderen Platz im kalten Krieg? Traf sich nicht die Losung Präsident Reagans vom „Reich des Bösen“, das zu vernichten sei, mit den Zielen des polnischen Papstes?

Inzwischen ist bekannt, wie CIA, bundesdeutsche Kardinäle und Geheimorden Wojtyla an die Spitze schoben, nachdem sein Vorgänger auf mysteriöse Weise gestorben war. Ein Indiz: Offizieller USA-Vertreter bei der Inthronisation von Johannes Paul II. war neben Jimmy Carters Vizepräsident Edward Muskie auch Chefsicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, der später von Eingeweihten als der eigentliche „Erfinder“ des polnischen Papstes bezeichnet wurde.

Der Papst, der in seinen Studienjahren auch als Schauspieler Erfahrungen gesammelt hatte, stand praktisch und finanziell hinter Lech Walesa, den die Kirche als „Gewerkschaftsführer“ kostümierte. Dessen „Solidarnosc“ half, den Kapitalismus nach Polen zurückzuholen.

Als Johannes Paul II. nach einer unwürdigen Medienshow der Tod erteilte, lobte Bush den Beitrag Wojtylas zur „Befreiung Osteuropas“, Bundespräsident Köhler den Einsatz für die „Wiedervereinigung“. In der Sache wurde der „roll back“-Erfolg des Imperialismus gelobt. Darüber sollte man nachdenken. Es wird kaum unterschieden, daß der Papst eine Doppelfunktion ausübt: Er ist Oberhaupt der katholischen Kirche und Chef des Vatikanstaates. Als Papst kennt er das Prinzip des Gottessohnes: Mein Reich ist nicht von dieser Welt. Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, Gott, was Gottes ist.

Als Oberhaupt des Vatikanstaates war Johannes Paul II. an das Völkerrecht und die Prinzipien von Helsinki gebunden. Sie geboten Nichteinmischung und die Respektierung der europäischen Nachkriegsordnung. Sein höchst irdisches konterrevolutionäres Wirken kann aus

Gründen des Glaubens und des Rechts nur verurteilt werden.

Es ist nicht Aufgabe eines Atheisten, über innerkirchlichen Streit zu urteilen. Aber erlaubt muß sein (nach Lukas 6.38), den Papst an dem Maß zu messen, das er selbst anlegte. Die Schablone liefern Totalitarismusforscher. Danach dürfte es kaum eine schlimmere totalitäre Zwingburg geben als die Papstkirche. Ist nicht die Macht in einer Person vereint? Gibt es eine Opposition? Darf sich ein Katholik auf die Gewissensfreiheit oder den Meinungspluralismus berufen? Ist wenigstens das Finanzwesen durchschaubar? Wurde Wojtyla nicht Papst, als die mafiosen Geschäfte der Vatikanbank vom Amtsvorgänger unterbunden werden

ses. Allein in einer Ausgabe des „Spiegels“ (13/ 2005) war er „Marathonmann Gottes“ „Superstar“, „Kultfigur der Mediengesellschaft“, „religiöser Popstar“ und „Maradona (!) des Glaubens“. Wojtylas Verhältnis zu den Medien muß wohl dialektisch gewertet werden. Er erkannte die Möglichkeiten, die sie für die Rekatholisierung boten, und die Strippenzieher des PR-Geschäfts sowie deren politische Auftraggeber wußten, was sie am „Superstar“ im Vatikan hatten. Das trainierte Lächeln und das Streicheln von Kindern wirkten. Aber hat nicht Wojtyla wiederholt auch zum Frieden gemahnt, so beim zweiten Golfkrieg? Zweifellos sind solche Aufrufe zu begrüßen. Aber wo blieben die Taten? Segnen katholische Bischöfe nicht die

Die beiden Gesichter des Karol Wojtyla

sollten? Warum „deckelte“ der polnische Papst den Skandal? Die Papstkirche wurde unter Johannes Paul II. zu einer zentralistisch geleiteten und militant antikommunistischen Institution, die bis ins Detail einheitlich und diszipliniert auftrat.

Wer sich dem unfehlbaren Papst widersetzte, war nach gängiger Praxis kein Katholik mehr. Jetzt sprechen einige vom „Reformstau“.

Johannes Paul II. stand in seiner Sterbephase im Mittelpunkt des Medieninteresses.

Truppen der Aggressoren? Wußte das der Papst nicht? Gibt es nicht die Erfahrungen aus der Zeit, als die katholischen Bischöfe (der Breslauer Kardinal Bertram bis zuletzt) Hitlers Soldaten segneten? Oder ist die Kontinuität der ideologischen Unterstützung imperialistischer Kriege etwa im christlichen Glauben begründet? Wo auch immer wir prüfen: Papst Johannes Paul II. erinnert an den sprichwörtlichen Januskopf, der bekanntlich zwei Gesichter hatte.

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider



Warum traten während der „orangenen“ Dezemberereignisse 2004 in Kiew ausgerechnet die Staatspräsidenten Polens und Litauens als westliche „Vermittler“ auf? Gibt es zu diesen Ländern traditionell besonders freundschaftliche Bande? Wohl kaum.

Die Ukraine war immer Hauptziel polnischer und litauischer Feudalexpansion. Das Großfürstentum Litauen hatte bis zum 15. Jahrhundert die gesamte Ukraine mit Ausnahme des moslemischen Südens erobert. Polen drang weit in die Südwestukraine vor und machte sogar Moldawien bis zum Schwarzen Meer von sich abhängig. Stolz wird daher auch heute noch von einem „Polen von Meer zu Meer“ gesprochen. Durch Personalunion

wurde sie von der Sowjetmacht aufgelöst, wirkte aber im Untergrund mit päpstlicher Hilfe weiter. Nach dem Untergang der UdSSR wurde die griechisch-katholische Kirche reaktiviert. Ihrer Stärkung diente auch der Besuch des polnischen Papstes in Lwow, nachdem es ihm nicht gelungen war, die russisch-orthodoxe Kirche an Rom zu binden. Die Geistlichkeit der „Griechen“ war daher nicht zufällig im „orangenen Kiew“ auf der Tribüne präsent.

Die polnische Ostexpansion hatte ihren Preis. Seit Beginn seiner Staatlichkeit hatte sich Polen starker deutscher Nachbarn (Reich, Brandenburger, Kreuzritter) zu erwehren. Unter großen Mühen hielt es diesem Druck stand, verlor aber ein Drit-

sen. Die polnischen Großmachtträume in Osteuropa waren ausgeträumt, die Rzeczpospolita befand sich im Niedergang. Nun griffen neben Rußland auch Preußen und Österreich zu und teilten Polen zwischen 1772 und 1795 unter sich auf. Polnische Feudalarroganz schlug auf ihren Urheber zurück: 200 Jahre nach der Besetzung Moskaus durch polnische Truppen war Warschau zu einer russischen Provinzstadt herabgesunken. Litauen und der größte Teil der Ukraine befanden sich in der Hand des Zaren.

Ein Drittel der Westukraine (Ostgalizien) war den Österreichern zugefallen. Hier hatte die griechisch-katholische Kirche volle Handlungsfreiheit, konnten sich die ukrainische nationale Bewegung gegen Rußland und die polnische Bevölkerungsminderheit entfalten. Von ihr wurde ein ukrainischer Staat auf Kosten Rußlands angestrebt. Im österreichischen Westgalizien (Südostpolen mit Kraków) hatte der rechte Sozialdemokrat Józef Pilsudski später ähnliche Träume. Selbst dem polonisierten litauischen Adel entstammend und bei Wilno (Vilnius) geboren, hielt er an den imperialen Traditionen Polens fest. Seine mit österreichischer Hilfe aufgestellten Verbände sollten den Russen nach einem Weltkriegsieg nicht nur den größten Teil Polens abnehmen, sondern Litauer, Belorussen und Ukrainer zu einer Föderation unter polnischer Ägide bewegen. Diesen Plan empfanden die polnischen Rechten als abenteuerlich und bestanden im wesentlichen auf der Linie von 1772. Nach seinen Kriegen gegen die junge Sowjetmacht mußte sich Pilsudski 1921 mit noch weniger begnügen. Obwohl für die ukrainischen Nationalisten Polen neben der UdSSR der Hauptfeind war, beharrte Pilsudski auf seinen Vorstellungen. Nach ihnen mußte die Sowjetunion früher oder später zerfallen. Er war davon überzeugt, daß Nationalisten in den Republiken an die Macht kommen würden. In diesem Fall sollte Polen zur Stelle sein und die Ukraine, Belorußland und Litauen politisch und wirtschaftlich an sich ziehen. Doch vorläufig verlief die Geschichte anders: 1939 verlor Polen alle ukrainischen und belorussischen Gebiete. Ende 1945 lebten sämtliche Ukrainer dann erstmals in einem Staat, der zweitgrößten Sowjetrepublik. Viele Polen wurden aus- und in den neuen polnischen Nord- und Westgebieten angesiedelt.

Nach dem Zerfall der UdSSR schien sich die antirussische Prognose von Pilsudski zu bestätigen. Als Juschtschenko die Ukraine praktisch vom russischen Einfluß trennen wollte, witterte man in Warschau Morgenluft. Die meisten Polen sind nach neuesten Umfragen für eine „demokratische Ukraine“. Viele von ihnen glauben auch, daß sie mit einer „europäischen Ukraine“ die Probleme der brisanten EU-Ostgrenze los wären. Die meisten polnischen Werktätigen ahnen indes nicht, daß der legale Zustrom billigster Arbeitskräfte aus dem östlichen 40-Millionen-Volk ihre ohnehin schwere Lage dramatisch verschlechtern würde.

Stefan Warynski

Józef Pilsudskis Vision

zwischen Polen und Litauen kam es seit dem 14. Jahrhundert zur Vereinigung beider osteuropäischer Mächte. Mit der Polonisierung des litauischen Adels dominierten Polen im gemeinsamen Staat. Später wurde die eroberte Ukraine dem Königreich Polen zugeordnet, während die Litauer belorussische und westrussische Gebiete behielten. Dieses gewaltige Staatsgebilde (Rzeczpospolita) reichte auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung im 17. Jahrhundert bis kurz vor Moskau. Um Ukrainer der russisch-orthodoxen Kirche zu entreißen und polnischen Interessen unterzuordnen, wurde 1596 die griechisch-katholische Kirche geschaffen. Niemals Mehrheitskirche, verfügte sie doch über beträchtlichen Einfluß. In einigen westukrainischen Gebieten aber hatte sie unter den Ukrainern wesentlich mehr Anhänger als die orthodoxe Kirche. 1946

tel seines ursprünglichen Staatsgebietes. Polen setzte auf ein weiteres Vordringen nach Osten in der Annahme, mit den Russen leichtes Spiel zu haben. Doch die Bäume der polnischen Feudalherren wuchsen nicht in den Himmel. Als Polen zu Beginn des 17. Jahrhunderts sogar Moskau einnahm, erhob sich das russische Volk und warf die Interventen zurück. Auch das ukrainische Volk leistete Widerstand. Mitte des 17. Jahrhunderts kam es zum Aufstand unter Bogdan Chmielnicki, wodurch Rußland die Hälfte der Ukraine einnehmen konnte. Er symbolisierte zugleich den Beginn grundsätzlicher Veränderungen im osteuropäischen Kräfteverhältnis: Rußland stieg zur Großmacht auf. Polen, das sich auch noch mit Schweden angelegt hatte, wurde von den Türken bedrängt und mußte ihnen einen weiteren Teil der Ukraine überlas-

Programmdebatte in der KPÖ

Hans Heinz Holz hat in der „jungen Welt“ am 8./9. Januar 2005 darauf aufmerksam gemacht, daß die kommunistischen Parteien gegenwärtig von heftigen Richtungskämpfen erschüttert werden. Hiervon ist auch die KP Österreichs betroffen. Auch für sie gilt seine Einschätzung: „Es geht darum, daß kommunistischen Parteien die Klarheit ihrer revolutionären Programmatik, ihres marxistisch-leninistischen Geschichtsverständnisses in einer defätistischen Reaktion auf die Niederlage abhandeln zu kommen droht.“ So hat in der KPÖ eine Gruppe um Walter Baier den Entwurf eines neuen kommunistischen Parteiprogramms, den eine vom 32. Parteitag (2003) autorisierte autonome Programmkommission ausarbeitete, kurzerhand ignoriert und durch eine Orientierung ersetzt, die die Partei in eine Bewegung zur Sammlung von Gruppierungen des ideologischen und politischen Pluralismus einmünden lassen soll. Diese Richtungskämpfe müssen ausgefochten werden. Um so erfreulicher, daß nunmehr das „Marxistische Komitee zur Neufassung eines zeitgemäßen kommunistischen Programms“ (vormals Programmkommission der KPÖ) auf einem Symposium am 2. April 2005 in Wien diesen Entwurf der Öffentlichkeit unterbreitete. Nach seiner Vorstellung durch Dr. Rudolf Reiter („Unser Ziel, ein sozialistisches Österreich“) konnte ich gleichfalls ein Einführungsreferat „Anmerkungen zur marxistischen Programmatik heute“ halten. Die kreative, lebhaft und anspruchsvolle Debatte wies aus, daß mit diesem Entwurf, zu dem es auch Kritisches und Problematisches gab, die Grundlage für ein noch zu beschließendes marxistisches Programm der KPÖ als Partei der Arbeiterklasse geschaffen wurde. Dem Genossen Willi Gaisch (Steiermark) herzlichen Dank für seine Aktivität bei der Abfassung des Dokuments.

Prof. Dr. Ingo Wagner

Aus einem Beitrag von **Wladimir Krjutschkow**, letzter Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR, in „Sowjetskaja Rossija“, 23. September 2004

Ende 1989 traf M. S. Gorbatschow mit George Bush, dem neuen Präsidenten der USA, auf Malta zusammen. Dort „versetzte“ er die Deutsche Demokratische Republik, und konnte sich George Bush nicht genug anbieten. Während dieses Treffens hat er eine Erklärung abgegeben, die großes Aufsehen hervorrief: Die UdSSR sei dazu bereit, die USA nicht mehr als Hauptfeind zu betrachten. Damit gab er gegenüber den Amerikanern ohne jede Gegenleistung grundsätzliche militär-politische Positionen preis.

Im Frühjahr 1990, während des Treffens mit BRD-Kanzler Helmut Kohl im Kaukasus, erklärte M. S. Gorbatschow, daß Moskau keine Einwände gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands habe.

des autoritären Regimes in der Sowjetunion erworben habe. M. Thatcher erinnerte stolz daran, daß sie die Erste gewesen sei, die in Gorbatschow einen potentiellen Verbündeten für den Westen erkannt habe. Und sie habe sich nicht getäuscht. Allerdings, so räumte sie ein, habe die entscheidende Rolle R. Reagan gespielt, der der Sowjetunion den Wettlauf mit Raketenabwehrsystemen oktroyiert und sie damit offensichtlich zum Ausbluten gebracht und vor dem Westen auf die Knie gezwungen habe. Gorbatschow hingegen wehrte bescheiden ab und betonte, daß nicht er die Hauptrolle gespielt habe. Gorbatschow zufolge war es das sowjetische Volk, das den Prozeß der „Demokratisierung der Macht“ in unserem Land erzwingen habe. Er selbst habe diesen Prozeß nur leicht angestoßen. Wie bescheiden! Wie zynisch!

„Bescheidenheit“ dringt aus allen Poren M. S. Gorbatschows. So bestand er bei

auf die Frage G. Bushs, ob das vereinigte Deutschland Mitglied der NATO sein werde: „Nun gut, lassen Sie es uns so formulieren: Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion stimmen darin überein, daß das vereinigte Deutschland selbständig über seine Zugehörigkeit zu einem Militärpakt entscheiden kann.“

Gorbatschow verkündete das, ohne irgendwelche Bedingungen für den Beitritt ganz Deutschlands zur NATO zu stellen, nicht nur für Europa, sondern auch für die Sowjetunion selbst. Und so ging er mit dem Vermächtnis der vielen Millionen unserer Mitbürger um, die im Kampf gegen den deutschen Faschismus gefallen sind. Erst wenige Monate zuvor, 1989, hatte Gorbatschow gegenüber Erich Honecker versichert, daß die Sowjetunion die DDR nicht verraten werde, „daß unsere Freunde in der DDR versichert sein mögen, daß die Sowjetunion sie nicht im Stich lassen wird“. Gorbatschow ließ schamlos alle unsere Freunde in der DDR im Stich. Und allein durch seine Schuld gerieten viele von ihnen hinter Gitter, vor Gerichtsschranken und hatten unter Verfolgungen zu leiden. Bald nachdem das in anderen Ländern bekannt wurde, zeigten sich die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher und Frankreichs Präsident Mitterrand darüber sehr beunruhigt. M. Thatcher sagte offen, daß sich Gorbatschow damit ziemlich beeile, obwohl diese Eile gar nicht geboten sei. Es sei mehr Zeit dafür nötig. Außerdem sollten bestimmte Vereinbarungen eingehalten werden, die in Europa eine Entwicklung vermeiden sollten, die nicht im Sinne der Verbündeten der Antihitlerkoalition wäre. Einige führende westeuropäische Politiker haben bekannt, daß sie erwartet hatten, daß der Prozeß der Vereinigung von BRD und DDR nicht sofort, sondern in überschaubarer Zukunft vollzogen werde. Und H. Kohl sagte eindeutig, daß er damit gerechnet habe, daß diese Vereinigung nach seiner Vorstellung in frühestens 25 Jahren vollzogen werden könnte. M. S. Gorbatschow jedoch entschied diese Frage ohne Zögern während des Treffens im Kaukasus 1990. So wurden Probleme der großen Politik entschieden! So handelte M. S. Gorbatschow. Faktisch beging er ein Verbrechen, indem er Entscheidungen traf, die nur den höchsten sowjetischen Organen zugekommen wären. Indem er die Deutsche Demokratische Republik aufgab und sie durch Westdeutschland schlucken ließ, verriet M. S. Gorbatschow Millionen unserer Freunde im ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat.

Übersetzung: Bernd Fischer

Manche von den heute Linken fangen an nach rechts zu stinken, weil von fern schon Ämter winken und Diäten-Euros blinken. Darum muß die Linke hinken statt auf den Erfolg zu trinken.

Berthold Henze

Der Verrat Gorbatschows

Für H. Kohl kam eine solche Erklärung derart überraschend, daß er den Dolmetscher bat, die Aussage Gorbatschows noch einmal zu wiederholen. Danach geriet Kohl außer sich, bedankte sich bei Gorbatschow und kehrte nach Bonn mit einer Neuigkeit zurück, mit der dort wohl niemand gerechnet hatte.

Die führenden Repräsentanten des Westens haben wiederholt lautstark und feierlich M. S. Gorbatschow als herausragenden Staatsmann gewürdigt, der den entscheidenden Beitrag zur Beendigung des „Kalten Krieges“ und zum Sturz des sowjetischen Regimes in der UdSSR geleistet hat. So versammelte Expräsident G. Bush im Oktober 1995 in der kleinen Stadt Colorado Springs an der Westküste der USA eine illustre Gesellschaft. Dort waren M. S. Gorbatschow, M. Thatcher, F. Mitterrand, B. Malrony und einige andere. Sie ließen Lobeshymnen auf Gorbatschow erklingen, betonten, welche gewaltigen Verdienste er sich mit der Zerschlagung

der Bewertung der Ereignisse im Zusammenhang mit dem Zerfall der Sowjetunion „in aller Bescheidenheit“ darauf, daß nicht er die entscheidende Rolle gespielt hat, sondern Boris Jelzin. Es entspreche dem tatsächlichen Ablauf der Ereignisse, die herausragende Rolle von Rußlands Präsidenten in all diesen Vorgängen hervorzuheben.

Am Abend des 25. August 1991 verbreiteten Radio und Fernsehen Gorbatschows Erklärung, daß er die Vollmachten des Generalsekretärs niederlegt und dem ZK der KPdSU empfiehlt, sich selbst aufzulösen. Nicht die Spur eines Ansatzes, für den Erhalt der Sowjetunion zu kämpfen, für die Kräfte, die dabei eine positive Rolle spielen konnten. Jeder Schritt Gorbatschows – Verrat, Verrat und nochmals Verrat!

Als es um das Schicksal der DDR ging, verletzte M. S. Gorbatschow offen die Interessen der Sowjetunion. Das Lob des Westens für diesen Schritt ließ nicht lange auf sich warten. 1990 erklärte der damalige Außenminister der BRD, H.-D. Genscher: „Das deutsche Volk wird Gorbatschow immer dafür dankbar sein, daß er unsere Wiedervereinigung ermöglichte.“ Anwesende Journalisten erzählten, daß Gorbatschows Augen bei diesen warmen Worten Genschers feucht wurden. Als die Frage der Rolle Deutschlands in den europäischen Angelegenheiten und in der Welt überhaupt zur Diskussion stand, versuchten sogar westliche Länder, bestimmte Warnsignale zu setzen, um eine ungewollte Entwicklung der Ereignisse zu verhindern. Gorbatschow jedoch gab alles preis, was nur möglich war. Im Mai 1990 in Washington antwortete er

Am 20. Mai begeht unser Autor und Mitstreiter Oberst a. D.

Bernd Fischer

aus Vorbeck

seinen 65. Geburtstag.

Wir beglückwünschen diesen erprobten und gestandenen Marxisten, der jahrzehntelang an vorderster Front für unsere Sache gekämpft hat, zu seinem Ehrentag.

Für eine harmonische, gleichmäßige und relativ schnelle Entwicklung wird in der Wirtschaftspolitik der KP Chinas der gesamtstaatlichen Leitung und Steuerung, der makroökonomischen Steuerung, besondere Bedeutung beigemessen. Dies ist auch angesichts der Größe des Landes und der Bevölkerungszahl von besonderem Gewicht. Der chinesische Staat konzentriert in seiner Hand einen erheblichen Teil der Investmittel (die Investitionsrate beträgt ca. 40 %). Die großen staatlichen Betriebe erbringen den überwiegenden Prozentsatz der Steuereinnahmen des Staates. Nur so ist es möglich, strategisch besonders wichtige Projekte wie die Entwicklung der zentralen und westlichen Regionen des Landes zu realisieren. Bei

Wissenschaft und Technik. Mängel in der Gesundheitsfürsorge, im Bildungswesen und in anderen Bereichen sind zu vermerken. Bürokratismus, Korruption usw. wurden noch nicht ausgemerzt. Aber die Führung der KP Chinas spricht offen darüber, sie organisiert die schrittweise Bewältigung dieser Situation.

Das Lebensniveau des Volkes ist insgesamt sichtbar gestiegen. Es gibt zwar noch Armut, aber keine Verarmung. Das Anflitz des Landes hat sich grundlegend verändert. China ist ein politisch und wirtschaftlich stabiles Land, das, wie auch US-Analysiker urteilen, nicht mehr vor der Frage steht, Spielball fremder Mächte zu sein. Den ausländischen Investitionen, die insgesamt bereits über

Im Prozeß der Reformen wurden auch die politischen Strukturen verändert. Gestärkt wurde die Rolle des Nationalen Volkskongresses als Gesetzgeber und Organ für die Kontrolle der Einhaltung der Verfassung. Die KP Chinas hat die Aufgabe gestellt, einen sozialistischen Rechtsstaat, ein umfassendes System von Gesetzen und Normen zu schaffen und deren Durchsetzung zu gewährleisten sowie die sozialistische Demokratie zu gestalten. Maßstab sind die Interessen und das Wohl des ganzen Volkes, Demokratie darf nicht zur Zerstörung der sozialistischen Ordnung mißbraucht werden.

Die KP Chinas ist führende Partei, aber es besteht keine „Einparteiendiktatur“, wie hin und wieder geschrieben wird. Es gibt weitere acht Parteien und eine enge Mehrparteienszusammenarbeit. Ein westliches Mehrparteiensystem bzw. eine bürgerliche Pluralisierung werden jedoch nicht akzeptiert. Die Bereitschaft der Kommunistischen Partei, sich „abwählen“ zu lassen, würde nichts anderes bedeuten, als die Konterrevolution hinzunehmen. Das ist das eigentliche Ziel, wenn von bestimmter Seite „politische Reformen“ gefordert werden.

Bei der Untersuchung der Ursachen für die Restauration früherer Macht- und Eigentumsverhältnisse in der UdSSR und den anderen ehemals sozialistischen Ländern Europas kam man zu dem Schluß, daß die wesentliche Ursache in den Parteien selbst zu suchen ist. Deshalb wird besonderer Wert auf die Festigung der Partei, die Entwicklung ihrer Fähigkeiten, führende Kraft zu sein, gelegt. Im Oktober 2004 fand die 4. Tagung des ZK der KP Chinas statt, auf der die Stärkung der Regierungskompetenz der Partei im Mittelpunkt stand. Im Beschluß der Tagung wird hervorgehoben, das sei die entscheidende Frage für den Sieg des sozialistischen Weges in China, die wichtigste Frage nach der Machteroberung.

Rolf Berthold

Chinas Weg zum Sozialismus (3 und Schluß)

den wirtschaftlichen Aufgaben für das Jahr 2005 wurden der weiteren Stärkung der makroökonomischen Steuerung und einer stabilen Finanzpolitik (hinsichtlich der von den westlichen Staaten geforderten Aufwertung der chinesischen Währung bzw. ihrer vollen Konvertierbarkeit läßt man Vorsicht walten) Vorrang eingeräumt.

Dennoch sieht sich China noch zahlreichen Problemen gegenüber. Das Einkommensniveau ist generell niedrig. Es gibt Arbeitslosigkeit, große Unterschiede zwischen Arm und Reich, zwischen den Küstenregionen und dem Landesinneren, zwischen Stadt und Land. Wirtschaftliche Strukturprobleme sind zu lösen, und trotz absoluter Spitzenleistungen bestehen noch verbreitet Rückstände in Technolo-

540 Mrd. US-Dollar erreichten und die für die Wirtschaftsentwicklung große Bedeutung haben, stehen wachsende chinesische Investitionen im Ausland gegenüber. Die Devisenreserven Chinas betragen weit über 600 Mrd. US-Dollar.

Die VRCh ist das erste große Entwicklungsland, das erfolgreich Rückständigkeit und Armut besiegt. Die hochentwickelten kapitalistischen Länder tun alles, um zu verhindern, daß die ehemaligen Kolonien den kapitalistischen Weg verlassen, sie wollen und können aber nicht dulden, daß diese ein gleiches wirtschaftliches Niveau wie sie selbst erreichen. Sie befürchten, daß das Vorschreiten Chinas von den benachteiligten Ländern zunehmend als gesellschaftliche Alternative angesehen wird.

**Der „RotFuchs“ gratuliert
seinen verdienten Jubilaren,
die runde oder halbrunde
Geburtstage begehen.**

Zum **80.** am **23. Mai** grüßen wir
Werner Keppel aus Gera.

Helga Schuhmann
aus Burgwanden (**6. Mai**) und
Helmut Müller aus Berlin
(**21. Mai**) werden **75.**

Nicht minder herzliche Grüße
gehen an

Lothar Hunger
aus Brand-Erbisdorf (**7. Mai**),

Hans Dunkhase
aus Berlin (**8. Mai**) und

Rudolf Herz aus Berlin
(**16. Mai**),

die ihr **70.** Lebensjahr
vollenden.

Auch den Nachrücker-Veteranen,
den **65jährigen**,
gilt unsere Gratulation:

Günter Ackermann
aus Duisburg (**18. Mai**) und

Konrad Fiedler
aus Jena (**19. Mai**)

sind hier die Adressaten.

Zum 4. Mai um 9.30 Uhr

laden die

Harzer „RotFüchse“

zu einer Feier am
Karl-Marx-Denkmal
in Wernigerode,
Ilsenburger Straße,
herzlich ein.

Anschließend findet
im Bürgerbüro der PDS,
Kochstraße 4,
eine Diskussionsrunde
zum Thema

**Karl Marx
bleibt aktuell**

statt.

Des reichen Mannes Frühlingstag

Es ging ein reicher und glücklicher Mann
im leuchtenden Frühling den Bergwald hinan.
Er rief: „O Blüten und Sonnenschein!
Man braucht so wenig, um glücklich zu sein!“

Es begegnete ihm ein altes Weib,
hochauf bepackt, mit gekrümmtem Leib.
„Siehst du nicht all das Glück ringsumher?“
„Ich kann nicht aufsehn. Die Last ist zu schwer.“

Er sah einen Mann am Sägeband,
dem der Schweiß auf Nacken und Stirne stand.
„Siehst du nicht ringsum die blühende Welt?“
„Ich kann nicht wegsehn. Es kostet mich Geld.“

Er traf einen Mann, der kam aus dem Schacht.
Der ging durch den hellen Glanz wie die Nacht.
„Siehst du die Welt nicht, so hell und froh?“
„Ich kann nichts sehen. Es blendet mich so.“

Ein Landstreicher schlich die Straße herauf.
Dem hing der Kopf, als schlief' er im Lauf.
„Siehst du dich nicht an der Schönheit satt?“
„Ich kann nichts sehn. Bin vor Hunger zu matt.“

Da blieb der Reiche nachdenklich stehn:
„Ich begreife nicht, daß sie alle nicht sehn!
Das sind doch Menschen, wie ich es bin.
Es fehlt ihnen allen vielleicht ein Sinn!“

Und als er zurückkam in die Stadt,
stand einer, der keine Arbeit hat.
„Siehst du nicht die blühende Herrlichkeit?
Du kannst doch genießen! Du hast doch Zeit!“

Da lächelte nur der Mann und sprach:
„Ich hab' keine Zeit, denn ich denke nach,
warum der arme Teufel die Welt
nicht genießen kann, wie es ihm gefällt.
Es fehlt ihm ein kleiner Teil nur dazu
vom Reichtum der Welt. – Doch den hast du!
Du hast dir genommen, was ihm gehört!
Du hast dem Armen die Welt zerstört!
Weißt du, wann unsereins glücklich ist?
Erst an dem Tage, wo du nicht mehr bist!“

Der reiche Mann ging schnell in sein Haus.
Die Sonne sah plötzlich unheimlich aus.
Er rief seinem Diener: „Schließ ab das Tor!
Von heute ab doppelte Schlösser davor!“

Erich Weinert

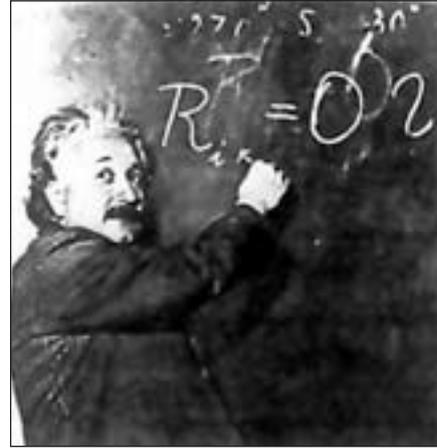
*Gefunden von
Rosi und Wolfgang Nicolas
in „Unser Lesebuch“, 6. Schuljahr,
Volk und Wissen Verlag, 1964*

Einsteins Wunsch

2005 jährt sich zum 125. Mal der Geburtstag und zum 50. Mal der Todestag Albert Einsteins, dessen spezielle Relativitätstheorie vor 100 Jahren entwickelt wurde. All das ist bekannt. Doch wer kennt das Schreiben, das der berühmte Wissenschaftler im Zusammenhang mit der Benennung einer Neuköllner Oberschule am 13. Mai 1954 an den damaligen Bezirksbürgermeister Exner (SPD) richtete?

Es lautet:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!



Ich gebe gerne meine Zustimmung dazu, daß die von Ihnen in Ihrem Briefe vom 7. Mai genannte Schule nach mir benannt wird. Ich füge den frommen Wunsch bei, daß nicht abermals solche Verhältnisse eintreten mögen, die zu einer Umbenennungs-Epidemie Veranlassung geben könnten.

*Mit ausgezeichneter
Hochachtung
Albert Einstein*

Friedrich Schiller und die „Zuckerbäcker“

Es „schillert“ 2005 von Marbach bis Weimar, von Hamburg bis München, und wir wissen: Alles ist relativ. Schillerlocken, Schillerwein, Schillerbüsten ein miniature. Schillerkragen, Schiller-Comics (ganzseitig in einer thüringischen Tageszeitung). „Schillerstraßen“-Seifenoper im Fernsehen und – o Gott! – Schillerkaufhaus! Gibt es tatsächlich in Weimar. Man erinnert sich eines Werbeslogans im 1999er Europäischen Kulturstadt-Jahr, wo allen Ernstes mit Goethe und Schiller in Hintergrund die „Meisterwerke der Wurstmackerkunst“ Thüringens auf Plakaten und Postern angepriesen wurden.

Nun also der zugereiste landesflüchtige Schwabe Schiller in der Gedenk- und Werbetrommel für möglichst viele Touristen aus dem In- und Ausland. Süße Werbung – eine Erfindung des 20. Jahrhunderts? Irrtum. „Die Menschheit, merke ich, mag noch so sehr zu ihrem höchsten Ziele vorschreiten, die Zuckerbäcker rücken immer nach ...“, heißt es unter anderem sarkastisch in einem Brief, den Goethe am 13. 1. 1832 an Marianne von Willmer, seine „Suleika“ des „West-östlichen Divan“, schrieb.

Im Einstein-Jahr und im Hans-Christian-Andersen-Jahr (200. Geburtstag des Dichters) läßt sich gelassen über erfinderische Schiller-Vermarkter lächeln, die hauptsächlich ihre höchstgehenden Geschäftsumsätze verfolgen. Für sie ist das Gedenkjahr wohl in erster Linie ein Durchlauferhitzer für „saftige“ Produkte. Sie benutzen das „Humankapital“ (Unwort des Jahres 2004), um zu beteuern, daß der Deutschen „Habseligkeiten“ („Schönstes Wort“ des Jahres 2004) mehr wert seien als das Jahresgehalt von Bankvorstand Josef Ackermann.

Schiller gefällig? „Sei im Besitze, und du bist im Recht ...“, stellt zerknirscht Feldherr Wallenstein fest (Wallensteins Tod, I, 4).

Dem Dichter waren soziale Grundfragen menschlicher Existenz mehrfach Anlaß zu poetischen Äußerungen. Es fällt auf, daß die Blätter des bürgerlichen Feuilletons um solche Themen einen großen Bogen machen. Zu unangenehm für unsere Klassengesellschaft ...

Schiller und das Grundgesetz. Es bestimmt, die Würde des Menschen sei unantastbar. Unantastbar? Dazu paßt Friedrich Schillers 1796 notiertes, an Goethe mitgeteiltes Distichon: „Würde des Menschen“: Ich bitt' euch, zu essen gebt ihm, zu wohnen. Habt ihr die Blöße bedeckt, gibt sich die Würde von selbst.“ Die Blößen sind unübersehbar.

Werner Voigt

Vor manchen Büchern muß man seine möglichen Leser warnen. Hier handelt es sich um ein solches. Der farbige, freundlich bedruckte Einband mit DDR-Accessoires wie Sandmännchen und Pionierhalstuch verlockt vielleicht zum unbesehenen Kauf. Die Abbildung von „Mauer und Stacheldraht“ – der unvermeidlichen Wort-Munition aus der Litanei des Kalten Krieges von West gegen Ost – ist nur als schmales Band eher unauffällig am un-

Wachsen und ihre internationale Bedeutung verdankte, beschweigen muß: den antifaschistischen Kampf der Begründer dieses Staates; die Errichtung großer Betriebe der Schwerindustrie als Ausgangspunkt für eine eigene Wirtschaftsentwicklung; die Erfolgsgeschichte der DDR-Landwirtschaft auf genossenschaftlich bearbeitetem Boden; die Leistungen des kleinen Landes auf den Gebieten Kunst, Theater, Film, Literatur, Biblio-

verschwiegen wie die Versuche westlicher Einmischung durch Subversion, Sabotage und Spionage heruntergeredet werden als nur „angebliche“ Machenschaften eines lediglich „eingebildeten“ Klassenfeindes. Natürlich ist für die Verfasserin die Staatsgrenze DDR – BRD gemäß bundesdeutscher Sprachregelung eine „innerdeutsche“, obwohl beide Staaten der UNO angehörten. Man könnte noch vieles nennen – bis hin zum angeblichen „Staats-sicherheitsdienst“, in welchen das MfS nach antikommunistischer Terminologie umbenannt wird.

Dieses Buch ist ein Meisterwerk der Tatsachenverdrehung, das mit falschen Worten und getrübbem Blick ein unzutreffendes Bild der DDR zeichnet: eine Karikatur, die nicht erheitert, sondern zornig macht. Selbst ein nachsichtiges Lächeln über die Autorin fällt schwer.

Peter Franz,

Theologe, Mitglied im VS Thüringen

Fritsche, Susanne: Die Mauer ist gefallen. Eine kleine Geschichte der DDR, Carl Hanser Verlag, München/Wien, 2004

Weder Dunst noch Schimmer

teren Rand plaziert. Der Inhalt entpuppt sich jedoch anders gewichtet. Die junge Autorin (Geburtsjahr 1979) versucht den Eindruck zu erwecken, hier ihr ganz normales Leben als DDR-Kind zu beschreiben, das mit zehn Jahren den „Fall der Mauer“ erlebt hat. Es zeigt sich jedoch auf Schritt und Tritt, daß sie in diesen zehn Jahren persönlichen Erlebens der DDR von ihren Erziehungsberechtigten zu einer Art schizophrener Doppelexistenz angehalten wurde: einerseits Kinderkrippe, Kindergarten, Schule, Jungpionier, Thälmannpionier – andererseits der Umschaltknopf zum Westfernsehen, das begierig erwartete „berühmte Westpaket“, das als „frei“ wahrgenommene Leben der Westverwandtschaft.

Später, so bekundet sie selber, habe sie alles weitere Wissen über die DDR durch Literatur und Besuche der Museen und „Gedenkstätten“, z. B. des „Stasiknasts“ Hohenschönhausen nachträglich eingeholt. Genau die Sicht des dort residierenden DDR-Hassers Hubertus Knabe legt sich wie ein Grauschleier über alles, was sie dem Leser rückblickend über ihr Leben in der DDR erzählt.

Sehr genau genommen hat sie die Recherche nicht. Das wird ablesbar an der grob behauenen, fehlerbehafteten Darstellung der Fakten. So läßt sie bereits 1945 DBD und NDPD sich am Demokratischen Block beteiligen, obwohl diese Parteien erst Jahre später gegründet wurden! Den Namen Grotewohls schreibt sie mehrfach falsch. Der 1. Mai wurde angeblich als „Tag der Arbeit“ gefeiert – so wie er im heutigen bundesdeutschen Kalender bezeichnet wird. Aller Grund und Boden in der DDR sei „verstaatlicht“ worden. Überall dort, wo „sowjetisch“ stehen müßte, setzt sie „russisch“ ein.

Selbstverständlich ist für sie die deutsche Teilung mit dem Entstehen der DDR „besiegelt“ – nicht etwa mit der „eigenständigen“ (!) Einführung der westlichen Separatwährung durch die Westmächte (die eher die Bezeichnung „eigenmächtig“ verdient hätte), der Gründung der BRD, der Wiederbewaffnung, den Pariser Verträgen, dem NATO-Eintritt usw.

Bei der von ihr verwendeten Optik ist es natürlich nur folgerichtig, daß sie alle wichtigen Grundlagen, denen die DDR ihr

theiken, Sport, Wissenschaft, Technik; eine praktikable und allgemeinverständliche Rechtspflege; das einheitliche polytechnische Bildungswesen; die von der DDR initiierte Friedensbewegung gegen Atom- und Chemiewaffen in Europa. Und natürlich wird die COCOM-Liste mit der westlichen Technologie-Blockade ebenso

Vom Klassenfeind geschrieben ...

Zu meinen Lieblingsbüchern gehören Biographien. Über Walter Ulbricht hatte ich bisher nur den von Heinz Voßke erarbeiteten „Biographischen Abriß“, 2. Auflage 1984, im Regal.

Kürzlich fand ich beim „Weltbild“-Resteverwerter „Jokers“ Mario Franks „WALTER ULBRICHT – Eine deutsche Biographie“. Das Buch ist schon 2001 im Berliner Siedler Verlag erschienen.

Der Autor, Jahrgang 1958, wurde in Rostock geboren. Er wuchs in der Schweiz auf, studierte in der BRD Rechtswissenschaften und wurde nach der Eingliederung der DDR Geschäftsführer der „Sächsischen Zeitung“ und der „Morgenpost“ in Dresden.

Das Buch macht zunächst einen guten Eindruck. Den rund 430 Seiten Text folgen ein erklärendes Nachwort, umfangreiche Anmerkungen sowie eine Bibliographie, ein Abkürzungsverzeichnis, ein Register und schließlich der Abbildungsnachweis. An all dem ist wenig auszusetzen.

Nach einer völlig deplazierten, aber den Verfasser ideologisch entlarvenden Ouvertüre, in der losgelöst von aller Erwartung des Lesers der Zeitraum Mai bis Juli 1953 reflektiert wird, geht es dann endlich zur Sache. Herr Frank versteht es, unterhaltsam zu schreiben. Und er liefert eine beachtliche Fleißarbeit ab. Daß er dabei seine antikommunistische Einstellung nicht immer deutlich macht, scheint kein Versehen, sondern Absicht zu sein. Es liest sich einfach besser, wenn der Beschriebene mal als der Gute, mal als der Böse erscheint.

Gewinnbringend ist das Buch hinsichtlich der Einbeziehung heute zugänglicher Archivquellen der Kommunistischen Internationale und des Staatsrates der DDR.

Ohne auf Einzelheiten eingehen zu wollen, muß dem Autor böse Absicht unterstellt werden. Das zeigt sich in Zeitrochaden, um Behauptungen zu „beweisen“, in ungenauen Formulierungen und unsinnigen Begriffen wie „staatliche LPGs“.

Natürlich entwickelt er keinerlei Verständnis für eine revolutionäre Haltung und den Klassenstandpunkt Walter Ulbrichts. Dafür versucht er mit Gehässigkeiten nachzuweisen, daß der ein Diktator war, der dann je nach Klischee im Politbüro als „primus inter pares“ agierte, aber auch als „Marionette der sowjetischen Führung“ oder als „Volksfreund“, der die Menschen für seine Politik gewinnen wollte.

Nicht umhin kommt der Chronist, Errungenschaften der DDR zu dokumentieren, wie beispielsweise das System der Eingaben. So wird manchmal sichtlich ungewollt auch Positives vermittelt.

Überhaupt nähert sich Frank mit den Jahren der Realität. So halte ich den Zeitraum ab 1965 für ziemlich wirklichkeitsnah dargestellt.

Alles in allem betrachte ich die Biographie als lesenswert, weil sie das Andenken an einen Staatsmann der DDR vertiefen kann und zugleich die Geschichte der sozialistischen Revolution von den Anfängen bis 1973 reflektiert. **Richard Georg Richter**

Am 26. März beging **Karl Mundstock** seinen 90. Geburtstag. Mit dem Abdruck eines seiner jüngsten Gedichte grüßen wir den standhaften Kommunisten, proletarischen Schriftsteller und langjährigen „RotFuchs“-Leser in revolutionärer Verbundenheit.

Das Recht des Stärkeren

Des anglers Kahn schwankt zwischen den zwei Staken:
zehn kilo hecht, wenn nicht noch mehr am Haken!
(Falls da nicht bloß ein psychopath'scher Stint,
dem im panischen Schock die Nerven durchgegangen sind.)
Am Ufer wedelt mit dem Schwanz, kläfft aufgeregt ein Hund,
schaulustig glotzt ein Haufen, es geht rund,
ein kleiner dicker kahler Kopf geht rum mit Glocke,
wirft rein vom Fuß gepellt als ersten Einsatz eine Socke,
die nicht ganz heil und nicht gut riecht, doch hat man nichts dagegen,
senator, der die Jury präsentiert, erteilt den Segen,
nach Paragraph, spricht er, bedarf es der Geschäftsallüren
zur Regelung des Einzuges der Wettgebühren.
Privatwirtschaftlich wurde Wettbüro gegründet
und hat aus jedem Tipper erst mal zehn Prozent herausgeschindet.
Nun galt's, Mann oder Hecht, auf Letztern, obwohl riesenstark,
setzt jedoch keiner auch nur eine müde Mark.

Man wußt von Schmeil und Brehm dokumentarisch,
daß so ein Hecht im allgemeinen Antivegetarisch,
auf ihn zu setzen war ein Risiko, nach Karpfenrechten
könnt das Regime von Heut auf Morgen Teich enthechten,
der Schlemmer, ohne daß es ihn im Herzen graust,
hat schon so manche nackte Bademaid verschmaust.
Auch hörte man nichts mehr von 'nem Jungmusik,us,
der sich ins Röhr gehockt, weil's ihm so war und er mal muß.
Am Strand fand man die Stradivarigeige
und schloß mit Datum und mit Kreuz die Suchanzeige,
an Land gespülte Zahnprothesen
bezeugten Schicksal Älterer Wesen.

Besagter Hecht hat schon, ohn daß ihn das Gewissen zwickt,
die leibliche Mama nach ihrer Niederkunft verdrückt,
er fraß, so hat's ihn kannibalisch umgetrieben,
die sämtlichen Geschwister, Stücker sieben.
Doch geht das Faß im Sprichwort länger nicht zum Meer,
als bis dasselbe ausgeschöpft und bis zum Grunde leer.
Wie es so Brauch im Weltgewimmel,
einmal erwischt es auch den Frechsten Lümmel,
ihn mit 'nem Wurm, der Ohnegleichen,
gemästet vom Verwesten Fleisch der Wasserleichen.
Hat ihn hinabgeschluckt bis ins gekröse,
wo sich verhakt des Angelhakens Öse.

Jetzt sagte er sich, da er an der Strippe hing
und es zu spät, mir scheint, das ist 'n krummes Ding,
auf halber Höhe ist's nicht mehr gesund,
ich tauch mal lieber in den Untergrund.
Der Angler oben ließ ohne Verschnaufen
die Leine bis ans Ende von der Rolle laufen.
Bald hing er über Bord und wurde schief und schiefer,
die Leine zog ihn tief und tiefer,
die Sache war zu dumm und wurde nur noch dümmter,
schon wie'n Rundbogen krumm ward er noch krümmter.

Was hier geschah, war wider die Gesetze der Natur,
GOTT hat gesetzt zum Herrn ihn über alle Kreatur.
Am Bugspriet ragt er als sein eigen Wappen über Deck,
es machte Platsch, und die Galionsfigur war weg,
der Hund rannt' hin und her, die Zeugen sahen Blasen steigen,
dann ruhte still der See, der Rest ist Schweigen.

Karl Mundstock

Pelle Igel lebt weiter

In der März-Ausgabe des RF ist von dem antifaschistischen BRD-Schriftsteller Pelle Igel die Rede. Auch ich kann etwas zu diesem Thema beitragen.

Ende September 1946 kehrte ich illegal aus der Schweizer Internierung nach Stuttgart zurück. Erst später erfuhr ich, daß die westlichen Alliierten mit den Schweizer Behörden eine geheime Abmachung hatten, Kommunisten, Sozialisten und anderen renitenten Personen keine Papiere auszuhandigen, die sie zur Rückführung befähigten. Sie selbst gaben ebenfalls keine Genehmigungen zu einer Einreise bzw. Rückkehr, denn es galt, bestimmte Verhältnisse zu schaffen, die eine Betätigung der Linken auf ein Mindestmaß reduzierten. Die Praxis sollte dies schnell bestätigen. Von einer Schweizer Hilfsorganisation war ich für einen Anlauf in meiner Heimatstadt orientiert worden. Traf dort auf eine quirlige Jugendgruppe. Eine Genossin mittleren Alters kam auf mich zu: „Du bist der Günther aus der Schweiz! Irre ich mich? Gritlis Beschreibung paßt genau auf Dich.“ „Ja, ich bin es!“ „Wir warten schon auf dich, herzlich willkommen bei uns!“ Ein Händeschütteln ringsum. Es folgten die ersten Situationsgespräche mit der Leitung. Die Amerikaner verboten die vor wenigen Wochen gegründete „Schwäbische Volksjugend“, die aus etlichen Gruppen im Lande bestand. „Du siehst, es gibt viel zu tun!“

Die Genossin und der Leiter des aufgeschlossenen „Haufens“ nahmen mich zur Seite. „Wir helfen einem Genossen bei einer Ausstellung mit Handgriffen, soweit wir dies vermögen. Die Schweizer Freundin erzählte, Du hast Ahnung von Ausstellungen und ähnlichem. Magst Du ihm nicht helfen?“ „Warum nicht?“, kam es spontan.

Eine halbe Stunde war vergangen, und da erschien er selbst. Wir wurden bekannt gemacht, mochten uns schnell. Auf dem Weg ins Gustav-Siegler-Haus in der Stadtmitte fand bereits die Einweisung statt. „Eine Ausstellung über den Widerstand gegen den Faschismus im süddeutschen Raum.“ Vor Ort waren die Materialien thematisch zusammengefaßt, aber noch nicht sortiert. Wir legten auf den Tafeln die Unterlagen aus, komponierten im Spiel die Aufteilungen und wurden uns schnell einig, wer was gestaltet. Es schien, als hätten wir uns gesucht und gefunden. Ab und zu flogen Scherzworte hin und her. Die Arbeit ging flugs von der Hand.

Zweieinhalb Tage benötigte unser Wirken, und die Ausstellung stand. Unser Tun wurde öffentlich gewürdigt. Später erfuhren wir, daß die Administration die Termine so kurzfristig setzte, um die Unmöglichkeit zu provozieren.

Pelle – um ihn handelte es sich – und ich führten noch manche Arbeiten zusammen aus und freuten uns immer wieder aufs neue zu frohen Taten. Im Friedenseinsatz der BRD trug ich manches Mal seine Gedichte vor und tat das auch später in der DDR sowie nach der „Vereinigung“. Bei den öffentlichen Protesten der letzten Jahre gegen den amerikanischen Imperialismus fanden seine Texte, von mir rezitiert, immer Resonanz.

Dr. Günther Hahne

Demokratie

Demokratie – funktioniert nie wie gedacht – wird sie verlacht von Geld und Macht. Schon an ihrer Wiege war sie Lüge. Dem Plebejer bracht' sie Kriege und den Sklaven Drakons Strafen. An ihrem bürgerlichen Ende bedarf es dringend einer Wende, damit sie's schafft mit Volkes Kraft zur Volksherrschaft.

Berthold Henze

Die Maiensonne zog immer höher, und ihre Strahlen wärmten die Herzen und die Felle von mancherlei Getier. Und natürlich wärmten sie auch die Seelen und Gemüter der Menschen im Revier und lockten sie ins Freie. Manche putzten sich heraus, wie man es früher mit den Pfingstochsen tat. Der alte Mann mit der Schiebermütze holte eine alte Leiter aus dem alten Schuppen neben der alten Hütte und hangelte das letzte Osterei von der alten Birke. Er befreite das Marzipan-Ei aus dem bunten Papier und warf es einem Pelztier mit langem buschigem Schwanz zu. „Hier, das letzte Osterei, und dabei haben wir doch

sie sind Nesträuber, können selbst ältere Vögel angreifen. Die Elstern umringten auf der Erde den Papagei, der sich vorsichtig bewegte, sich rundum drehte und den Schnabel hochhielt zur Verteidigung. Der Wellensittich blieb dicht beim Papageien. „Kannst du verstehen, was sie da schnacken?“, flüsterte der Graubart dem Waschbären zu. „Sie beraten, wen sie zuerst töten, erst den Kleinen oder vielleicht den Großen? Sie haben Angst, sie müssten sie vielleicht durchfüttern!“ „Warum lassen sie die bunten Fremdlinge nicht einfach verhungern?“ „Das sieht nicht gut aus. Selbst in der Tierwelt nicht“, sagte

nein“, beteuerte Archie, „kommt nicht in Frage.“ Und im Befehlstone zu Schwuppi: „Und du tust ihnen nichts!“ „Wieso“, fragte Schwuppi, „endlich welche, mit denen man reden kann. Papageien können doch reden und haben immer Sprüche drauf und Wellensittiche auch manchmal! Sag mal was!“ Der Papagei krächzte: „Die wirkliche Freiheit gibt es erst, wenn der Eule der Arsch blüht!“ „Wo hast du denn diesen Spruch her?“, fragte Archie verwundert. „Von einer uralten Meeresschildkröte aus der Zoohandlung, die alles über das Leben wußte.“ „So, so“, ließ sich Archie anerkennend vernehmen, nahm einen Schluck aus der Obstlerflasche, rang nach Luft, zündete sich eine Zigarette an und fragte: „Hast du noch so einen auf Lager?“ Der Papagei blickte den Wellensittich an, der nickte, und der Exot krächzte wieder los: „Ausländer, laßt uns mit den Deutschen nicht allein!“ „Der gefällt mir noch besser“, sagte der Waschbär und sprang auf die Kommode, wo sein Stamplatz war.

Pfingsten mit Archie

schon wieder Pfingsten.“ „Was ist das: Pfingsten?“, fragte der hinkende Waschbär, der das Ei geschickt aufgefangen hatte und es genüßlich beknabberte. „Zu Pfingsten sind die Geschenke am geringsten“, lachte der alte Mann. „Außerdem ist Pfingsten der 50. Tag nach Ostern, und zu der Zeit soll der Heilige Geist über die Jünger Jesu ausgegossen worden sein. Zu Pfingsten scheint immer die Sonne, und Familien machen Ausflüge an die Seen und in die Heide.“

„Wir waren auch mal eine große Familie hier“, jammerte der Waschbär, der Schwuppi hieß. „Wo ist denn der Igel hin, der mich rettete, als ich im Wald angeschossen wurde?“, fragte Schwuppi und rieb die Hände aneinander, als würde er etwas waschen. „Mein Leben verdanke ich diesem Igel. Wenn er meine Wunde nicht saubergeleckt und mit seinem Speichel verschlossen hätte, würde ich heute nicht mehr da sein“, schmatzte der Waschbär. „Und wo sind die Katzen hin, die immer hier waren und der große gemütliche Riese von Hund?“, nörgelte Schwuppi. „Der große Hund, genannt Bomber, sitzt in einem Käfig und muß das neue Haus seines Herrchens bewachen, Tag und Nacht, er darf nicht mehr raus. Eigentum verpflichtet! Die Katzen, alle drei, sind mausetot. Der Fahle Schleicher starb an Altersschwäche, selten heutzutage. Mobbchen-Bekloppchen wurde überfahren von einem der Motorradfahrer mit den schwarzen Wehrmächts-Stahlhelmen. Stinki-Minky wurde krank, aber keiner wollte den Tierdoktor bezahlen. Leider erfuhr ich das erst vom Fahlen Schleicher, als es schon zu spät war“, klagte der Alte, ließ den Waschbären runter und hob die Mütze auf. Er zündete sich eine Zigarette an, blinzelte in die Sonne und murmelte: „Das Kraut wird mich noch umbringen. Nanu, wer landet denn da auf unserer Wiese?“

Mit lautem Geschnacke und grobem Geschwätz flog ein Schwarm Elstern herbei, in ihrer Mitte zwei bunte Vögel, ein Papagei und ein gelb-blauer Wellensittich. Elstern sind gesellig, aber auch gefährlich,

Schwuppi und sah Archie überrascht an. „So, so“, murmelte der Alte und gab einen seltsamen, rollenden Laut von sich. Der Papagei erhob sich und flog Archie direkt auf die linke Schulter, der Wellensittich auf die rechte. „Es funktioniert noch“, lächelte er, „ich hatte früher mal einen Papagei! Seid willkommen, ihr bunten Vögel, wo kommt ihr her?“ „Eigentlich von den langen Nächten aus Kreuzberg.“ „Und wo wollt ihr hin?“ „Eigentlich zum Amazonas“ „Wieso eigentlich?“ „Weil wir eigentlich nicht mehr wissen, wo wir herkommen und wo wir hinwollen, eigentlich wollten wir in die Freiheit.“

„Wenn ihr wollt, könnt ihr hierbleiben“, sagte der Alte und machte die Hütte auf, „hier habt ihr Schutz, Futter und die Freiheit, wenn ihr wollt.“ Der Papagei warf einen Blick auf die Elstern, blickte den Wellensittich an, der zustimmend nickte, sie flogen in die Hütte, und der Papagei krächzte: „Aber bitte keinen Käfig!“ „Nein,

„Ein guter Spruch zu Pfingsten im Jahre 2005“, prostete Archie mit der Flasche den beiden zu und schüttelte sich wieder. „Ich glaube, wir werden uns vertragen. Ist der Spruch auch aus der Zoohandlung?“ „Nein, er stammt von einem Künstler mit Gitarre, den ich sehr mochte“, sagte der Papagei und senkte verschämt das Köpfchen: „Ich bin nämlich eine Papageiin“. „Aber ich bin ein richtiger Wellensittich“, zwitscherte der kleine bunte Vogel. „Und wo sie hinfliegt, da will auch ich hinfliegen.“ „Archie ist gar nicht so übel“, murmelte der Waschbär, „aber er qualmt und trinkt manchmal dieses Obstlerwasser!“ „Wenn's weiter nichts ist“, krächzte die Papageiin, „wir kommen aus einer Kneipe in Kreuzberg, wo wir in Qualm und Bierdunst im Käfig saßen, wir sind dran gewöhnt! Fröhliche Pfingsten!“

Manfred Hocke



Aus: „PUBLIK“
(ver.di)



Ganz Griechenland ist in Bewegung. Am 17. März fand bei uns ein Generalstreik statt, der vom I.S.E.E. (Gewerkschaftsbund), dem A.D.E.D.Y. (Gewerkschaft der staatlichen Angestellten und Beamten) und der P.A.M.E. (Arbeiterkampffront) ausgerufen worden war. Die griechische Gewerkschaftsbewegung, in der die KKE Einfluß besitzt, zeigte ihre Kraft. Die Beteiligung lag bei den Beschäftigten des Telefonnetzes, der Wasser- und Elektrizitätswerke, der Fluggesellschaft Olympic Airways und im Gesundheitswesen zwischen 80 und 95 %. Im Privatbereich betrug sie 30 bis 60 %, im Bauwesen etwa 80 %. Am 18. 3. gab es in 46 Städten große antiimperialistische Demonstrationen und Protestmärsche aus Anlaß der Jahrestage der Bombardierung Jugoslawiens, der Besetzung des Kosovo sowie der Aggressionen gegen Afghanistan und Irak.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Besten Dank für die zugesandte Zeitschrift „RotFuchs“. Ich bin immer zur Zusammenarbeit bereit und halte es für sehr wichtig, internationale Verbindungen unter Marxisten zu pflegen. Das war ja auch das Ziel unserer Konferenz „Wissenschaftliches Erbe von Marx“, die im Mai vergangenen Jahres in Kiew stattfand. Wir hoffen auf Weiterführung dieser Aktivitäten und würden uns über Ihre und Ihrer Kollegen Mitarbeit freuen.

Prof. Dr. Leonid Alexandrowitsch Griffen, Kiew

Durch Zufall bekam ich den „RotFuchs“ zu lesen. Ein Bekannter liess mir 26 Ausgaben der Zeitschrift, über deren Existenz ich bisher so gut wie nichts wußte. (...) Von den Beiträgen im „RotFuchs“ bin ich sehr angetan. Sie regen zum Nachdenken an, verschaffen Durchblick und liegen oft auf gleicher Wellenlänge mit meinen eigenen Auffassungen zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. (...) Heute möchte ich mich zu einem inhaltlichen Thema äußern. Am 15. März strahlte das ZDF das Doku-Drama „Die letzte Schlacht“ aus. Es ging um die Befreiungskämpfe der Roten Armee am Ende des Zweiten Weltkrieges. Der Film trug die Handschrift von Prof. Guido Knopp. Um das herauszufinden, bedurfte es nicht entsprechender Hinweise im Vor- und Abspann. (...) Es ist schon eigenartig, wenn in dessen Streifen vorrangig Zeitzeugen zu Wort kommen, die nur schlechte Erfahrungen mit der Sowjetunion und der Roten Armee, mit dem Leben in der SBZ oder in der DDR wie überhaupt mit dem Sozialismus gehabt haben. Bei so mancher Biographie verwundert das allerdings nicht. Diesmal konnte man sich über eine rühmliche Ausnahme freuen. Der Zuschauer traf auf Prof. Stefan Doernberg, der in den Spielfilmsequenzen von einem jungen Schauspieler dargestellt wurde, aber auch persönlich als Augenzeuge auftrat und schilderte, wie es damals wirklich war, wie er als junger Kommunist in der Uniform eines Leutnants der Roten Armee die Befreiung Berlins miterlebte. (...) Das Doku-Drama widmet der Person des ersten sowjetischen Militärkommandanten in Berlin, Generaloberst N. E. Bersarin, relativ breiten Raum. Er kümmerte sich in den ersten Nachkriegswochen opferungsvoll um die Normalisierung der Lage in der Hauptstadt. Leider verunglückte er am 16. Juni 1945 tödlich.

Prof. Doernberg dürfte wahrscheinlich genauso überrascht gewesen sein wie viele Zuschauer, als uns am Ende des Films weisgemacht wurde, daß es um Bersarin nach dem Krieg recht ruhig geworden sei, ihm aber für seine Verdienste vom Senat im Juli 2003 nachträglich die Ehrenbürgerschaft Berlins verliehen werden konnte. Die Wahrheit ist, daß diese Entscheidung nur unter dem Druck vieler empörter Bürger zustande kam. Bersarin wurde erneut Ehrenbürger von Berlin. Diese Auszeichnung

hatte ihm schon ein halbes Jahrhundert zuvor die DDR verliehen. Was spielte sich tatsächlich ab? Im Herbst 1991 verständigte man sich im Roten Rathaus darüber, 28 Ehrenbürgern aus DDR-Zeiten diese Würdigung abzuverleihen. Bersarin war darunter. 2003 wurde die ihn betreffende Entscheidung lediglich korrigiert.

Bernd Heider, Berlin

Einen besonderen Beitrag in Vorbereitung des 60. Jahrestages der Befreiung ließ sich unlängst die Birtler-Behörde einfallen. Sie präsentierte der Öffentlichkeit in Chemnitz den Mann, der Anfang März 1980 ein dort zu Ehren der Sowjetarmee errichtetes Panzermonument mit einem selbstgebastelten Sprengsatz in die Luft jagen wollte. Nun sollte man sich vergegenwärtigen, welche Folgen bei diesem verbrecherischen Wahnsinnsakt einkalkuliert waren: Elfeneinhalb Kilo Sprengstoff sollten den T-34 vom Sockel kippen, wobei die abgesprengten Teile Dutzende Meter weit Unbeteiligten den Tod hätten bringen können. Zudem war der Täter festen Willens, im Falle des Mißlingens seine Verfolger mit selbstgebastelten Schußwaffen und Handgranaten zu töten. Der Panzer wurde nur beschädigt und – eigentlich wie durch ein Wunder – niemand verletzt. Der Schuldige, wegen Terrorismus verurteilt, wurde später in den Westen entlassen.

Für die Birtler-Behörde ist dieser Anschlag ein „beispielloser Akt der Zivilcourage“. So konnte man es am 11. 3. in der „Freien Presse“ lesen. Hier drückt sich die Denkweise dieser Behörde sehr klar aus. Etwas wird aber auch sie nicht fertigmachen: die Taten der Sowjetarmee, einschließlich ihrer als Hauptstoßkraft der Befreier wirkenden Panzerverbände, vergessen zu machen.

Heinz Behrendt, Plauen

Wer sich im Märzen nicht – wie der legendäre Bauer – die Rößlein anspannte, sondern den „RotFuchs“ ins Geschirr holte, der hatte am Ende seinen Geistesacker gründlich durchpflügt und fruchtbar belebt. Denn endlich wiesen die Autoren – von Steiniger bis Wernicke (besonderer Dank!) – mal wieder auf die Wurzeln allen braunen Übels und den alltäglichen Dünger der braunen Triebe hin. Und das Schlimme ist, nirgendwo anders werden so prägnant die Ursachen benannt, die es zu beseitigen gilt, will man der neofaschistischen Brut den Nährboden entziehen. Im Gegenteil: Vom letzten Naziblatt bis selbst zum ND: Der Antikommunismus wird gehegt und gepflegt, mal brachial, mal subtil. Und speziell in der aktuell mit der Befreiung vom Faschismus grassierenden Form des Antisowjetismus/Antirussismus.

Sage niemand, sie wußten nicht, was sie tun. Und was sie bewirken. Ein Beispiel aus der „Märkischen Oderzeitung“, das ich in einem scheinbar harmlosen Umfeld (Kriegsgräberfürsorge) fand. Zitat: „Mit dem Kampf um die Oderbrückenköpfe ... begann im Frühjahr 1945 der blutigste Abschnitt des Zweiten Weltkrieges. ... Von Januar bis Mai 1945 verloren mehr Deutsche ihr Leben als in den fünf Kriegsjahren zuvor.“ Ich versuchte, die Redaktion darauf aufmerksam zu machen, daß sie hier Wasser auf die Mühlen derer gießt, die sie zu bekämpfen vorgibt. Aus meinem Brief: „Zwei Sätze, und die NPD lacht der Leserschaft aus allen Knopflöchern und Knobelbechern entgegen. Nur, daß die Neonazis diese Sätze gar nicht selbst zu schreiben brauchten. Offenbar ist die Feststellung im zweiten Satz die Grundlage für die Bewertung im ersten. Welche Attribute aber stünden danach den ‚Weltkriegskapiteln‘ Leningrad, Stalingrad oder auch Hiroshima und Nagasaki zu?“

O, wie kann ich auch noch danach fragen? Deutsche Chronisten haben ja den 8. Mai 1945 als das Ende des 2. Weltkrieges festgelegt, obwohl ihnen der 7. vielleicht am liebsten gewesen wäre (separate Kapitulation an der Westfront). Trotzdem: Beides trifft nicht zu.“

Selbstverständlich „hörte“ ich aus Frankfurt/Oder lediglich ablehnendes Schweigen. Das ist zu ertragen, unerträglich aber ist – wie auch von Heinz Pocher am Beispiel der Seelower Höhen darge-

stellt –, daß falsche Tatsachenbehauptungen nicht korrigiert und so abermals ganze Generationen betrogen und belogen werden.

Torsten Preußing, Berlin

Ihnen, dem Chefredakteur der Zeitschrift deutlicher Kommunisten und Sozialisten „RotFuchs“, entbieten zwei ukrainische Kommunisten, die Ihnen als Autoren der Monographie „Der ukrainische Faschismus“ bekannt sind, ihren Gruß und die allerbesten Wünsche. Anlässlich des 60. Jahrestages der Zerschlagung des Faschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee schicken wir Ihnen ein Exemplar unseres Buches. Wir fügen eine Veröffentlichung der Zeitung „Volksopposition“ vom Februar 2005 hinzu. Der Artikel trägt die Überschrift „Die Orangefarbenen sind Träger des Neofaschismus“. Er schildert die Ereignisse der sogenannten orangenen Revolution in der Ukraine.

Dr. A. Wojzechowski, Prof. Dr. G. Tkatschenko, Kiew

Letzte Woche habe ich erstmals den „RotFuchs“ gelesen. Die Bedeutung, die ich diesem Blatt beimesse, entnehmen Sie bitte der Tatsache, daß ich sehr hoffe, daß diese Erklärung für Sie so viel Gewicht hat, veröffentlicht zu werden.

Viele liegen oft weitaus weniger auseinander, als sie möglicherweise selbst glauben.

Hier einige Auszüge aus der Erklärung des Landesvorstandes Brandenburg der Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative“: Ostdeutschland braucht nichts weniger als neue Kirchen. Noch weniger brauchen wir einen Neubau der Garnisonskirche. Sie ist das Sinnbild für Spießbrutenlaufen, Junkerarroganz, den 1. Weltkrieg und besonders für die warme Umarmung der deutschen Reaktion mit Hindenburg an der Spitze und dem deutschen Faschismus am Tag von Potsdam 1933.

Besonders makaber wird die ganze Angelegenheit zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, wenn fast zeitgleich der Abriss der Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals beginnt. Man kann zu Thälmann eine sehr unterschiedliche Beziehung haben. Das ist hier aber nicht die Frage. Eines ist und bleibt sicher: Ernst Thälmann ist als Antifaschist für seine Überzeugung gestorben. Unser Vorschlag wäre, Ziegenhals als internationale Stätte der Begegnung zu nutzen und dabei das Andenken an den durch die Faschisten ermordeten Thälmann bestehen zu lassen.

Herbert Driebe, Landessprecher der WASG Brandenburg

Ich bin schon seit mindestens zwei Jahren Mitglied im „RotFuchs“-Förderverein, genauso wie mein Genosse Falko Blumenthal aus München, der dort den Lesezirkel mit organisiert. Durch ihn und mich wurden in Bayern innerhalb und außerhalb der SDAJ viele Abonnenten gewonnen. Wir haben den „RotFuchs“ immer bei unseren Info-Ständen dabei, z. B. auf der linken Literaturnmesse in Nürnberg. Ihr seid auch auf unseren Webseiten verlinkt: www.sdaj-muenchen.de und www.sdaj-fuerth.de. Natürlich werden wir auf unserem Camp, bei dem wir 80 bis 150 Teilnehmer erwarten, Werbung für den „RotFuchs“ betreiben.

P. S. Das Pfingstcamp der SDAJ Süd – Süddeutschlands linkes Jugendcamp 2005 – findet vom 13. bis 16. Mai auf dem Zeltplatz „Waldesruh“ bei Waischenfeld (Nordbayern) statt. Politische Vorträge und Diskussionsrunden (über den Krieg gegen Jugoslawien, die EU, Irak, Venezuela u. a.) werden ebenso stattfinden wie Kultur und Unterhaltung (Rock, Filme, Disco) oder Sport (Volleyball und Fußballturnier). Mehr Infos erhaltet Ihr unter: <http://pfingstcamp.sdaj-fuerth.de>

Tobi, Vorsitzender des LAA Bayern

Hallo, ich wollte Euch zur Auswahl der Karikaturen für den April-Rotfuchs gratulieren. Diesmal wurde eine beißende und klassenkämpferische Zusammenstellung vorgenommen. Besonders gefallen haben mir die aus „Iswestija“ und „People's Voice“ entnommenen Zeichnungen. Diese Kritik an den

Eigentumsverhältnissen sollte noch viel expliziter ins Zentrum unserer Agitation gerückt werden. Auch die Grafik von Heinz Herresbach zeigte diesmal Biß. Insbesondere hebt Sie sich sehr angenehm von dem Niveau der „Satiressseite“ der Märzausgabe ab. Da war leider von politischer Agitation wenig zu spüren, vielmehr bewegte man sich auf dem Level einer Auseinandersetzung auf dem Schulhof.

Ich hoffe, ein derartiger Ausrutscher passiert nicht wieder, da die Zeitschrift in allen anderen Bereichen ja immer professioneller wird. **Timur, Jena**

Den „RotFuchs“ lese ich mit Interesse, im April ist wieder eine gute Mischung gelungen. Für mich waren der Bericht über China und der Beitrag über Rußland von großem Nutzen. Es gab neue Denkanstöße. Für den Artikel über Gladys Marin bin ich dankbar, er weckt Erinnerungen an den in der DDR praktizierten Internationalismus.

Zum Tod des Papstes sagte George Bush: „Wir werden diesen bescheidenen, weisen und furchtlosen Priester, der eine der großen moralischen Führungspersönlichkeiten der Geschichte wurde, für immer in Erinnerung behalten.“ Man könnte fast meinen, daß diejenigen recht haben, die Karl Wojtyla, der mit USA-Präsident Reagans Geheimdienstchef William Casey bei einer Privataudienz gemeinsam betete, für einen Mann mit einem „gewissens Hinterland“ hielten. Irgendwann werden die Archive geöffnet, und man wird wissen ...

Richard G. Richter, Cloppenburg

Ich komme noch einmal auf eine zurückliegende Ausgabe des RF zu sprechen. Es war gut, daß Hubert Bachhofen aus Weilburg in der Novembernummer auf die zahlreichen Strafverfahren gegen Angehörige der Grenztruppen der DDR hingewiesen hat. (...)

Bereits im ersten Grenzerprozeß machte die Verteidigung auf den Umgang mit der Schußwaffe an der Westgrenze der BRD aufmerksam, zumal sich der Bundesgerichtshof mit einem solchen Fall befassen mußte. In der mündlichen Begründung des Urteils am 20. Januar 1992 sah sich der Vorsitzende der Schwurgerichtskammer genötigt, auf das Vorbringen der Verteidigung einzugehen. Er erklärte: Jene Beamten, die an der Westgrenze der BRD von der Schußwaffe Gebrauch gemacht hätten, seien Diener eines Rechtsstaates gewesen, unsere Angeklagten hingegen Vollzugsbeamte eines Unrechtsstaates. Damit war überdeutlich ausgesprochen, daß es in diesen Prozessen nicht um Gerechtigkeit und die Verwirklichung der allgemein anerkannten Grundsätze des Strafrechts ging, sondern allein um die Kriminalisierung der DDR. Alle Prozesse gegen DDR-Hoheitsträger waren Stellvertreterprozesse. Mein Mandant, ein im ersten Grenzerprozeß vor Gericht gestellter junger Soldat, sagte mir vor der Urteilsverkündung: „Ich sitze hier für Erich Honecker.“ (...)

Aus einer mir später bekanntgewordenen Untersuchung über dienstliche Reaktionen bei Todesfällen, die durch polizeilichen Schußwaffengebrauch in der BRD verursacht worden waren, erfuh ich, daß vielfach überhaupt nichts geschah. Einige Male wurden Strafverfahren eingeleitet. Selten kam es zu einer Anklage. Verurteilungen – immer zu Bewährungsstrafen – erfolgten in noch weniger Fällen, stets wegen fahrlässiger Tötung. Bei bundesdeutschen Polizisten wurde von vornherein nur unter diesem Gesichtspunkt ermittelt; sie waren ja Vertreter eines Rechtsstaates gewesen. Demgegenüber wurden Grenzsoldaten des „Unrechtsstaates“ DDR von Anfang an wegen Mordes oder Totschlags verfolgt.

RA Prof. Dr. Erich Buchholz, Berlin

Zu dem Beitrag im RF 86 bliebe noch anzumerken, daß Günter Freyer Recht hat. Wir haben ihn wirklich nicht vergessen, diesen Weinhold, der zwei unserer Grenzsoldaten heimtückisch zu Tode brachte. Getreu dem Tatortprinzip hätte er damals vor ein DDR-Gericht gehört. Der zunächst erfolgte Freispruch durch das Landgericht Essen veranlaßte mich zu einem Protestbrief an den damaligen

Bundesjustizminister. Dieser ließ mich einige Zeit später durch einen seiner Mitarbeiter schriftlich wissen, daß die Auslieferung an die Strafverfolgungsbehörden der DDR abgelehnt wurde, weil eine Verpflichtung hierzu nur durch entsprechende zwischenstaatliche Verträge begründet werde, die es mit der DDR nicht gebe. Auch aus dem Grundlagenvertrag lasse sich eine solche nicht herleiten. Auf den Gedanken, daß Weinhold Bürger der DDR war und der Justizhoheit seines Staates unterstand, wollte man dort nicht kommen. Der Bundesgerichtshof kritisierte in seiner das Essener Urteil aufhebenden Entscheidung, daß der Sachverhalt nicht vollständig aufgeklärt wurde, und verwies die Sache an das Landgericht Hagen zur erneuten Verhandlung. Das trotzdem unbefriedigende Ergebnis ist bekannt.

In einem irrt G. Freyer jedoch. Die „Bildzeitung“ vom 12. 1. 2005 berichtete auf Seite 6 genüßlich von der Verhaftung des „NVA-Fahnenflüchtlings“, der „1975 zwei Grenzer erschoss und jetzt in einer Kneipe um sich ballerte“. Auf diese Weise merkte der erstmals von den Springer-Blättern gefeierte „Held“, daß diese Art Presse-Wohlwollen meist nur von kurzer Dauer ist.

RA Ralph Dobra, Gotha

Am 23. Mai 1990 wurden auf Beschluß der Regierung de Maizière alle Lehrstühle und Dozenturen für Marxismus-Leninismus an sämtlichen Institutionen der DDR aufgelöst. Das bedeutete ein Verbot marxistischer Lehre und Forschung – erstmals seit 1933 bis 1945. Damit wurden die Repressionen gegen anders – sozialistisch und kommunistisch – Denkende, die mit der Konterrevolution Ende 1989 eingeleitet worden waren, weiter verschärft. Zur Beseitigung des Sozialismus und zur Restauration des Kapitalismus gehörten zwangsläufig auch die Diskriminierung und Zurückdrängung des Marxismus-Leninismus sowie die Sicherung der Alleinherrschaft der bürgerlichen Ideologie. Unter der Flagge von „Reformen“ und „Erneuerung“ wurden Zehntausende Wissenschaftler aus ihren Arbeitsstellen vertrieben, nicht nur Mitarbeiter der Sektionen Marxismus-Leninismus. Dazu hat man ein umfassendes rechtliches Instrumentarium geschaffen und höchstrichterlich bestätigt: Warteschleifen, Sonderkündigungen, fristlose Entlassungen, Strafrenten. Viele Wissenschaftler trieb man lange vor Hartz IV in Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe.

Mit diesem Beschluß wurden die reaktionärsten Traditionen des deutschen Imperialismus fortgeführt. Nach der Niederschlagung der Novemberrevolution forderte die NSDAP 1923 in ihrem Programm die Überwindung und Vernichtung des Marxismus als „Todfeind des Nationalsozialismus“; ihre Vertreter seien „unschädlich“ zu machen, verlangte der NS-Chefideologe Alfred Rosenberg. Das Bundesverfassungsgericht begründete 1956 das Verbot der KPD mit der angeblichen Grundgesetzwidrigkeit des Marxismus-Leninismus als der theoretischen Grundlage der Partei. Als der damalige Justizminister Kinkel auf dem 15. Richtertag von der Justiz forderte, „das SED-Regime zu delegitimieren“, nannte er dabei auch den Marxismus-Leninismus. Seine Bekämpfung hatte also niemals etwas mit Revolution oder Freiheit zu tun, sondern war stets Konterrevolution und Unterdrückung. Und die Regierung de Maizière gab sich dafür her.

Prof. Dr. sc. jur. Hans Weber, Babelsberg

Seit März 2005 sind meine Frau und ich Bezieher und damit Leser des „RotFuchs“. Wir sind froh, den Zugang zu Ihrer Zeitschrift gefunden zu haben. Besonders möchte ich, der ich von 1949 bis 1981 Politoffizier war, mich für die Glückwünsche zum Tag der NVA bedanken. Ich sehe darin eine Anerkennung und Würdigung der Anstrengungen der DDR und ihrer Nationalen Volksarmee zur Erhaltung des Friedens in Europa. (...)

Die Lehren von Marx, Engels und Lenin leben und werden dank des RF wachgehalten. Die jüngste Vergangenheit wird in den meisten Artikeln real dargestellt. Viele Hintergrundinformationen und

Beiträge zu nationalen und internationalen Fragen helfen, die Sicht auf eine künftige sozialistische Gesellschaft nicht aus den Augen zu verlieren.

Werner Franke, Meißen

Bernd Fischer, zum Autorenkreis des RF gehörend, verweist in seinem jüngsten Artikel (RF Nr. 87) auf den verzweifelten Seitanz von Abu Masen, der die Nachfolge von Yasir Arafat in Palästina angetreten hat. Ob dessen Vabanquespiel aufgeht, bleibt abzuwarten.

Wir hoffen, daß Bernd Fischer, der den Nahen und Mittleren Osten seit 1958 hautnah miterlebt hat, bzw. deren Entwicklung als Experte beurteilen kann, uns auch weiterhin aktuell informiert. Das jedenfalls ist der Wunsch der Regionalgruppe Rostock, die ihn zum 30. März eingeladen hatte, um zur derzeitigen Situation in diesem Teil der Welt zu sprechen. In seinem Vortrag und auch in der anschließenden Diskussion wurde deutlich, daß die Politik der USA in dieser Konfliktzone das Ziel verfolgt, ihren Machtbereich zu erweitern und die dortigen Energieressourcen für sich auszubehuten.

Uwe Kramp, Rostock

Die erschreckenden Ereignisse der letzten Jahre führten mich zwangsläufig zum Überdenken der Schlußfolgerungen, die ich im Buch „Visionen in meinem Leben“ Ende des Jahres 2001 gezogen hatte. Heute muß ich bestätigen, daß ich von der PDS-Führung durch die Behauptung manipuliert wurde, man werde mit der SPD „auf gleicher Augenhöhe“ die Westberliner Filzwirtschaft und den vom CDU-SPD-Senat angerichteten Bankenskandal überwinden.

In Wirklichkeit erfüllte die PDS-Parteführung ihre schon seit der „Wende“ eingegangene Verpflichtung, nichts zum Erhalt der sozialen Errungenschaften der DDR zu unternehmen, die Mitglieder der PDS zu täuschen und das Volk Ostdeutschlands wehrlos zu machen.

Im März-„RotFuchs“ (S. 5) wurden die einzelnen Schritte der „unblutigen Revolution“ dargestellt. In voraussetzendem Gehorsam beseitigte man zuerst die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in den Betrieben, um das in mühevoller Tätigkeit des Volkes geschaffene gesellschaftliche Eigentum einer „Treuhandaanstalt“ zur freien Disposition des deutschen Kapitals zu stellen.

Ich habe die wichtigsten Seiten der „RotFuchs“-März-Ausgabe für die Genossen meiner PDS-Grundeinheit abgesehen. Auf diesem Wege will ich versuchen, sie aus der hilflosen Stagnation herauszuführen und ihren Mut vor Abwehr der bereits realisierten Grausamkeiten zu stärken.

Alfred Krajewski, Berlin

Der Beitrag über den „weltlichen“ Staat als Steuereintreiber für die Kirchen in der März-Ausgabe des RF soll um einen Aspekt, der vor allem das Millionenheer der Arbeitslosen berührt, ergänzt werden. Bekanntlich werden noch immer die Arbeitslosen in allen Teilen Deutschlands kraft Gesetzes (Sozialgesetzbuch III, § 136) zur Zahlung von Kirchensteuern herangezogen, und zwar auch dann, wenn sie nicht einer sogenannten Amtskirche angehören. Seit mehr als 20 Jahren gibt es um diese Variante des Kirchensteuerabzugs für Arbeitslose Streit, zumal die übergroße Mehrheit der ostdeutschen Betroffenen kirchlich nicht gebunden ist. Das über alles erhabene Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 23. 3. 1994 befunden, daß die Kirchensteuerpflicht auch für arbeitslose Nichtkirchenmitglieder so lange als verfassungsgemäß gilt, wie die Mehrheit der „Arbeitnehmer“ in der BRD einer Kirche angehört.

Da gegenwärtig noch immer die bundesdeutschen Lohn- und Gehaltsempfänger mehrheitlich kirchlich gebunden sind, bleibt es bei der Entscheidung des BVG. Diese unanfechtbare „rechtsstaatliche“ Verlautbarung ist alles andere als ein Beitrag zur angeblich vorhandenen Trennung von Kirche und Staat. Sie ist vielmehr ein weiterer Beleg dafür, daß der bundesdeutsche Staat nicht nur Willensvollstrecker der Hochfinanz und der Konzernmagnaten, sondern nach wie vor auch der so einflußrei-

chen und mächtigen offiziellen Amtskirchen ist. Schließlich und letztlich trägt diese „Rechtslage“ mit Gottes Segen zur weiteren Verarmung der Arbeitslosen bei.

Prof. Dr. Manfred Naundorf, Rangsdorf

Es ist gut, daß die DKP ihren 17. Parteitag durchgeführt hat. Man muß jedoch den Eindruck gewinnen, daß die Führung dieser Partei bestimmte Positionen nicht verlassen will. Aus dem Interview mit Prof. Hans Heinz Holz, einem international geachteten Philosophen und Wissenschaftler, mußten wir erfahren, daß die Hauptdifferenzen innerhalb der DKP die Imperialismus-Analyse, die Sozialismus-Vorstellungen einschließlich der Einschätzungen von UdSSR und DDR betreffen. Auf die bekannten Ansichten der Irakischen KP zum Widerstand gegen die Okkupanten wurde dabei nicht eingegangen.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Durch einen früheren Kollegen erhielt ich zwei Ausgaben der von Ihnen herausgegebenen Zeitung „RotFuchs“. Ich las sie mit wachsendem Interesse und habe sie dann an andere Leser weitergegeben. Was ich hier erfuhr, war mir aus dem Herzen gesprochen. Es beantwortete viele Fragen, die mich seit langem bewegen. Das betrifft vor allem das, was Sie über Klassen und Klassenkampf, über Chinas Weg zum Sozialismus sowie über Gorbatschow veröffentlicht haben. (...)

Gerhard Iffländer, Rostock

„Wo sind die jungen Menschen, die Flagge zeigen?“, fragt Helmuth Hellge im März-RF. Schaut doch hin, Genossen, wenn gegen imperialistische Kriege, gegen Sozialraub, gegen kapitalistisches Unrecht demonstriert wird, dann seht Ihr auch die betroffene Jugend. Doch was ihr fehlt, das ist unsere „Flagge“, überzeugende marxistische Kritik am Kapitalismus und die Verbreitung der Wahrheit über die Konterrevolution. (...)

Nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus gab es klare Worte zu Freund und Feind. Heute hören junge Menschen nur Verleumdungen der Arbeiterbewegung und ihrer marxistischen Parteien durch die Herrschenden und zugleich das Gewinsel von damaligen und heutigen „Führern“ über eine „Unabwendbarkeit“ des Sieges des Kapitals. Es fehlt wohl doch die „Flagge“.

Dieter Junge, Dresden

Der Hinweis auf Bert Brechts „Lob des Kommunismus“ kann zur Zeit nichts bewirken, da er nur wenigen unverfälscht bekannt gemacht wurde. Uns, die wir im kapitalistischen Großdeutschland aufgewachsen sind, wurde Brecht als Sohn der Unterwelt diskreditiert und in die Reihen sogenannter entarteter Schriftsteller gestoßen. Wir konnten also seine Werke, die ihn zum größten deutschen Dramatiker des 20. Jahrhundert machten, nicht kennen, auch nicht die anderer Humanisten, aber nach dem Krieg suchen!

Sie alle fand ich während meiner Tätigkeit als Bühnenarbeiter im Schauspielhaus Hamburg, mußte allerdings auch dort miterleben, daß er wieder Opfer politischer und wirtschaftlicher Interessen wurde. Nicht mehr mit diktatorischen Mitteln umgesetzt, sondern mit den eleganteren demokratischen Gepflogenheiten. Seine Stücke wurden einfach immer seltener aufgeführt oder gar abgesetzt, wie dies offensichtlich vor der US-Provokation gegen Korea an unserem Hause geschah. Mich berührte es persönlich nur bedingt. Ich war allerdings mißtrauisch geworden und engagierte mich in der von ehemaligen Kriegsteilnehmern ins Leben gerufenen Bewegung „Ohne mich!“, die dann zu einer der Wurzeln der Friedensbewegung wurde. In ihr fand ich nicht nur den Weg zu Brecht, auch zu der Erkenntnis, daß Kriege nicht vom Himmel fallen, sondern von Profiteuren inszeniert sind.

Hans-Rolf Müller, Hamburg

Dem Anschein nach sind Regierungskoalition, CDU/CSU und FDP entschlossen, die Unternehmenssteuer zu senken, um angeblich mehr

Arbeitsplätze zu schaffen. Ich kann nicht so recht daran glauben, daß mit einer weiteren Erleichterung zugunsten der Wohlhabenden das Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erreicht wird, insbesondere wenn durch die Senkung der Körperschaftssteuer, Großindustrie, Aktiengesellschaften und Banken begünstigt werden. Trotz deutlicher Steuerentlastung unter Kohl und Schröder ist es doch eine Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit dramatisch zunahm. Jüngstes Beispiel: Trotz mehr als Verdoppelung ihres Gewinns will die Deutsche Bank mehrere tausend Arbeitskräfte entlassen! Und nun sollen diese Herrschaften auch noch mit der Senkung der Körperschaftssteuer „belohnt“ werden. Verstehe das, wer will!

Sie werden diese zusätzlichen Steuergelder nutzen, um wie bisher der nichtproduktiven Börsenspekulation nachzugehen, mit dem Ankauf und Einsatz hochproduktiver Technik weitere Arbeitskräfte „freisetzen“, immer mehr Betriebe in Billiglohnländer verlagern und Politiker sowie deren Parteien finanzieren, die ihnen dieses Wohlergehen ermöglichen.

Nach meiner Vorstellung müßte man statt einer pauschalen Steuersenkung die Gelder für jene nutzen, die sich ernsthaft bemühen, tarifbezahlte Arbeitsplätze zu schaffen. Statt allgemeiner Unternehmenssteuersenkung Förder- und Steuermittel nur für solche Firmen, die nachweisbar neue Arbeitsplätze geschaffen haben, aber Rückzahlung der Mittel mit Zinsen, wenn sich die Zusagen als leere Worte erweisen.

Von der Unternehmensbesteuerung nach der Zahl der Arbeitskräfte müßte zur Besteuerung des erzielten Gewinns übergegangen werden. Besteuerung der Wertschöpfung heißt das wohl? Das hätte den Vorteil, daß jene ordentlich Steuern zahlen müßten, die mit relativ wenig lebendiger Arbeit, d.h. mit wenig Arbeitskräften, märchenhafte Umsätze und Gewinne machen sowie Sozialausgaben sparen.

Klaus Hoppe, Apolda

Die Entwicklung hin zum Negativen in unserem Lande hat sich kontinuierlich fortgesetzt. Vom Anzeichen der Lebensverhältnisse in Ost und West hört man gar nichts mehr – im Gegenteil. Jetzt ist die Politik dabei, das seit der Liquidierung der ostdeutschen Industrie durch die Westmanager der „Treuhand“ entstandene niedrige Niveau mit hoher Arbeitslosigkeit, geringeren Renten und weit unter Tarif liegenden Löhnen den westdeutschen „Arbeitnehmern“ zu verpassen.

So liegt vieles im argen, und man stellt sich als Ostdeutscher die Frage: Wo stecken bloß unsere Bürgerrechtler, die jetzt allen Grund hätten, ihre Stimme gegen das praktizierte Unrecht zu erheben? Manche sitzen sogar dort, wo man diese Gesetze beschließt, im Bundes- oder Landtag. Ich höre ihren Aufschrei nicht. Hat sie der schnöde Mammon und der einträgliche Posten mundtot gemacht? Hört man von ihnen erst wieder etwas, wenn es um einen gesicherten Listenplatz bei der nächsten Wahl zum Bundestag geht?

Doch es gibt auch einige Ausnahmen, die die entstandenen Verhältnisse so benennen, wie sie wirklich sind. Zu ihnen gehört Peter Michael Diestel. Zu erinnern ist auch an Regine Hildebrandt. Besonders ihre Meinung wäre jetzt wichtig, wenn man erlebt, wie ihre SPD-Genossen dabei sind, das soziale Netz zu zerfetzen. Oder wäre sie, als Frau mit Charakter, längst aus dieser Partei ausgetreten?

Werner Juhlemann, Geithain

Bei aller Zustimmung zum Inhalt des Beitrags „Ein Judas namens Gorbatschow“ plädiere ich doch sehr dafür, endlich das antisemitische Stereotyp vom „Verräter Judas“ aufzugeben. Es gibt einleuchtende Argumente dafür, daß die frühe Kirche dieses Stereotyp bewußt geschaffen hat, um die anderen Jünger von Jesus reinzuwaschen, damit eine reingewaschene Kirche als Erbin der Jesus-Botschaft herauskommt. Und noch übler ist es, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Stigmatisierung dieses einen Jüngers Judas ausgerech-

net mit der ebenfalls frühkirchlich einsetzenden Verteufelung der Juden als „Christusmörder“ und „Verräter“ des Evangeliums einhergeht. Und so entstand im Volksglauben jener unausrottbar scheinende Antijudaismus, der sich bis in unsere Tage am Leben hält, obwohl er doch durch die Potenzierung zum rassistischen Antisemitismus völlig obsolet geworden sein sollte! Also bitte: Man sollte Gorbatschow einen Verräter nennen, wenn es dafür gute Gründe gibt – aber niemals einen „Judas“. Wenn Genosse Christalle gleich am Anfang schreibt: „Nach der Bibel hat Judas Ischariot ...“, dann sitzt er leider einer biblischen Mythologisierung auf, die eine ernsthafte Textforschung und Textkritik längst entmythologisiert hat.

Peter Franz, Weimar

Gorbatschow hat nicht nur das Volk der Sowjetunion verraten und verkauft, sondern auch alle Völker der sozialistischen Länder Europas. (...) Zu seinem „Lebenswerk“ gehören eine instabile Welt unter Stabführung eines George W. Bush, der nur die USA kennt; eine Welt voller Terroristen und zügelloser sogenannter Anti-Terror-Kriege; eine Welt der Maßlosigkeit und des Superprofits auf der einen, der Armut, des Hungers und der Ausweglosigkeit auf der anderen Seite. Die große Mehrheit der einstigen Sowjetmenschen verflucht diesen früheren Generalsekretär des ZK der KPdSU und Präsidenten der UdSSR. Sie machen ihn für den Untergang der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers unmittelbar verantwortlich. Von den Machhabern der westlichen Welt wird er als Held gefeiert. Alle Antikommunisten loben ihn in den höchsten Tönen und sparen nicht mit Silberlingen.

Egon Eismann, Wernigerode

Wir bezahlen lieber Arbeitslosigkeit als Produktion. Das betrifft nicht nur die Landwirtschaft, aus der ich komme. Zum Beispiel wird das Aus der Zuckerrübe dem deutschen Steuerzahler und Konsumenten keine Vorteile bringen. (Die DDR hatte einen Eigenversorgungsgrad an Nahrungsgütern von 93 %, die heutige BRD erreicht keine 55 %.)

In der Landwirtschaft der BRD gehen jährlich 15000 Arbeitsplätze verloren. Wen stört das? Es sind doch Einzelschicksale und nicht zehntausend auf einen Schlag wie bei Opel.

Der Altersdurchschnitt der Bevölkerung steigt ständig. Die Geburtenrate ist unter 50 % des Normalen. Alte Menschen konsumieren weniger als junge. (...) Der Anteil jener, die nicht am Markt teilnehmen können, steigt stetig. (...)

Die Subventionspolitik in der BRD trägt zur Vernichtung von Arbeitsplätzen bei. Öko-Strom kostet den Steuerzahler im Jahr 10 Milliarden Euro mehr als nötig. Dadurch wird Geld ohne jeden Nutzen von unten nach oben verteilt.

Reinhard Albrecht, Hof-Mommendorf

Die Bombardierung Dresdens hat viele Wochen lang Politiker, Zeitungen und Sender beschäftigt. „Bewährte“ Dokumentaristen befaßten sich 60 Jahre danach mit diesem Thema. Nazis mischten sich ein und behaupteten ungeheuerlicherweise, Dresden und Holocaust seien ein und dasselbe.

Natürlich sind auch viele Fragen offengeblieben. Beispielsweise: Hatte der Angriff auf Dresden einen militärischen Sinn? Erfolgte er aus Vergeltung für die Bombardierung britischer Städte, oder war er ein Verbrechen kurz vor Kriegsende?

Man sollte nicht die V1- und V2-Angriffe auf London und andere Ziele in Großbritannien, Belgien und Frankreich vergessen, auf die insgesamt 21 770 V1-Raketen (830 kg Sprengstoff in jedem Geschöß) abgefeuert wurden. Zwischen dem 7. September 1944 und dem 27. März 1945 setzte Hitler 3225 V2-Raketen (967 kg Sprengstoff) gegen England ein. Auf seine persönliche Weisung wurden ausschließlich Großstädte angegriffen, um die Verluste unter der Zivilbevölkerung hochzutreiben.

Klaus Pinkau, Leipzig



Verführer

Grafik: Parche

Die Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen

lädt Mitglieder, Leser und
Interessierte für den
7. Mai, 10.00 Uhr, nach
Chemnitz, Rosenplatz 4, ein.

Thema:

Die Demokratie als Fundamentalfrage in der System- auseinandersetzung

Referent und
Diskussionspartner ist
Prof. Dr. Werner Roß.

Am **18. Mai um 17.30 Uhr**
spricht **Egon Krenz**
auf einer Veranstaltung der
Regionalgruppe Halle
im Kulturtreff
Halle-Neustadt (ehemaliges
Bildungszentrum
hinter der Schwimmhalle)
über das Thema

Herbst 89 und Realität heute

Kommunisten und
Sozialisten, „Linksdenker“
und Sympathisanten sind
herzlich eingeladen.

Prof. Dr. Horst Bednarek
referiert am **19. Mai**
um **16.30 Uhr** in der
Begegnungsstätte der
Volkssolidarität,
Torstraße 203–205, auf
einer Veranstaltung der
Regionalgruppe Berlin
zum **60. Jahrestag der**
Volkssolidarität.

Sein Thema lautet:

Sozialpolitik in Deutschland von Bismarck bis Schröder

I M P R E S S U M

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe
Berlin Nordost begründet, ist seit dem
1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige
kommunistisch-sozialistische Publikation.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)

Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Ralph Dobrawa
Dr. Rudolf Druх
Dieter Fechner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Werner Hoppe
Hans Horn
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internet

Aktuelle RF-Ausgabe:
Iris Rudolph

PC-Systembetreuerin:
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Kontonummer: Berliner Sparkasse, BLZ 10050000,
Kontoinhaber: „RotFuchs“-Förderverein e.V., Kontonr. **2143031400**

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.